Mittwoch, 13. Februar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 37 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 oS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Anklage: Vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München hat Generalbundesanwalt Kurt Rebmann gegen Ernst-Volker Staub (30) und Barbara Ernst (30) Anklage wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion" erhoben. Ferner sollen sie Urkunden gefälscht und gegen das Waffengesetz verstoßen haben.

Familienpolitik: Das für 1986 geplante Erziehungsgeldgesetz sieht neben einer Zahlung von 600 Mark pro Kind für zunächst zehn Monate auch eine uneingeschränkte Arbeitsplatzgarantie vor. (S. 12)

Absage: Bundesarbeitsminister Blüm sagte seinen Mitte Februar geplanten Besuch der Republik Korea ab. Als inoffizieller Grund wurde in Bonn die Weigerung der Gastgeber genannt, Blüm ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kim Dae Jung zu ermöglichen.

Bundesgrenzschutz: Trotz vereinfachter Grenzkontrollen nahm der Bundesgrenzschutz 1984 an den Grenzen rund 2000 Straftäter mehr als 1983 fest. In einem Rechenschaftsbericht führte Bundesinnenminister Zimmermann aus, die Rauschgiftkriminalität sei besonders gestiegen. (S. 5)

Rücktritt: Nach der Entlassung des gesamten Kabinetts durch Chiles Präsidenten Pinochet rechnen Diplomaten bei der Regierungsumbildung mit einer Bestätigung der härteren politischen Gangart, die sich im November mit der Verhängung des Belagerungszustandes angekündigt hatte. Ungewiß ist vor allem das Schicksal von Innenminister Jarpa, Befürworter eines gemäßigten Kurses.

Interims-Präsident: Gut zwei Wochen vor dem Amtsantritt der ersten Zivilregierung Uruguays unter Julio Sanguinetti ist Präsident *General Gregorio* Alvarez von seinem Amt zurückgetreten. Bis zum 1. März steht der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Addiego, an der Spitze des Staates. (S. 5)

„Reder-Affäre": Nach seiner politischen Kehrtwendung im „Fall Reder" wachsen in Österreich die Zweifel an der Autorität des Verteidigungsministers Frischenschlager. Kritik regt sich nicht nur in der Armee, sondern auch in der eigenen Partei. (S. 5)

Golfkrieg: Der griechische Supertanker „Fellowship L" ist nahe dem iranischen Ölhafen Kharg von einer irakischen Rakete getroffen worden.

ZITAT DES TAGES



❞ Namens meines Volkes strecke ich die Hand der Freundschaft und Zusammenarbeit unseren Nachbarn entgegen. Laßt uns auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und Toleranz einer neuen Ära entgegengehen, die einer Region, die so viel gelitten hat, Gesundheit und Fortschritt bringt ❞

Chaim Herzog, Israels Staatspräsident, vor dem Europa-Parlament in Straßburg (S. 12) FOTO: AMW

WIRTSCHAFT

Währungssystem: Unter Hinweis auf Beschränkungen des Kapitalverkehrs in einigen EG-Ländern hat Bundesfinanzminister Stoltenberg auf der Sitzung der EG-Finanzminister den Ausbau des Europäischen Währungssystems als wenig sinnvoll bezeichnet. Die Bundesbank lasse allenfalls über die Zulassung privater Ecu-Konten mit sich reden. (S. 13)

Krauss-Maffei: Als „planmäßig" bezeichnete Krauss Maffei den Umsatzrückgang 1984 um 13,9 Prozent auf 1,94 Milliarden DM. Grund: die auslaufende Fertigung des „Leopard 1". (S. 15)

Dollar-Stärke: Nach Meinung des Präsidenten der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken muß die deutsche Wirtschaft mit einem unverändert starken Dollar rechnen. Auch mit einer von den USA ausgehenden Zinsentlastung sei angesichts der Konjunktur in den USA nicht zu rechnen. (S. 13)

Börse: Unsicherheit führte an den Börsen zu kursdrückenden Glattstellungen. Auch der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 168,9 (169,6). BHF-Rentenindex 100,852 (101,217). Performance-Index 98,846 (99,174). Dollarmittelkurs 3,2782 (3,2573) Mark. Goldpreis pro Feinunze 302,50 (300,15) Dollar.

KULTUR

Holbein-Ausstellung: Mit einer Porträtsammlung, darunter das 1523 entworfene Abbild des Erasmus von Rotterdam, erinnerte der Louvre an den Meister der deutschen Renaissance, Hans Holbein. Die Ausstellung belegt die Kunst des Malers, Gesichter wie Stilleben zu zeichnen. (S. 21)

Domnick gestorben: Der deutsche Filmproduzent und Regisseur Hans Domnick ist im Alter von 76 Jahren in Kalifornien gestorben. Der in Greifswald Geborene war in den späten 50er Jahren vor allem durch den Dokumentarfilm „Traumstraße der Welt" bekannt geworden.

SPORT

Tennis: Die 15 Jahre alte Steffi Graf hat das Viertelfinale des Turniers in Delray Beach erreicht. Ihre Gegnerin Kathy Rinaldi (USA) gab im zweiten Satz auf. (S. 8)

Motorsport: Nach langen Verhandlungen steht fest: Der Große Preis von Deutschland findet auf dem Nürburgring und nicht auf dem Hockenheimring statt. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Ersatz-Taufen: Mit „Preisnachlässen" bei vom Standesamt organisierten Feiern mit Festgelagen sollen die Behörden Polens Wöchnerinnen für atheistische Ersatz-Taufen gewinnen. (S. 22)

„CBS-Wahrheiten": Ein Film der US-Fernsehgesellschaft CBS über den Kindermörder von Atlanta hat den Zorn der Amerikaner ausgelöst. Im Mittelpunkt massiver Kritik steht vor allem der Umgang der Gesellschaft mit der Wahrheit. Eine konservative Gruppe will daher den „einseitig liberalen Sender" über den Kauf von CBS-Aktien unter Kontrolle bringen. (S. 3)

Wetter: Sonnig. Um minus 9 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis

Kreml hofiert Papandreou. Aber Tschernenko „im Urlaub"

Erwartete Begegnung kam nicht zustande / Abkommen unterzeichnet

DW. **Moskau**

Die anhaltenden Spekulationen um den Gesundheitszustand des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko sind gestern in Moskau erheblich verstärkt worden, nachdem ein erwartetes Treffen Tschernenkos mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou nicht zustande kam. Wie ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums erklärte, sei der Staatschef nicht in Moskau, sondern mache „auf dem Land Urlaub". Eine Begegnung mit Tschernenko war zwar offiziell im Besuchsprogramm nicht vorgesehen. Der griechischen Delegation war jedoch der „Eindruck vermittelt" worden, daß ein Treffen des Parteichefs mit Papandreou für gestern geplant worden sei. Angesichts der Bedeutung, die die Sowjetunion den Beziehungen zu der Regierung Papandreous beimißt, wurde die offizielle Erklärung, es werde kein Treffen mit Tschernenko geben, mit gespannter Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Der 73 Jahre alte Kreml-Chef ist seit dem 27. Dezember nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. In sowjetischen Kreisen wurde sogar die Vermutung geäußert, der Staats- und Parteichef könnte sich von seinen Ämtern zurückziehen.

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Papandreou, der erste westliche Spitzenpolitiker, der in diesem Jahr auf Einladung der sowjetischen Regierung in Moskau eintraf, erfreut sich ganz besonderer Wertschätzung seiner Gastgeber. Athens ständig bohrende Kritik an der Nachrüstung, sein Eintreten für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan und seine Rolle als Störenfried in der Europäischen Gemeinschaft machten den Ministerpräsidenten aus der NATO-Hauptstadt zu einem Wunschgast des *Kremls*.

SEITE 2: **Welt- oder Waffenmacht?**
SEITE 5: **Papandreous Geschäfte**

Der griechische Ministerpräsident war am Montag mit einer Delegation von sieben Ministern zu seinem viertägigen offiziellen Besuch in der sowjetischen Hauptstadt eingetroffen. Bereits sein erstes Treffen am abend zu einem Essen im Kremlpalast mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow wurde von der sowjetischen Presse wohlwollend und mit intensiver Berichterstattung registriert. Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" erklärte, es sei mit Befriedigung festgestellt worden, daß „die sowjetisch-griechische Zusammenarbeit nicht der Entwicklung der Beziehungen mit anderen Ländern widerspricht", sondern ein Beitrag zur Stärkung des Friedens und der *Weltsicherheit sei. Zum* Zypernkonflikt stellten beide Ministerpräsidenten gemeinsam fest, daß die Souveränität und territoriale Ganzheit der Republik Zypern gewahrt bleiben müsse. Während sich Tichonow für den Abzug ausländischer Truppen und die Beseitigung von „Militärstützpunkten" aussprach, forderte Papandreou den „Abzug der türkischen Besatzungstruppen und anderem Militärpersonal von Zypern".

Bei den von der „Prawda" veröffentlichten Passagen aus den Reden

● **Fortsetzung Seite 12**

Zimmermann rügt Fernsehsendung

Ein Brief an den NDR-Intendanten / „Beschämende Verharmlosung des Terrorismus"

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat sich in einem Schreiben an den Intendanten des Norddeutschen Rundfunks, Friedrich-Wilhelm Räuker, in sehr scharfer Form mit einem am 30. Januar unter Verantwortung des NDR ausgestrahlten Beitrag in der Fernsehsendung „Brennpunkt" über den Hungerstreik und die Haftbedingungen von Inhaftierten der terroristischen RAF auseinandergesetzt. Die WELT dokumentiert Auszüge aus dem Brief des Bundesinnenministers: „Vom Inhalt und Form ausgehend, muß sich der Eindruck einer Sympathiewerbung und der Verniedlichung terroristischer Verbrechen aufdrängen. Als der für die innere Sicherheit zuständige Bundesinnenminister weise ich diesen Beitrag als beschämende Verharmlosung des Terrorismus zurück."

Zimmermann: „Die Haftbedingungen der RAF-Terroristen sind nur zu verstehen vor dem Hintergrund ihrer Mordtaten, derer sie angeklagt beziehungsweise verurteilt sind, sowie ihrer Ziele, auch aus dem Gefängnis heraus noch terroristische Angriffe und Anschläge gegen unseren Staat aktiv zu beeinflussen. Diese Haftgründe, Fakten und Tatsachen werden aber in dem Beitrag unterschlagen. Kein Wort über die Mordtaten und ihre Opfer, kein Wort zu der Rolle der Vertrauensanwälte im Bereich des Terrorismus, kein Wort auch zu Freipressungsaktionen, wie im Zusammenhang der Entführung und dem Mord an Hanns Martin Schleyer *im Jahre 1977. Schon der* Respekt und die Achtung vor den Opfern dieser Verbrechen hätte es verlangt, diese Mordtaten nicht unerwähnt zu lassen. Wo war der Bericht über die Witwe Schleyer, die Kinder der Opfer? Statt dessen wurden die Angehörigen der Terroristen gezeigt."

In dem Brief des Bundesinnenministers an den NDR-Intendanten heißt es dann weiter: „Dafür bietet der Beitrag eine breite Plattform für offene Sympathiekundgebungen von Angehörigen und Vertrauensanwälten der Terroristen, verbunden mit einer unverhohlenen Demagogie gegen die Haftbedingungen. Die damit verbundene Arbeit, subjektiv betroffene Familienangehörige als objektive Zeugen gegen angeblich unzumutbare Haftbedingungen zu gewinnen, verfehlt das Ziel einer sachlichen Berichterstattung."

„Ich frage mich, warum gerade Ihre doch ansonsten so sehr auf kritische Fragen und Distanz bedachten Redakteure bei den Interviews mit den Angehörigen und Anwälten völlig verschwiegen haben, daß es sich im Falle der Häftlinge Schulz, Mohnhaupt und Klar um die schlimmsten Anklagen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland handelt, nämlich *die Anklagen schwerer* Kapitalverbrechen bis hin zum neunfachen Mord."

„Ich frage mich ferner, wie es geschehen kann, daß in dem Bericht subjektive und unkritische Äußerungen der Redakteure einfließen konnten, wie ‚Isolationsfolter', ‚Brechen des Hungerstreiks', ‚nicht unberechtigter Hungerstreik'. Hierbei handelt es sich um völlig unfundierte Bemerkungen, reine Unterstellungen."

Bei allem Respekt vor Presse- und Meinungsfreiheit, so betont der Bundesinnenminister, überschreite der „Brennpunkt"-Beitrag die „Grenzen einer verantwortungsbewußten Berichterstattung". Der Brief schließt mit der Aufforderung: „Ich halte es für notwendig – *nicht* zuletzt auch nach der Mordtat an Dr. Ernst Zimmermann –, daß dieser erschreckend falsch liegende Beitrag im Bewußtsein der Bevölkerung eine Richtigstellung erfährt."

Reagan dämpft Riads Erwartungen

Keine neue Nahost-Initiative / Washington dringt auf direkte Gespräche mit Israel

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Ronald Reagan hat nicht die Absicht, in absehbarer Zukunft eine neue Nahost-Initiative zu starten. Das wurde am Montag und Dienstag in seinen Gesprächen mit dem saudiarabischen König Fahd deutlich. Statt dessen verwies er auf die Resolution 242 der Vereinten Nationen. „Ich glaube, daß auf dieser Basis eine Lösung des Konflikts zwischen Arabern und Israelis gefunden werden kann", erklärte er in zwei öffentlichen Reden und in seinen Privatgesprächen mit Fahd.

In dieser ersten offiziellen Begegnung der beiden Staatschefs wurde sehr schnell deutlich, daß die saudiarabische Seite mit sehr viel höheren Erwartungen in diese Gespräche gegangen ist als die amerikanischen Gastgeber. Während König Fahd diesem Treffen „historische Bedeutung" gab, zeigten Präsident Reagan und sein Außenminister Shultz spürbare Zurückhaltung, sobald die Gespräche sich dem Kern des israelisch-arabischen Konflikts näherten.

Fahd war offenbar in der Hoffnung nach Washington gekommen, daß Präsident Reagan nach seinem überzeugenden Wahlsieg des letzten Jahres nun zu einer aktiveren Nahostpolitik zu bewegen sei. Reagan und Shultz dagegen machten ihrem Gast deutlich, daß die besten Erfolgschancen in diesem Konflikt in direkten Gesprächen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn liegen.

Reagan erklärte in einem Interview mit der „New York Times", das er kurz nach seiner Begegnung mit Fahd gab, daß er immer noch zu seiner Friedensinitiative vom 1. September 1982 stehe, doch daß sie zu keinem Erfolg führen könnte ohne die Teilnahme von König Hussein und einigen Palästinensern. Die gemäßigten arabischen Staaten müssen begreifen, „daß wir sowohl ihr Freund als auch der Israels sein können", erklärte Reagan.

In diesem Zusammenhang wurden Berichte aus Jordanien, daß König Hussein und PLO-Führer Arafat einen „Rahmenplan für gemeinsame Aktionen" zur Lösung der palästinensischen Frage ausgearbeitet hätten, in Washington mit mehr oder minder skeptischem Interesse zur Kenntnis genommen. Man glaubt noch nicht, daß sich hier bereits ein Durchbruch in diesem Konflikt abzeichnet.

Fahd hatte in einer Begrüßungsrede die amerikanische Regierung aufgefordert, die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Libanons nach dem Abzug der Israelis aus diesem Gebiet zu garantieren. Den saudiarabischen Gästen wurde dagegen zu verstehen gegeben, daß man von ihrer Seite mehr Druck auf die Syrer erwarten würde, ihre Präsenz in Libanon aufzugeben. Der fünftägige Besuch König Fahds in Washington ist der Auftakt einer Serie von Treffen mit weiteren arabischen Staatschefs.

Neue Gerüchte über Ablösung Karmals

DW. **Islamabad**

Die mögliche Ablösung des afghanischen Staatschefs Karmal durch den bisherigen Verteidigungsminister General Muhammad ist gegenwärtig Gesprächsthema in Kabul. Westliche Diplomaten in Islamabad versicherten, diese wiederholt aufgetauchte Spekulation sei zum ersten Mal auf direkte sowjetische Verlautbarungen in der afghanischen Hauptstadt begründet. Der Abtritt Karmals, der bisher als gehorsamer Gefolgsmann Moskaus galt, erfolge aus gesundheitlichen Gründen, soll es geheißen haben. Das afghanische Fernsehen zeigte den in der Öffentlichkeit wenig sichtbaren Präsidenten zuletzt am 4. Februar anläßlich eines Treffens von Stammeschefs in der Provinz Helmand. Der 56jährige Staatschef wirkte gesund.

„Pessimismus ungerechtfertigt"

Mk. **Bonn**

Die Investitionen werden in diesem Jahr die Führungsrolle in der Konjunktur übernehmen. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern auf der Vollversammlung seiner Organisation. Pessimistische Prognosen zum weiteren Verlauf der Konjunktur hält Wolff für nicht gerechtfertigt. Die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit im Januar sei eindeutig durch den strengen Winter so hoch getrieben worden. Den Vorschlag der SPD, eine Maschinensteuer zur Finanzierung des sozialen Systems einzuführen, wertete Wolff als einen Rückzug ins vergangene Jahrhundert. Hierdurch werde Stimmung gegen Investitionen gemacht.

Seite 13: FDP will kürzen

„DDR-Vorwürfe sind abwegig"

DW. **Berlin**

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland gegen Vorwürfe aus der „DDR" verteidigt, wonach sich die Medien in die inneren Angelegenheiten des Ostblocklandes eingemischt hätten. Der Vorwurf der Einmischung sei genauso abwegig wie die Unterstellung, es handele sich bei den kritischen Berichten über die „DDR" um eine von der Bundesregierung gesteuerte Strategie, sagte Windelen gestern im Berliner Reichstagsgebäude. Die kritische Beschäftigung mit Verhältnissen und Entwicklungen in der „DDR" könne in einer freien Gesellschaft niemandem verwehrt werden, erklärte der Minister.

DER KOMMENTAR

Falsches Mitleid

MANFRED SCHELL

Welche Wirkung hätte eigentlich der Terrorismus, wenn seine verbrecherischen Aktionen nicht publiziert, sondern in aller Stille von Polizei und Justiz geahndet würden? Die Antwort dar*auf ist einfach. Ohne* diese Publizität würde er alsbald in seiner Sinnlosigkeit zusammenfallen. Die terroristischen Untaten würden zu „ganz normalen Verbrechen" reduziert. Denn so schlimm es klingt, so wahr ist es: Den Terroristen kommt es nicht so sehr auf den Tod eines Menschen an, sondern auf das Schauspiel seines Sterbens.

Nun ist bei der Struktur unserer Massenmedien eine so effektvolle, weil totale Informationssperre, die auf freiwilliger Basis verabredet werden müßte, nicht zu bewerkstelligen. Dafür gibt es viele (auch kommerzielle) Gründe, bis hin zu der Aussage eines bekannten ARD-Journalisten, der im Zusammenhang mit der „Nachrichtensperre" in der Zeit der Schleyer-Entführung von einer „merkwürdigen Identifizierung" mit den Interessen des Staates gesprochen hatte. So, als ob der Terrorismus nicht eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen insgesamt darstellte.

Wenn eine freiwillige Informationssperre kaum durchzusetzen ist, dann sollte es aber eine rigorose Zurückhaltung der Medien geben. Genau an diesem Punkt setzt der Brief von Bundesinnenminister Zimmermann an den NDR-Intendanten an. Er macht darin an einem exemplarischen Fall – an einem „Brennpunkt" – deutlich, wie einseitig und oberflächlich zum Teil über den Terrorismus informiert wird.

Von Objektivität war da keine Spur. Angehörigen von inhaftierten RAF-Mitgliedern wurde vor einem Millionenpublikum ausgiebig Sendezeit eingeräumt, um das „Schicksal" ihrer Töchter und Söhne in den Gefängnissen zu bejammern. Da wurden von den Journalisten keine zurechtrückenden Fragen gestellt. Wo blieb an diesem Fernsehabend die Schilderung der abscheulichen Verbrechen der verurteilten RAF-Mitglieder? Aus welchen Gründen kamen die Familienangehörigen der Mordopfer, zum Beispiel Frau Schleyer oder die Kinder der ermordeten Polizeibeamten, nicht zu Wort? Was nach dieser Sendung blieb, war der Eindruck, als seien die Terroristen inzwischen die eigentlichen Opfer.

Durch eine solche Machart wird, gewollt oder nicht, Mitleid und damit unterschwellig Sympathie für die falsche Seite erzeugt. Aber unabhängig davon muß es doch generell bedenklich stimmen, wenn man in unserem Land, nach der Empörung über einen Mord wie an dem Industriellen Ernst Zimmermann, alsbald zur Tagesordnung übergeht.

Jaruzelski greift Polens Priester an

DW. **Neu-Delhi/Warschau**

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat polnischen Priestern „illegale Handlungen" vorgeworfen. In einem Interview für die „Times of India" äußerte der General, die katholische Kirche habe in Polen „immense Möglichkeiten, ihren Pastoralauftrag zu erfüllen. Leider mißbrauchen manche Priester diese Freiheit, um illegale Handlungen zu begehen". Demgegenüber hat der polnische Primas, Jozef Kardinal Glemp, in Warschau nochmals bekräftigt, daß es keinen Fall von Rechtsverletzung durch Kirchenangehörige gebe. Die Kirche würde Priestern beistehen, denen die Verhaftung droht.

Jaruzelski nahm erstmals auch zum Ausgang des Popieluszko-Prozesses Stellung. Er nannte den Mord wieder eine „beispiellose politische Provokation mit dem Ziel, den Normalisierungsprozeß und die Politik von Partei und Regierung zu schädigen *und einen Konflikt zwischen* Staat und Kirche zu schaffen".

Ein Zivilgericht in Breslau hat den ehemaligen Schatzmeister der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Jozef Pinior, dazu verurteilt, 80 Millionen Zloty (1,9 Millionen Mark) über eine staatliche Kommission an die regimetreuen Gewerkschaften zu zahlen. Pinior hatte kurz vor Ausrufung *des Kriegsrechts im Dezember 1981* diese Summe von den Konten der „Solidarität" abgehoben, um später die Untergrundarbeit finanzieren zu können. Falls der arbeitslose Pinior das Geld nicht zurückerstattet, muß er ins Gefängnis.

Seite 2: Südamerika und Polen

Weizsäcker läßt Kranz in Dresden niederlegen

hrk./kie., **Dresden/Bonn**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker läßt heute als Zeichen der Trauer aller Deutschen um die Opfer des alliierten Bombenangriffs auf Dresden an der Ruine der Frauenkirche einen Kranz niederlegen. In einer schlichten Zeremonie wird Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, das Blumengebinde niederlegen. Auf der schwarz-rot-goldenen Schleife, die zuvor aus Bonn in die Ständige Vertretung gebracht wurde, *ist der Bundesadler zu sehen, dazu* die Aufschrift: „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland".

Der „Kölner Stadtanzeiger" hatte in den vergangenen Tagen eine Meldung verbreitet, derzufolge der Bundespräsident eine an ihn ergangene informelle Einladung der „DDR", Dresden aus Anlaß der Wiedereröffnung der Semper-Oper zu besuchen, *ausgeschlagen habe. Diese Meldung* ist gestern vom Bundespräsidialamt entschieden dementiert worden. Weder habe es eine inoffizielle Einladung noch Sondierungen im Vorfeld einer solchen Einladung gegeben und natürlich auch keine Zurückweisung nicht vorhandener Sondierungen, hieß es aus der Villa Hammerschmidt.

Nach Darstellung von Eingeweihten wäre ein Besuch des Bundespräsidenten in der „DDR" schon rein protokollarisch „abwegig", weil der Terminabfolge gemäß erst einmal der Staatsratsvorsitzende der „DDR", Erich Honecker, mit seinem Besuch in der Bundesrepublik „dran" sei.

Mota Pinto legt nun auch seine Regierungsämter nieder

Entscheidung mit Koalitionsraison begründet / Kabinettsumbildung

DW. **Lissabon**

In der portugiesischen Regierungskoalition aus Sozialisten (PS) und Sozialdemokraten (PSD) bahnt sich eine größere Kabinettsumbildung an. Der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Carlos Mota Pinto, der in der vergangenen Woche wegen innerparteilichen Auseinandersetzungen als Führer der Sozialdemokraten zurückgetreten war, hat nun Ministerpräsident Mario Soares ersucht, ihn „sobald wie möglich" auch von seinen Regierungsämtern zu befreien. Einer Kabinettserklärung zufolge begründete Mota Pinto seinen Entschluß damit, daß er nicht die Koalition gefährden wolle.

Der Rücktritt Mota Pintos gibt Staatspräsident Ramalho Eanes die Möglichkeit, bis zum Juni dieses Jahres die Regierung abzusetzen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Gleichzeitig mit Mota Pinto reichte der sozialdemokratische Erziehungsminister José Seabra in einem Brief an Soares seinen Rücktritt ein. Sein Büro erklärte dazu, Seabra habe sich in seinem Rücktrittsgesuch auf politische Meinungsverschiedenheiten mit der neuen sozialdemokratischen Parteiführung berufen. Vier Staatssekretäre nahmen ebenfalls ihren Hut.

In Regierungskreisen wird damit gerechnet, daß Justizminister Rui Machete, der am Wochenende zum neuen Führer der Sozialdemokraten gewählt wurde, auch der Nachfolger Mota Pintos im Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten wird. Machete traf am späten Abend mit Soares zu Gesprächen über die Zukunft der Koalition zusammen, verweigerte aber anschließend jeden Kommentar.

Nach seiner Wahl zum Parteiführer hatte Machete bekräftigt, daß seine Partei an der Koalition festhalten wolle. Auf einem Treffen wollen die beiden Koalitionsparteien *noch in* dieser Woche dem Vernehmen nach neue Verhandlungen über das Koalitionsabkommen vorbereiten, das bereits im November nach einem Streit zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten über die Wirtschaftspolitik geändert worden war.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Defensiv-Knirps

Von Adalbert Bärwolf

Die moderne Technik zeichnet sich dadurch aus, daß sie abwandelbar ist. Das gilt auch für die als „Star Wars" bekanntgewordene Verteidigungsinitiative Präsident Reagans. Sie kann früher oder später verwirklicht werden: Mit Strahlenwaffen könnten die Amerikaner den Abwehrschirm gegen interkontinentale Atomraketen wahrscheinlich erst weit nach dem Jahr Zweitausend aufspannen. Ohne den Einsatz von Waffenstrahlen, also ohne lichtgeschwinde Laser oder Partikelwaffen, ließe sich ein kosmischer Defensiv-Knirps zum Schutz der tausend Raketensilos in den USA vielleicht schon Anfang der neunziger Jahre entfalten.

Dies ist denn auch die Tendenz. Der im letzten Sommer von den USA über dem Pazifik im Weltraum erzielte erste Volltreffer einer nichtnuklearen Abwehrrakete auf eine heranrasende Interkontinentalrakete mit Pulverisierung des Ziels hat die Planer der strategischen Verteidigung und die Industrie in Rotation versetzt. Amerika allein beherrscht diese Abfangtechnik: Mikro-Prozeßrechner, die blitzartig nach Daten von Infrarot-Sensoren Steuerkommandos an die Abfangrakete geben. Diese Abfangmechanismen werden weiter miniaturisiert. Schließlich entstehen sehr kleine „schlaue" Projektile, die zu Tausenden in Satelliten Platz finden. Von dort aus, über den 1400 Raketensilos der Sowjetunion kreisend, könnten sie gegen gestartete sowjetische Atomraketen eingesetzt werden.

Dieses Projekt wird in Washington erwogen. Es sieht rund einhundert Kampfsatelliten in niedrigen Umlaufbahnen (etwa 1000 Kilometer) plus einige Kommando- und Rechenzentren in geostationären Höhen (36 000 Kilometer) vor. Diese Technik wird fast beherrscht. Der Nachteil: sie ist im Gegensatz zu den Waffenstrahlen der Massenträgheit unterworfen; alles geht langsamer. Aber diese Technik könnte schneller verwirklicht werden; wie gesagt, vielleicht schon in fünf Jahren.

Diese Technik könnte auch die Basis der vom Bundeskanzler angebotenen Mitarbeit an der US-Verteidigungsinitiative sein. Es ließe sich so – lange vor dem angestrebten Strahlenschirm – über Europa ein Defensiv-Knirps aufspannen, wobei in diesem Fall die „schlauen" Projektile auf dem Erdboden (nicht im All) stationiert wären; im Ernstfall alarmiert von Flugzeugen, die den Raketenabschuß melden.

Der Strategie-Obergefreite

Von Rüdiger Moniac

Gewiß wäre es unsinnig, einen Verkäufer in einem Kaufhaus zu fragen, ob er lieber Socken verkauft oder Heizlüfter. Abgesetzt werden müssen beide Artikel, und das Management des Unternehmens wird zu klären haben, mit welchen Angeboten die Umsätze zu steigern sind. Was deswegen im Kaufhaus unterbleibt, leistet sich die Bundeswehr: Sie konfrontiert ihre „einfachen" Soldaten im Mannschaftsrang mit den Problemen, die das „Management" angehen.

So sollten im Rahmen einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts (Sowi) der Bundeswehr Wehrpflichtige zu der Frage Stellung nehmen, ob man auch dann die Bundesrepublik verteidigen müsse, wenn dazu auf ihrem Gebiet der Einsatz atomarer Waffen notwendig wäre. Ihre Antworten zeigten, daß die jungen Männer mit derartigen Fragen zur Militärstrategie überfordert sind. Die einschlägigen Zusammenhänge sind derart kompliziert, daß selbst Fachleute manchmal ins Stottern geraten.

Nicht von ungefähr ist nun die Aufregung darüber groß, daß angeblich die meisten Wehrpflichtigen gar nicht mehr verteidigungswillig seien. Doch sie sind es, wenn ihnen ihre Aufgabe nur auf ihrer Verständnis- und Erlebnisebene erklärt wird. Dazu sollte das Sowi den Truppenführern Hilfe leisten – und nicht derart politisch oder ideologisch beladene Fragen stellen.

Die Untersuchung, in der das geschah, war 1981 vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben worden, also zur Zeit des SPD-Ministers Apel. Es kümmern sich so viele Berufene und noch mehr Unberufene um das unsinnige „Zerreden" der militärstrategischen Grundlagen der NATO, daß die Sozialwissenschaftler der Bundeswehr sich um die praktischen Bedingungen des Ausbildungsalltags in der Truppe bemühen sollten; wenn es denn ein solches Institut mit seinen fünf Dutzend Mitarbeitern schon geben soll. Das Verteidigungsministerium muß auf diese Selbstbeschränkung pochen. Sonst gibt es doch wieder Fragen an die Verkäufer, für die das Management verantwortlich ist.

Diener

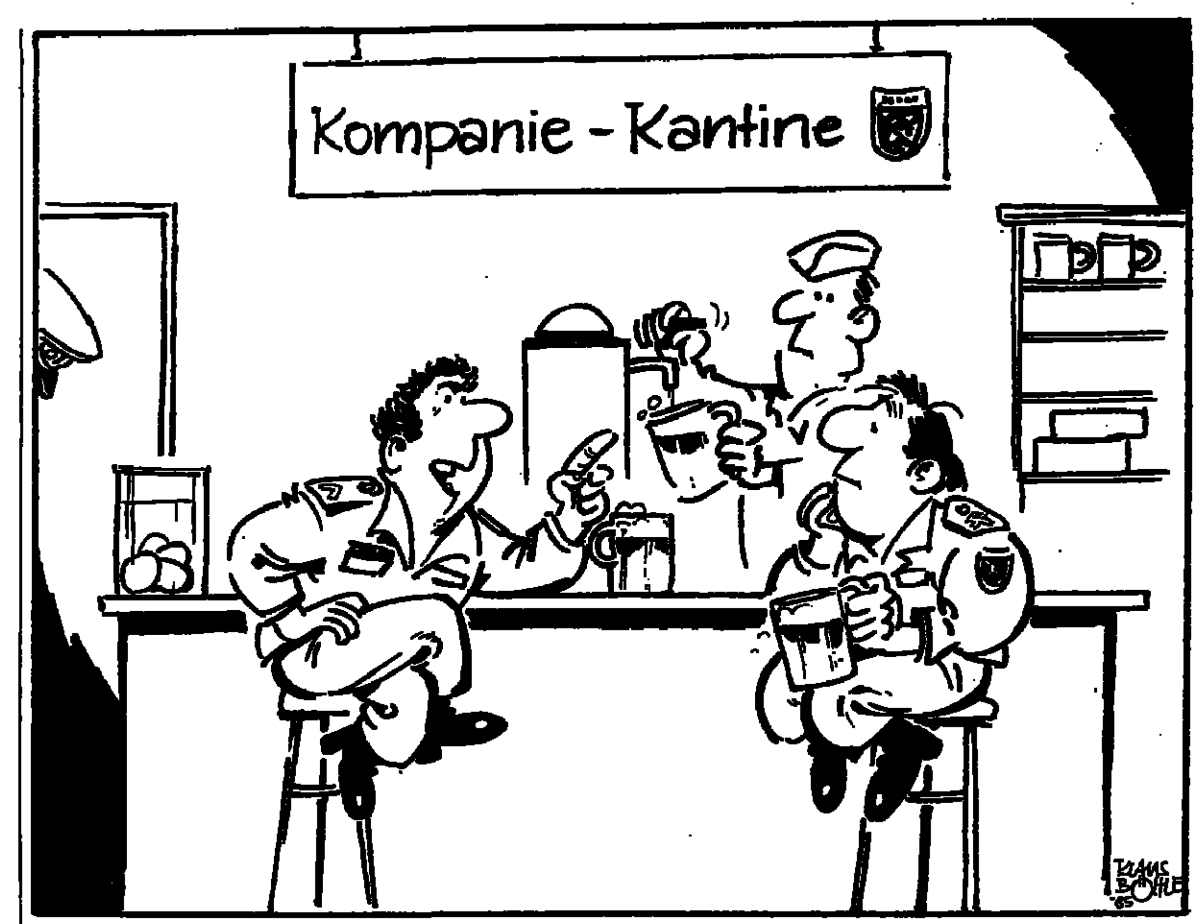
Von Peter Gillies

Die Spezies schien ausgestorben, hinweggerafft von der vermeintlich perfekt organisierten Gesellschaft mit ihren rasanten Verkehrsmitteln und Computern. „Hallo Dienstmann!" war eine Reminiszenz an alte Moser-Filme. Plötzlich aber, so berichtet die Bundesbahn, gibt es ihn wieder, wenn auch zunächst nur auf Vorbestellung und (noch) nicht auf Zuruf.

Wer wollte eigentlich Dienste leisten, wo doch jedermann einen Anspruch auf alles zu haben glaubt? Kommt jemand mit seinem Gepäck, seiner Steuererklärung, seiner Alterssicherung oder seinem elektronisch gesteuerten Allroundgerät nicht zurecht, zupackende Hilfe für die großen und kleinen Wechselfälle des Lebens war und ist so selten wie teuer. Das Kennwort „Dienstleistungsgesellschaft" befindet sich zwar in aller Munde, aber dienen möchte denn doch niemand.

Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit haben indes den Blick auf die vergessenen und verschütteten Märkte gelenkt, viele werden neu entdeckt. Ein promovierter Taxifahrer ist heute weder Unikat noch Schande. Wer ein Diplom in Diskussions- oder anderer Wissenschaft erworben hat, hält eine handfeste Tätigkeit, nämlich anderen gegen Entgelt einen Dienst zu erweisen, für nicht mehr unter seiner Würde. Es gibt plötzlich wieder Bäcker, die Frühstücksbrötchen ins Haus liefern, Läden, die Fahrräder reparieren, und Mechaniker, die einen nicht nur mit der Empfehlung abspeisen, das defekte Gerät wegzuwerfen.

Das individuelle Produkt und die maßgeschneiderte Dienstleistung bieten einen Markt voller Nischen. Die kleine Hilfestellung schlägt die große Serie. Man mag über Wollädchen oder Müsli-Shops schmunzeln, aber sie ernähren nicht selten ihren Mann und ihre Frau. Das amerikanische Beschäftigungswunder mit Millionen neuer Arbeitsplätze besteht übrigens nur zu etwa einem Fünftel aus hochtechnologischen Jobs, der Rest ist Herkömmliches, erspürt auf der Straße, wo auch beim Dienstmann noch das Geld liegt. Wenn junge Leute herausfinden, wie aufregend die Marktwirtschaft sein kann, wäre das nicht die schlechteste Nachhilfestunde in Ökonomie.



„Soviel zur Strategie-Umfrage: Der beste Torwart nützt nichts, wenn die Verteidigung pennt!" KLAUS BÖHLE

Welt- oder Waffenmacht?

Von Herbert Kremp

Wer sich für den Zerfall des Kommunismus interessiert, soll Geschichte lesen. Die Deutschen begehen in diesem Jahr den dreißigsten Jahrestag ihrer Souveränität (5.Mai 1955, gibt es einen ökumenischen Gottesdienst?). Die Sowjetunion feiert demgegenüber das 67. Jahr der mangelhaften Produktivität, des Volksalkoholismus und der unzumutbar hohen Rüstungsausgaben. In der historischen Selbstbetrachtung Moskaus gab es immmer Brüche. Nach Stalin beispielsweise kam der XX. Parteitag Chruschtschows. Die Periode davor war eine lange Dünung. Heute jedoch scheint die Selbstbetrachtung der Hektik verfallen zu sein, dem Zerhacker. Die Sowjets wissen nicht mehr, wie sie ihre neuen Zaren, die Generalsekretäre, beurteilen sollen. Sie verwickeln sich in Widersprüche, wenn sie ihre eigenen Führer, Breschnew, Andropow und Tschernenko, bewerten.

Eigentlich geht es nicht, daß ein Imperium, gut oder böse, jedenfalls mächtig, von drei Schwerkranken nacheinander regiert wird (sie bekämen hier Behindertenausweise und dürften kostenlos U-Bahn fahren). Für den Rest der Welt ist das deshalb unzumutbar, weil eine Weltmacht stets eine Pflicht hat: berechenbar zu sein. Nichts gegen alte Herren in der Politik. Sie bringen, wenn man den 73jährigen Reagan und den 80jährigen Chinesen Deng betrachtet, eine Lebenserfahrung ein, die manchem Frühgealterten in den Subkulturen des Westens unheimlich vorkommt. Aber im euro-asiatischen Osten, wo man stets dem muskulösen weltrevolutionären Wort huldigt, der sozusagen institutionellen, der geschichtsüberlegenen Jugendlichkeit, wirkt die schon erbliche Krankheit der Führer paradox, um nicht zu sagen lächerlich. Marschall Ustinow war acht Tage tot, bevor das Politbüro sich fähig fand, unisono seinen Tod bekanntzugeben. Ist das eine Macht, mit der man Verträge schließen kann?

Auch wenn man es eigentlich nicht kann, wird man es tun, denn die Sowjetunion ist eine militärische Weltmacht. Sie muß ihre gar nicht so vielhäuptige Bevölkerung, etwa 267 Millionen Menschen, mit amerikanischem und argentinischem Getreide fouragieren. Tschernenko, der letale Führer, spricht in der Januar-Nummer des „Kommunist", der theoretischen Zeitschrift, von der „langen Phase des entwickelten Sozialismus".

Diese Phrase, die eigentlich in die Entwicklungspsychologie gehört, ist ein Synonoym für Niederlage – Niederlage des Systems und Verlust der Hoffnung. Die Sowjets schaffen es nicht, weil über der Produktivität des Landes und der unendlichen Begabung Rußlands die Fettschicht der herrschenden Funktionäre lagert. Da darf nicht gewärmt und aufgekocht werden; denn mit dem Brodeln käme die Revolution. Schon im Falle von Reformen, dem stets frischen Brot des Westens, würde die Hefe hochgehen. Deshalb sollte niemand an Gorbatschow glauben, den „jungen Mann" (54), der in London einmal lächelte. Er unterliegt dem Gesetz.

Es ist erstaunlich und entspricht vollkommen dem Illustriertenstil der westlichen Demoskopie-Führer, daß ein Sowjetmensch wie Gorbatschow, kaum tritt er auf, ohne daß ihn jemand kennte, als der neue Heroe betrachtet wird, als ein Hoffnungsträger kapitalistischen Ruhebedürfnisses. Da werden gleich Eulen nach Moskau getragen. Dabei ist für den, der Historie in Macht übersetzt, zweifelsfrei klar, daß jeder Führer des Imperiums, mag er auch jünger sein als die kranken Alten, den Geboten der Bürokratie zu gehorchen hat, die Rußland heute und morgen tatsächlich regiert. Vor dieser versteinerten, das innere Haus kujonierenden Virginia Woolf haben sie alle Angst, die großen Cäsaren des Dritten Rom. Deshalb unternahm Tschernenko, kaum ward ihm die Macht dotiert, mit Blick auf den XXVII. Parteitag (1986) nur eines: Er machte der Ideologie und der Funktionärsklasse des Landes Avancen. Das schafft Beruhigung, nicht Kreativität. Das schafft Waffen, aber keine Wohlfahrt fürs Volk.



Du sollst keine junge Päpste wählen: Tschernenko, Tichonow, Gromyko mit dem Sarg Andropows FOTO: DPA

Der wilde Chruschtschow, der Kuba-Fahrer, hatte 1961 vorausgesagt, die Sowjetunion werde 1980 die Vereinigten Staaten wirtschaftlich überholt haben. Man sollte sich daran erinnern, weil es gelegentlich erheiternd ist, Geschichte zu erleben. Es ist schon bemerkenswert, was sich das russische Volk, das Volk mit dem großen literarischen Gedächtnis, mit der durchdringenden Erkenntnis des Oblomow, in allen Zeitläuften vormachen läßt. Wir Deutschen, die wir in der warmen Zone der Freiheit seit vierzig Jahren frei von Totalitarismus und sehr aufs individuelle Denken bedacht leben, können über die Leidensfähigkeit der geistig, persönlich und öffentlich Geknebelten eigentlich nur staunen. Wir denken vielleicht mal an die deutschen Ostgebiete zurück, aber nie an diese Form von Herrschaft. Sie gehört zu den zeitlichen Sündenstrafen, so wahr das Sittengesetz besteht. Schon täglich erweist sie sich als endlich:

Da wurde unter Tschernenko, dem sie das orthodoxe Rauchfaß schwingen, das Plenum des Zentralkomitees im letzten November und der Sofioter Ostblock-Gipfel im Januar abgesagt. Da wird seit drei schlagflüssigen Generalsekretärs-Generationen am neuen Parteiprogramm gestrickt: Es soll etwas Reformerisches enthalten, was niemand erfährt. Da werden Kanonen fabriziert wie in der EG Butterberge, was im einen wie im anderen Falle niemand mehr begreifen kann. Ist das eine Weltmacht – immerhin ein respekterheischender Titel –, oder ist das doch nur eine fade, niemanden erwärmende, den Rest der Welt kalt lassende Waffenmacht? Sie existiert, und niemand schaut hin?

Tschernenko wird sterben. Die Aussicht, daß dann ein 54jähriger Gorbatschow die schleifenden Zügel aufgreift, treibt der neuen Klasse des Reiches, die ihren eigenen Reichtum verwaltet, den Schweiß auf die Stirn. Nach den Gesetzen der blutdruckniedrigen Nomenklatura kommunistischer Länder hätte der junge Generalsekretär eine Regierungserwartung von dreißig Jahren. Eine furchterregende Frist. Sie macht die bravsten Funktionäre konspirativ. Mehr noch – diese Aussicht macht sie fromm, und sie sagen wie zu Anbeginn des christlichen Rom: Du sollst keine jungen Päpste wählen.

IM GESPRÄCH Richard Lugar

Boy-Scout mit weißer Weste

Von Fritz Wirth

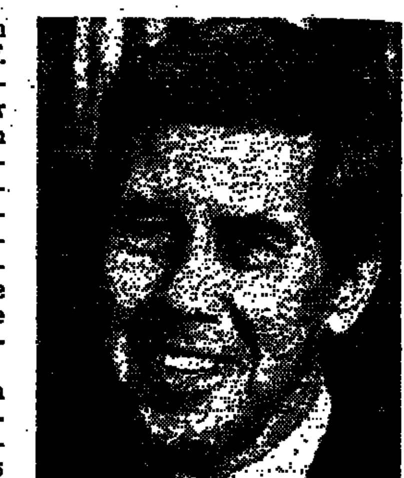
Richard Green Lugar ist ein „Hoosier", und er ist stolz darauf. Normalerweise kann man damit rechnen, daß ein Amerikaner, mit dieser Vokabel angesprochen, je nach Temperament beleidigt oder aggressiv reagiert. Ein „Hoosier" ist im allgemeinen amerikanischen Sprachgebrauch ein Tölpel oder ein Dummkopf. Nur in einem Staate dieses Landes weckt diese Vokabel Stolz. Die Bürger von Indiana nennen sich ohne Furcht vor irgendwelchen Doppeldeutigkeiten die „Hoosier".

Richard Lugar ist es in der fünften Generation, und es gibt nur noch eines, auf das er seit Jugendtagen ebenso stolz ist: „Eagle-Scout" zu sein. Es ist notwendig, beides gleich zu Beginn zu erwähnen, denn davon ist dieser Mann geprägt. In Indiana machte er als Bürgermeister von Indianapolis Karriere. Und was seine Pfadfinder-Tätigkeit angeht, so bescheinigen Freunde wie Feinde es ihm mit gleicher Überzeugung: Richard Lugar hat niemals aufgehört, ein „Boy-Scout" zu sein.

Daran hat auch sein nunmehr fast zwanzigjähriger Umgang mit einem zuweilen so schmutzigen Handwerk wie der Politik nichts ändern können. Er ist in diesem Geschäft stets ein Gentleman geblieben: sauber, offen, diszipliniert. Es gibt vermutlich in Washington keine weißere Weste als die des Richard Green Lugar.

Seit 1976 gehört er dem Senat an. Er machte sich schnell einen Namen, indem er sich für zwei vom Bankrott bedrohte Institutionen stark machte und ihnen finanziell wieder auf die Beine half: der Stadt New York und dem Autokonzern Chrysler. 1980 stellte er sich hinter die Präsidentschaftskandidatur von Howard Baker. Wäre sie erfolgreich gewesen, hätte er hoffen können, daß ihm die Vize-Präsidentschaft angetragen worden wäre.

Seine Loyalität zu Baker hinderte ihn nicht, sich in den letzten vier Jahren stärker als jeder andere republikanische Senator mit der Politik Ronald Reagans zu identifizieren. Heute ist er – was die amerikanische Außenpolitik angeht – einer der wichtigsten und einflußreichsten Politiker in Washington. Richard Lugar leitet seit kurzem den außenpolitischen Ausschuß des Senats als Nachfolger Charles Percys.



Leitet den außenpolitischen Ausschuß des US-Senates: Lugar FOTO: POLY PRESS

Er hinterließ im neuen Amt bereits Spuren, indem er im Senat die bisher umfangreichste und ehrgeizigste Bilanz der amerikanischen Außenpolitik inszenierte, die mit der Anhörung von Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger begann. Ziel dieses Unternehmens ist es, über Parteiinteressen hinweg in der Außenpolitik einen nationalen Konsens herzustellen.

Skeptiker meinen, dieser Versuch zeige, daß der Pfadfindergeist noch immer sehr wach sei in diesem Manne. Leute, die ihn besser kennen, meinen, daß dieses Unternehmen deutlich die pragmatische Grundeinstellung Lugars reflektiere.

Der Pragmatiker George Shultz ist glücklich, in Lugar einen Verbündeten gefunden zu haben. Der Anglophile Caspar Weinberger hat nicht die geringsten Probleme, mit diesem Mann, der als Rhodes-Stipendiat einst in Oxford studierte, Kontakte zu knüpfen, und Ronald Reagan findet in dem 52jährigen Lugar einen Mitstreiter in seinem Bemühen, die Steuerlast des Bürgers zu senken.

Lugar geht mit gutem Beispiel voran, indem er ein Fünftel seines Senatorengehalts wieder an die Steuerzahler zurückgibt. Was zeigt: Einmal ein „Boy-Scout", immer ein „Boy-Scout".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

ABENDZEITUNG

Das Münchner Blatt kommentiert das Asylrecht:

Hier läuft etwas aus dem Ruder, und darauf haben die Regierenden zu reagieren. Wobei es typisch ist, daß der Anstoß wieder nicht aus Bonn kommt. Es bedeutet nicht, Verfolgte und Hilfesuchende über Gebühr zu strapazieren, wenn man festzustellen versucht, ob sie nicht einfach ein weniger prosperierendes Heimatland verlassen haben, um in der Bundesrepublik persönliche Aufstiegschancen zu suchen. Durchdenkt man dieses Problem bis zum Ende, klingt die Folgerung brutal: Ihr Schicksal, auch ihr wirtschaftliches, bestimmen die Völker selber, und wir sind nicht dazu da, Beihilfe zu leisten, wenn sich jemand aus einer glücklosen Gemeinschaft davonstehlen will ...

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung geht auf die Prozeßkostenhilfe für Politiker ein:

Wie sich zeigt, sind Minister und Staatssekretäre, auch wenn sie angeklagt sind, ein ganzes Stück gleicher als gewöhnliche Beamte, was man schon daran erkennt, daß sie sich nicht von irgendwelchen Anwälten verteidigen lassen (und dafür den vorgesehenen Honorarsatz von DM 550 abrechnen) können, sondern von teuren Staranwälten. Zu deren Vorfinanzierung also hat allein Lambsdorff bisher die Summe von DM 141 600 erhalten, die ihm aber noch nicht ausreicht, weshalb er gerade weitere 50 000 DM beantragt hat. Der Eindruck ist beinahe unabweisbar: da soll wohl der Vorwurf, ein Minister habe rechtswidrig dazu beigetragen, den Staat um ihm zustehende Steuereinnahmen zu bringen, mit massivem Einsatz von Steuermitteln zurückgeschlagen werden ... Die Zahlungen an Lambsdorff, Matthöfer, Lahnstein verstießen also – hat der Bundesrechnungshof mitgeteilt – „gegen die Erfordernisse des Rechtsstaatsprinzips und des Gleichheitsgebotes".

Hamburger Abendblatt

Es beobachtet die Wahlkampf-Erwägungen der Parteien:

Wir steuern auf wichtige Wahlen zu. Man merkt es an der Aktivität der Parteien. Sie haben das größte Wählerpotential fest im Auge: die Frauen. Frauenpapier von der CDU, Frauendebatte im Bundestag, Frauenfragen als Schwerpunktthema eines Parteitages – eine Initiative jagt die andere. Da darf auch die bayerische CSU nicht fehlen. Sie will sich für eine gesetzliche Arbeitsplatzgarantie für Mütter (in Ausnahmefällen auch für Väter) einsetzen, die sich ein Jahr lang ausschließlich auf die Erziehung ihres Kindes konzentrieren. Nach diesem Jahr sollen sie an ihre angestammte Arbeitsstelle zurückkehren können. Kein Zweifel: Wenn das Schlagwort vom sterbenden deutschen Volk nicht Wirklichkeit werden soll, müssen Wege gefunden werden, wie das Berufsleben der Frau und ihr Dasein als Mutter miteinander versöhnt werden können.

Zweimal Theologie der Befreiung: Südamerika und Polen

Ansätze zur Erneuerung der abendländischen Kultur / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

General Jaruzelski hat den neutralen Boden Indiens gewählt, um seinen ersten Kommentar zum Thorner Prozeß der Weltöffentlichkeit – und damit auch der Öffentlichkeit Polens – zu präsentieren. Sein Wunsch ist, daß alle Welt die innere Situation in dem von ihm regierten Land als ein großartiges Bemühen um Ausgleich deuten möge. Dementsprechend nannte er die Ermordung des Priesters Popieluszko eine „beispiellose politische Provokation mit dem Ziel, den Normalisierungsprozeß und die Politik von Partei und Regierung zu schädigen und einen Konflikt zwischen Staat und Kirche zu schaffen". In diesen Text eingebettet, sprach er sodann von polnischen Priestern, die „illegale Handlungen begehen".

Auch Kardinal Glemp, Primas der katholischen Kirche in Polen, machte seinen Kommentar zum Thorner Prozeß auf ungewöhnliche Weise publik. Zum ersten Mal hielt er eine Pressekonferenz ab. Wie Jaruzelski überwölbte er die kritische innenpolitische Lage mit dem Generalthema des erstrebten Ausgleichs, er wünschte sich sogar ein neues Gespräch mit dem General. Doch das war nur der Überbau einer harten Kritik im Konkreten. Glemp sagte, der Prozeß habe das Klima zwischen Staat und Kirche verschlechtert. Dann kam er zum entscheidenden Punkt: Im Gegensatz zu Jaruzelski stellte der Primas fest, der Prozeß habe keinerlei Rechtswidrigkeiten Popieluszkos nachgewiesen. Nach allem, was er wisse, seien die Predigten Popieluszkos „theologisch korrekt" gewesen. Der Kirchenfürst warnte den kommunistischen Staat: „Wir werden unsere Priester verteidigen."

Der Befund des Primas, Popieluszko habe theologisch korrekt gepredigt, hat kardinalen Stellenwert. Was Popieluszko verkündete, war eine „Theologie der Befreiung" unter den Bedingungen der sowjetischen Vorherrschaft, Befreiung im Sinn der „Solidarnosc" und zugleich im Sinn der Werte, die der polnische Papst für das „ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural" aufgerichtet hat: „Würde der menschlichen Person und ihre unveräußerlichen Grundrechte, Unantastbarkeit des Lebens, Freiheit, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität." Die Aussage des Primas bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß Popieluszko Befreiung getreu der Lehre seiner Kirche und im Geiste des Papstes gepredigt hat.

Der Zufall fügte es, daß Papst Johannes Paul II. in Südamerika in zeitlichem Zusammenhang mit dem Thorner Prozeß zu jener „Theologie der Befreiung" Stellung nahm, die ihren Ursprung in Peru hat. Der Papst sprach von irrenden Priestern, die „nicht die Wahrheit Christi, sondern ihre eigenen Theorien" verbreiten, er klagte diejenigen an, welche sich von „materialistischer Inspiration und zweifelhaften religiösen Inhalten" leiten ließen.

Im größten Elendsquartier in Peru, am Rande der Hauptstadt, hörte eine Million Menschen die aktuelle Botschaft des Papstes: „Der Weg gewaltsamer Lösungen, die in Unfreiheit, Unterdrückung des Geistes und im Totalitarismus enden, ist trügerisch." Das ist eine Lebenserfahrung des Papstes, der aus Polen kommt. Johannes Paul II. prangert die Ideologien an, die den Haß zum Motor der Geschichte erheben. Und wieder fügte es der Zufall, daß der Vatikan just zu dieser Zeit den „Priesterministern" in Nicaragua die Entlassung aus dem Priesteramt androhte. Kulturminister Ernesto Cardenal hatte bekannt, er habe durch das Evangelium den Weg zum Marxismus gefunden.

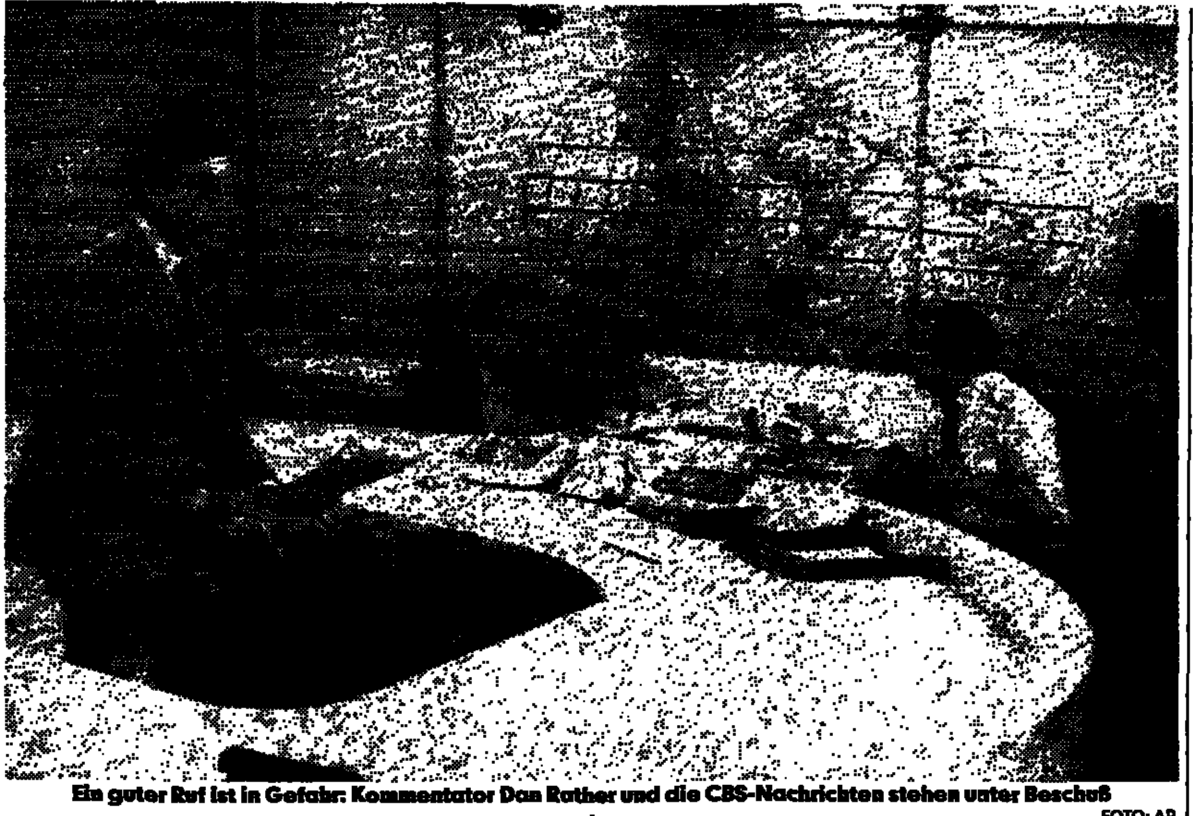
Hier schließt sich der Kreis. Jedem, der die Predigten des Papstes in Südamerika im Zusammenhang mit den Predigten seines Jüngers Popieluszko in Polen liest, erschließt sich der unveränderliche Kern des römischen Dogmas. Abweichung vom Evangelium dient den Ideologien und ihren politischen Strategien „auf der Suche nach einer illusorischen irdischen Befreiung" (Johannes Paul II.). Für Europa hält der polnische Papst eine besondere Botschaft bereit, die den Anspruch erhebt, den Weg zur zweiten Einigung des Abendlandes zu weisen. Wörtlich: „Wie das Christentum im ersten Jahrtausend Europas das griechisch-römische Erbe und die Kultur der Germanen, Kelten und Slawen integriert und einem gemeinsamen europäischen Geist Leben verliehen hat, so kann es auch heute wirksam dazu beitragen, daß die verschiedenen Völker dieses Kontinents aus ihrer großen kulturellen und nationalen Vielfalt eine neue gemeinsame europäische Zivilisation schaffen."

Die Kirche setzt gegen den Sowjetimperialismus in Europa die Idee der geistigen und moralischen Erneuerung der abendländischen Kultur. Das war die selbstgewählte Mission Popieluszkos, und deshalb wurde er von den Prätorianern der roten Zaren in der Provinz Polen getötet. Das ist der Sinn des gewaltlosen Kampfes, den Primas Glemp mit dem langen Atem der Kirche gegen Jaruzelski ausficht. Und das ist die Vision des polnischen Papstes. Entscheidet sich Europas Zukunft und Schicksal in Polen?

Ein Sender manövriert sich an den Pranger

Im Kampf um Einschaltquoten ist die US-Fernsehgesellschaft CBS journalistisch auf eine schiefe Bahn geraten. Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit und einseitige Nachrichten, lauten die Vorwürfe vor allem konservativer Amerikaner. Die wollen sogar durch Aktienkäufe CBS in den Griff bekommen.

Von FRITZ WIRTH



Ein guter Ruf ist in Gefahr: Kommentator Dan Rather und die CBS-Nachrichten stehen unter Beschuß
FOTO: AP

Vor vier Jahren schlossen sich in Atlanta die Türen. Eine Stadt sperrte sich ein gegen den Terror, gegen einen unheimlichen und grausamen Mörder, der in zwei Jahren 29 Kinder und Jugendliche tötete. Die gesamte Nation litt mit. Atlanta, die Stadt in Angst, war zu einer nationalen Tragödie geworden. Im Februar 1982 wurde der Massenmörder Wayne Williams zu lebenslanger Haft verurteilt.

Am Sonntag und am Dienstag dieser Woche kehrte der Schrecken noch einmal in diese Stadt zurück. Doch dieses Mal kam mit dem Schrecken und der verdrängten Angst der Zorn. Das Fernsehen hatte die Tragödie noch einmal aufbereitet. Nicht so sehr nach dem Gesetz der Wahrheit, sondern nach jenem Gesetz, das Themen und Darstellungsformen dieses *Mediums in den USA bestimmt, dem* Gesetz der Einschaltquoten und des Massen-Appeals.

Dabei gerieten einige Tatsachen dieser Affäre unter die Räder. Der Fünf-Stunden-Film, das umstrittenste Fernsehereignis seit Jahren in den Vereinigten Staaten, gedieh zu einer Fiktion, die das Leben schrieb. Die grausame Wahrheit und Tatsache von 29 Toten allein reichte nach Ansicht des Autors wohl noch nicht aus, den Zuschauer fünf Stunden lang bei der Stange zu halten.

Die Folge: Die Schulbehörde von Atlanta verteilte 100 000 Flugblätter an die Eltern dieser Stadt. Mit psychologischen Ratschlägen, was zu tun sei, wenn die Wunden und die Schrecken einer kaum bewältigten Vergangenheit bei ihren Kindern wieder aufgerissen werden. Die „New York Times" verurteilte den Film als „ein unverantwortliches Stück Arbeit", die „Washington Post" warf den Filmemachern vor, „eine nationale *Tragödie auszubeuten*" und Andrew Young, der Bürgermeister von Atlanta, der einst unter Jimmy Carter als UNO-Botschafter diente, fuhr zornig ins Hauptquartier der Fernsehgesellschaft nach New York und rang ihr das Zugeständnis ab, daß der Film mit dem Vorspann ausgestrahlt wurde: „Die folgende Vorführung ist kein Dokumentarfilm, sondern ein Drama, das auf bestimmten Tatsachen basiert, die den Mord und das Verschwinden von Kindern in Atlanta umgeben. Einige Ereignisse und Personen dieses Films wurden aus dramaturgischen Gründen erfunden."

Und weil ihm dies noch nicht genügte, sandte Andrew Young, wie die „Washington Post" berichtete, in der letzten Woche Telegramme an die 100 führenden Fernseh-Anzeigenkunden im Lande mit der Warnung, daß Firmen, die in den Unterbrechungen dieses Films mit ihren Produkten werben, kein freundliches Echo in Atlanta finden würden. Unter den vielen Firmen, die diese Warnung ignorierten, befand sich auch das Volkswagenwerk. Insgesamt waren 90 Minuten dieses fünfstündigen Fernsehdramas mit Werbung angereichert.

Ob diese verzweifelten Gegenmaßnahmen den erwünschten Erfolg haben werden, muß bezweifelt werden. Andrew Mann, der Autor und Regisseur dieses Films, der einst auch die Serie „Kojak" erfand, meinte fröhlichen Herzens: „Ich bin über die ganze *Aufregung um diesen Film hocherfreut.*"

Die Affäre jedoch hat noch delikatere persönliche Bezüge. Ko-Produzent des Films ist Gerald Rafshoon, der in der Carter-Administration einst ein enger Kollege von Andrew Young war. Rafshoon gehörte zur sogenannten „Georgia-Mafia" im Weißen-Haus, wo er als Medienberater arbeitete.

Das allerdings sind nur Nebenaspekte dieser Affäre. Auf dem Prüfstand der Kritik stehen nicht so sehr der Autor und der Produzent dieses Films, sondern die Fernsehgesellschaft CBS und deren Umgang mit der Wahrheit. Und der hat in den *letzten Monaten und Jahren in* wachsendem Maße Zweifel und Kritik ausgelöst, die dafür gesorgt haben, daß diese Gesellschaft auf höchst unerwünschte Weise ins Gerede gekommen ist und nun ihren einst glänzenden Ruf, die beste Nachrichtenstation im Lande zu sein, mit dem Rücken an der Wand verteidigen muß.

So sitzt CBS seit nunmehr 18 Wochen in New York auf der Anklagebank und muß sich dort im gleichen Gebäude, in dem der israelische General Sharon seinen Prozeß gegen „Time" führte, gegen eine Verleumdungsklage des ehemaligen Generals Westmoreland in Höhe von 120 Millionen Dollar verteidigen.

CBS hatte im Jahre 1982 in einer Fernsehdokumentation behauptet, daß Westmoreland „in eine Verschwörung auf der höchsten Ebene des militärischen Geheimdienstes" verwickelt gewesen sein soll mit dem Ziel, die wahre Truppenstärke seiner Gegner in Vietnam herunterzuspielen und damit seine Vorgesetzten irrezuführen, auch Präsident Johnson.

Es ist durchaus möglich, daß CBS, ebenso wie das „Time"-Magazin vor wenigen Wochen im Fall Sharon, diesen Verleumdungsprozeß gewinnen wird, weil absichtliche Verleumdungen durch die Presse in diesem Land außergewöhnlich schwer nachweisbar sind. Dennoch steht jetzt schon fest, daß die Glaubwürdigkeit und das Ansehen von CBS in diesem Prozeß Schaden genommen haben. Die Anstalt hatte bereits in einer internen Analyse vor dem Prozeß zugegeben, daß es ein „Ungleichgewicht bei der *Darstellung der Positionen beider Seiten*" in dieser Dokumentation gegeben habe, daß der Film eine „Verschwörung" im normalen Sinne dieses Wortes nicht bewiesen habe und daß in neun weiteren Fällen gegen die Normen einer Dokumentar-Produktion verstoßen worden sei.

Derartige Blößen veranlaßten schließlich eine einflußreiche und finanzstarke rechtskonservative Gruppe unter Führung des republikanischen Senators Jesse Helms, nachzuhaken und lang aufgestauten Ärger über eine angeblich zu einseitig liberale Nachrichtengebung von CBS loszuwerden. Diese Gruppe unter dem Namen „Fairneß in den Medien" hat vor zwei Wochen eine Million Briefe an ihre Anhänger verschickt, mit der Aufforderung, daß jeder mindestens 20 CBS-Aktien kaufen solle.

Die „Fairneß"-Leute glauben, damit die Kontrolle über CBS gewinnen zu können. Die Erfolgschancen dieses *Unternehmens scheinen gering*, denn die Helms-Anhänger müßten mindestens insgesamt eine Milliarde Dollar lockermachen, um ihr Ziel zu erreichen, dennoch aber warnte das „Wall Street Journal" kürzlich, daß diese Herausforderung gegen CBS ernster zu nehmen sei als ursprünglich angenommen wurde.

Immerhin, der Publicity-Effekt für CBS ist negativ und im harten Kampf um Einschaltquoten und Zuschauer-Wohlwollen im amerikanischen Fernsehgeschäft kann dies den Sender nicht gleichgültig lassen. „Es herrscht eine Art Belagerungszustands-Stimmung in unserem Hause", gestand denn auch kürzlich ein leitender Angestellter.

Dennoch versucht man trotzig, auch mit dem umstrittenen Film über den Atlanta-Mörder, Pluspunkte im Kampf um Zuschauerquoten zu erzielen. So wurde der zweite Teil dieses Films nicht am Montag, sondern erst am Dienstag ausgestrahlt. So konnte man für zwei Wochen in die Sieger-Tabelle der nationalen Fernsehgunst, den Nielsen-Kodex, kommen.

Regisseur Andrew Mann sieht dagegen seinen Film als einen „Kreuzzug". Wogegen oder wofür, läßt er offen. Neue Beweise für die Schuld oder Unschuld des Mörders Wayne Williams legt er nicht vor. Bei einem *„Docudrama", das kühn Tatsachen* und Fiktion vermengt, ist das wohl auch kaum nötig.

Die „New York Times" jedoch sieht bereits, was mit Hilfe dieses fernsehdramaturgischen Zwitters noch alles zu erwarten sei: „Ein Docudrama ist wie Gummi. Damit läßt sich auch beweisen, daß Cäsar nicht von Brutus ermordet wurde."



CBS News – ein Dorn im Auge des konservativen Senators Jesse Helms
FOTO: CAMERA PRESS

Gorbatschow oder Romanow – Jüngere drängen nach vorn

Die Sowjetunion befindet sich in einer Phase des Übergangs zu Politikern der jüngeren Generation, sagte Professor Wolfgang Leonhard in einem Interview mit der WELT. Er nennt die Namen Gorbatschow und Romanow. Das Gespräch mit dem renommierten Ost-Experten Leonhard führte Herbert Kremp.

WELT: Warum sind die Sowjets überhaupt so aufgeregt über die amerikanische defensive Verteidigungsstrategie im Weltraum, obwohl diese technisch noch gar nicht existiert?

Leonhard: Sie sind aufgeregt, weil sie die Hoffnung hatten, durch ihre SS-20-Mittelstreckenraketen einen echten Durchbruch erzielt, das internationale Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändert zu haben. Sie müssen jetzt erkennen, daß die USA durch ihre wissenschaftlichen Forschungen für eine zukünftige aktivere Betätigung im Weltraum diese Hoffnung zunichte gemacht haben und daß hier, vom Standpunkt der Sowjetunion aus, die Gefahr besteht, daß sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der USA und des Westens wendet.

Sie führen zweitens eine so starke und harte Kampagne gegen alle US-Forschungen im Weltraum, weil sie erkannt haben, daß dieser neue Schritt der Reagan-Regierung umstritten ist. Und zwar umstritten sowohl innerhalb der USA selbst als auch zwischen den USA und ihren Verbündeten. Es ist ein Axiom sowjetischer Politik, unterschiedliche Meinungen im westlichen Bündnis sehr genau zu studieren, zu analysieren und für eigene Interessen nutzbar zu machen. Die große Kampagne zielt also darauf, einen Keil in das westliche Bündnis zu treiben.

WELT: Glauben Sie, daß die Sowjets mehr Angst haben vor den militärischen Konsequenzen einer derartigen Strategischen Verteidigungsinitiative oder vor der technologischen ökonomischen Konsequenz?

Leonhard: Ich glaube nicht, daß die Sowjetunion ernsthaft militärische Angst hat, weil die sowjetischen Führer ganz genau wissen, daß es aggressive Tendenzen in der westlichen Welt nicht gibt. Ihre größte Sorge ist ein weiterer Vorsprung des Westens im wissenschaftlichen Bereich, im technologischen Bereich, in einer allgemeinen Stärkung, die sich politisch und psychologisch auf die Weltsituation auswirken würde.

WELT: Schadet es der Politik der Sowjetunion und dem Ansehen ihrer Führung, daß nun zum drittenmal hintereinander ein Generalsekretär alle Macht in den Händen hält, der so schwer erkrankt ist, daß er seiner Arbeit nicht nachkommen kann?

Leonhard: Zweifellos schadet das dem Prestige der Sowjetunion und auch der Entwicklung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik, aber das Problem der alten Führer ist ein Teil des Systems. Die Nomenklatura ist inzwischen eine in sich abgeschlossene Kaste, die nur schwer jüngere Kräfte in sich aufnimmt oder gar als Führer herausstellt.

Als Stalin im April 1922 Generalsekretär wurde, war er 43 Jahre alt. Als nach dem Tode Stalins Chruschtschow im Jahre 1953 die Führung übernahm, war er 58. Auch Breschnew, der im Oktober 1964 als Nachfolger Chruschtschows emporstieg, war 58. Als nach dem Tode Breschnews im November 1982 Andropow zum Generalsekretär gekürt wurde, war er bereits 68, und als im Februar 1984 Tschernenko Generalsekretär wurde, war er 72.

Dies zeigt: Das hierarchisch-aristokratische System hat sich verkrustet, es wird immer schwerer, einen Aufstieg zu vollziehen, und die Führer werden immer älter. Hinzu kommt, daß die gegenwärtige Führungsmannschaft, und dies gilt schon bereits für ein Jahrzehnt, Furcht vor neuen, jüngeren Führern hat. Die Furcht, daß etwa ein neuer Stalin auftauchen könnte, der sie selbst in Gefahr bringt, oder auch ein neuer Chruschtschow, der dann Reformen in die Wege leitet, die über die Wünsche und Zielsetzungen der übrigen Politbüromitglieder hinausgehen.

WELT: Sie haben soeben Stalin erwähnt. Wir hatten vor kurzem einen Bericht in unserer Zeitung, daß bei der Uraufführung des Schukow-Filmes in Moskau das Publikum großen Beifall klatschte, sobald Stalin auftauchte. Wie kommt das?

Leonhard: Es gibt in der Sowjetunion eine Art Stalin-Nostalgie. In größeren Teilen der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet (eine falsche Meinung), daß es unter Stalin Ordnung, Autorität und Sicherheit gegeben habe. Unter den Funktionären gibt es Teile, die ebenfalls eine gewisse Rückkehr in den Stalinismus erstreben – nicht eine Rückkehr zu Willkürherrschaft und Massenterror, wohl aber zu einem verschärften Kurs: mehr Autorität, Zentralismus, Wachsamkeit, also eine Stärkung des repressiven Regimes in der Hoffnung, damit die Probleme lösen zu können.

WELT: Wird nach Tschernenko der *Generationenwechsel zu erwarten* sein, oder werden die alten Herren des Politbüros, von denen Sie sprachen, den nächsten Generalsekretär wieder aus ihrer Mitte wählen?

Leonhard: Ich rechne ganz sicher damit, daß diesmal der Generationswechsel in Gang kommen wird und daß bei dem bevorstehenden 27. Parteitag, der aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Dezember 1985 stattfinden wird, zwei neue Führer der jüngeren Generation an die Spitze gelangen. Dies gilt zunächst für den 61jährigen Romanow. Er stammt aus Leningrad und ist von Beruf Schiffbauingenieur. Er hat seine Karriere in Leningrad gemacht und gehört seit 1976 dem Politbüro an. Seit einigen Jahren ist er im Sekretariat des Zentralkomitees für Industrie- und Rüstungsfragen zuständig. Romanow wird von Teilen des Sicherheitsdienstes und von einigen harten Leuten des Parteiapparates unterstützt. Sein Nachteil ist allerdings, daß er aus Leningrad stammt, das den Namen der vergangenen Zaren trägt, und in Parteikreisen unbeliebt ist.

Er ist aber schon der erste Führer der jüngeren Generation. Als 1941 der Krieg begann, war er 18 Jahre alt und hat an der Verteidigung Leningrads als einfacher Soldat teilgenommen.

Noch mehr ist der 53jährige Michael Gorbatschow als Vertreter der neuen, jüngeren Generation anzusehen. Er ist 1931 geboren, hat am Zweiten Weltkrieg nicht teilgenommen. Und er hat im Unterschied zu allen anderen bisherigen Führern während der Stalin-Zeit keine Funktion innegehabt, sondern ist erst nach Stalins Tod aufgestiegen. Gorbatschow ist auch der erste seit Lenin, der an der Moskauer Universität von 1951 bis 1955 Jura studiert hat. Er hat sich mehrere Jahre auf Landwirtschaftsfragen konzentriert und ist seit 1980 Vollmitglied des Politbüros. In den letzten zwei Jahren dehnte er seine Tätigkeit auf Wirtschaftsfragen, Personalangelegenheiten, Kultur und Ideologie aus und ist seit einigen Monaten Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjets.

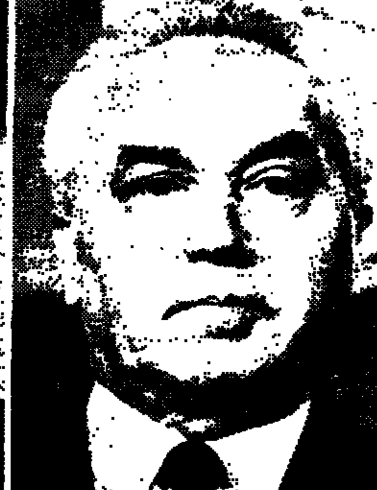
WELT: Wenn Sie sagen „Bruch" – bedeutet das einen generationsmäßigen oder einen inhaltlichen Bruch?

Leonhard: Zweifellos können wir zunächst nur von einem generationsmäßigen sprechen. Die Tatsache, daß dies die ersten Führer der nachstalinistischen Zeit sind, gibt Hoffnungen, aber keine Garantien. *Wir müssen abwarten*, ob und inwieweit sich ein Generationswechsel auch inhaltlich zum Ausdruck bringt. Heute können wir nur sagen, daß bei Romanow die Hoffnungen relativ geringer sind, daß es aber bei Gorbatschow gewisse Hoffnungen gibt. Er ist ein Vertreter jener Richtung, die für eine Wirtschaftsreform, für eine rationalere, realistischere, modernere, flexiblere Innen- und Außenpolitik gewisse Sympathien hat.





Michail Gorbatschow
FOTO: STUDIO X



Grigorij Romanow
FOTO: AP

Spitzengespräch Staat–Kirche in der „DDR“

dpa/epd, **Berlin**

Staat und evangelische Kirche in der „DDR“ haben erneut ihren Willen zu einem Umgang miteinander unterstrichen, der trotz bestehender Probleme von der Bereitschaft zum Gespräch gekennzeichnet sein soll. Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des „DDR“-Kirchenbundes, Bischof Johannes Hempel, bekräftigte Staats- und Parteichef Erich Honecker dabei die Grundlinien seiner Kirchenpolitik. Seit dem Grundsatzgespräch über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das Honecker am 6. März 1978 mit dem damaligen Vorstand des Kirchenbundes geführt hatte, war es nicht mehr zu einer derartigen Begegnung gekommen.

Die gestern auf den Titelseiten der Ostberliner Zeitungen veröffentlichte Mitteilung über das neue „Spitzengespräch“ läßt erkennen, daß es aber weiterhin Problembereiche gibt. Nach einer Phase, in der nervöse staatliche Reaktionen vor allem auf Aktivitäten von Friedensgruppen im kirchlichen Raum, aber auch handfestes Mißtrauen gegenüber Umweltinitiativen Irritationen hinterlassen haben, wollte Honecker offenbar ein Zeichen dafür setzen, daß es einen Rückfall hinter erreichte grundsätzliche Positionen nicht geben solle.

Hempel wies Honecker darauf hin, „daß es auch heute zwischen Staat und Kirche offene, ungelöste Fragen“ gebe. „Manche Christen können zum Beispiel ihren anerkannten Ort in der sozialistischen Gesellschaft nicht deutlich genug erfahren.“ Informierte kirchliche Kreise erinnerten in diesem Zusammenhang daran, daß der evangelische Kirchenbund in der „DDR“ seit Jahren immer wieder auf die Benachteiligungen junger Christen in staatlichen Bildungseinrichtungen und beim beruflichen Fortkommen hingewiesen und Regelungen für die Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in diesem Bereich für notwendig erklärt habe.

Anklage wegen Terrorismusverdacht

DW. **Karlsruhe**

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gegen die ehemaligen Studenten Ernst Volker Staub (30) und die ehemalige Studentin Barbara Ernst (30) vor dem bayerischen Oberlandes-Gericht in München Anklage wegen Terrorismusverdacht erhoben. Die Angeschuldigten seien hinreichend verdächtig, sich der terroristischen RAF als Mitglieder angeschlossen zu haben. Beiden wird zudem vorgeworfen, eine amerikanische Kaserne „ausgespäht“ sowie Informationen militärischer Art über die personelle Zusammensetzung von Stäben der Bundeswehr gesammelt zu haben. Ferner sollen sie sich am Ausbau der Logistik der RAF beteiligt haben. Staub und Ernst waren am 2. Juli 1984 in Frankfurt festgenommen worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Zimmermann: BGS als Bundespolizei bewährt

Fahndungserfolge trotz eingeschränkter Grenzkontrollen

gba. **Bonn**

Der Bundesgrenzschutz, die Polizeitruppe des Bundes, kann auch in der heutigen angespannten Sicherheitslage seine Aufgabe wirksam erfüllen. Dieses Fazit zog Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichtes des Bundesgrenzschutzes (BGS) für das Jahr 1984. Zum ersten Mal seit 1971, als der erste dieser Berichte veröffentlicht wurde, ging der Innenminister damit selber vor die Presse. „Unser freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat muß sich als wehrhafte Demokratie gegen Extremismus und Verbrechen wehren können“, sagte der Bundesinnenminister. Der BGS „als moderne Polizei des Bundes“ werde diesem Auftrag, in Verbindung mit den Polizeien der Länder gerecht.

Dabei habe sich der Grenzschutz als „stabilisierendes, den Ländern zur Unterstützung zur Verfügung stehendes Sicherheitspotential“ bewährt. So sei 1984 in sieben Fällen mit 1100 BGS-Angehörigen personelle Hilfe geleistet worden. Außerdem habe man acht Mal Material zur Verfügung gestellt. So auch in den vergangenen beiden Woche nach dem Mordanschlag der linksterroristischen Vereinigung RAF (Rote Armee Fraktion) auf den Münchener MTU-Manager Ernst Zimmermann. In Niedersachsen sei eine ganze Abteilung, in Bayern vier Hundertschaften „zur Verfügung gehalten worden“. BGS-Beamte hätten in Bayern bei der Fahndung nach den Attentätern von München die Kontrollen der Landespolizei verstärkt, sagte der Abteilungsleiter Polizei im Bundesinnenministerium, Manfred Schreiber. Dasselbe gelte für Einsätze der baden-württembergischen Polizei im Raum Karlsruhe.

Mit seiner Mannschaftsstärke von derzeit 20 200 Mann sei der BGS in der Lage, seine Kernaufgabe, die Grenzsicherung, vor allem entlang der Demarkationslinie zur „DDR“ und an der Grenze zur Tschechoslowakei zu bewältigen, erklärte Zimmermann. Dort habe die Beobachtung durch den Bundesgrenzschutz ergeben, daß im Laufe des vergangenen Jahres auch die letzten der Tötungsautomaten vom Typ SM 70 abgebaut worden sind. Zimmermann: „Die DDR-Verantwortlichen haben wohl eingesehen, daß sie mit diesem, in seiner Unmenschlichkeit einzigartigen Sperrsystem, auf dessen Beseitigung die Bundesregierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit gedrängt hat, vor der Weltöffentlichkeit nicht bestehen konnte“.

Die Berichte des BGS machten aber auch deutlich, sagte der Minister, daß der weiter im Hinterland verlaufende modifizierte Sperrzaun die Grenze trotz des Abbaus der Minen noch unüberwindlicher gemacht habe. Unter anderem seien etwa 1300 scharfe Hunde auf Flüchtlinge anegsetzt. Und: „Auch der Schießbefehl gilt weiter.“

Die Kosten für den Grenzschutz belaufen sich laut Tätigkeitsbericht auf jährlich rund 1,1 Milliarde Mark. Die Erfolgsbilanz vor allem des Grenzschutz-Einzeldienstes liest sich beeindruckend: Trotz der seit Mitte vergangenen Jahres erleichterten Grenzkontrollen im Reiseverkehr sind bei den Stichproben unter den insgesamt 880 Millionen Reisenden 1984 101 509 Personen „aufgegriffen“ worden. 1983 lag die Zahl noch bei 87 371. Die Zahl der Verdächtigen bei *Rauschgiftdelikten stieg von* 6326 1983 auf 7639 im vergangenen Jahr. BGS-Fachleute dazu: Die Verringerung der obligatorischen Paßkontrollen mache den Blick der BGs-Polizisten frei für „Detektivarbeit an der Grenze“.

„Heimat für alle“

Kirchenkritiker gründen „Bekennende Gemeinde“

idea, **Kiel**

Die Auseinandersetzungen um den Kurs der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche haben einen neuen Höhepunkt erreicht: Die prominenten Unterzeichner des „Aufrufes an unsere Bischöfe“ haben sich jetzt zur „Bekennenden Gemeinde“ zusammengeschlossen. Die elf Protestanten hatten in ihrem Aufruf im Januar massive Kritik an ihrer Kirche vorgebracht, weil sie dulde daß Amtsträger Staatshetze betrieben und Irrlehren sowie Neuheidentum in die Kirche eindrängen.

Zu den Unterzeichnern gehören der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (Lübeck), das Mitglied des Rates der EKD Otto Freiherr von Campenhausen (Itzehoe), die Staatssekretärin Annemarie Schuster (Kiel), die Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch (Quickborn), das Itzehoer Pastorenehepaar Elisabeth und Jens Motschmann und Otto Graf zu Rantzau (Breitenburg).

Wie es in einer Erklärung heißt, wird ein Arbeitsschwerpunkt der Bekennenden Gemeinde in der Kontaktaufnahme und dem Gespräch mit denen liegen, „die aus Glaubens- und Gewissensgründen ihre Kirchensteuerzahlungen eingestellt haben, sich aber dennoch zur Gemeinde Jesu Christi zugehörig fühlen“. So solle verhindert werden, „daß diese Menschen ins kirchliche Abseits geraten“. Man will dazu beitragen, „daß die evangelische Kirche und ihre Gottesdienste wieder Heimat aller evangelischen Christen werden beziehungsweise bleiben kann“. Noch im Frühjahr wird sich die Bekennende Gemeinde eine Ordnung geben und an die Öffentlichkeit treten.

Mit den drei nordelbischen Bischöfen, Karlheinz Stoll (Schleswig), Ulrich Wilckens (Lübeck) und Peter Krusche (Hamburg), wurde für Ende März ein Gespräch über den Aufruf vereinbart. Die Vertreter der Bekennenden Gemeinde betonten jedoch, daß dies kein bloßer Meinungsaustausch sein könne, sondern daß „konkrete Ergebnisse“ erreicht werden müßten, „die von den Gemeinden als erster Schritt aus der geistlichen Verwirrung unserer Kirche verstanden werden können“. Die „zahllosen“ positiven Reaktionen auf den Aufruf zeigten, daß er zentrale Probleme betroffen habe.

Döring warnt FDP vor neuer Personaldebatte

XING-HU KUO, **Stuttgart**

„Ich bin mir sicher, daß die baden-württembergischen Delegierten auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken ein ganz eindeutiges und klares Votum für den designierten Bundesvorsitzenden der FDP Martin Bangemann abgeben werden.“ Diese Einschätzung hat der neue Landesvorsitzende der Südwest-Liberalen, Walter Döring (30), in einem WELT-Gespräch geäußert. Dies ist insofern bemerkenswert, da Bangemann aus diesem Landesverband kam und 1976 nach heftigen Auseinandersetzungen gegangen war. So gab es auch kritische Stimmen im Südwesten, als Bangemanns Kandidatur als Genscher-Nachfolger bekannt wurde.

Döring gewann diesen Eindruck aus zahlreichen Besuchen bei der „Basis“ nach seiner Wahl auf dem Dreikönigstreffen Anfang Januar. Der neue Landeschef der FDP erklärte, er habe „den Eindruck, daß Herr Bangemann in der Politik, wie er sie betreibt, beweglicher“ sei als mancher andere FDP-Politiker. Dies gebe Anlaß „zu Optimismus“, was die Zukunft der Bundespartei betreffe.

Döring warnte die FDP vor Personaldebatten in der Frage eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Neben dem feststehenden Bewerber Gehardt (Landeschef der FDP in Hessen) hat der neue baden-württembergische Fraktionsvorsitzende Hinrich Enderlein auch die Bundestagsabgeordnete Frau Hamm-Brücher ins Gespräch gebracht. Dazu Döring: „Frau Hamm-Brücher hat ihre Kandidatur bis heute nicht angemeldet. Ich würde es aber nicht für gut halten, wenn wir eine Kampfabstimmung erleben müßten.“ In Saarbrücken gebe es schließlich „Wichtigeres“ durchzuführen als ein Gerangel um einen Stellvertreter-Posten: „Die Wahl des Vorsitzenden, die Verabschiedung des liberalen Manifestes.“

Döring hält es für „wichtig, daß Bangemann ein gutes Ergebnis bekommt, damit er einen starken Start haben kann“. Genauso entscheidend sei das „liberale Manifest“, um das Themenspektrum deutlich herauszustreichen, das die FDP zu bieten habe: „Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz, gleichrangig und gleichwertig, aber auch solche Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, das Bemühen für die Jugend“. Die junge Generation sollte „aufgefordert werden, Mut zur Zukunft zu haben. Dazu muß die FDP deutlich machen, daß die Zukunft dieser Gesellschaft gut verlaufen wird, wenn die Entscheidung zugunsten der Freiheit fällt“.

Döring verwies auf die Schlüsselrolle der Südwest-FDP bei der nächsten Bundestagswahl 1987: „Es wird *ganz entscheidend auf unser Ergebnis ankommen,* wie stark wir in den neuen Bundestag zurückkehren werden.“ Der selbstbewußte Neuling erklärte, er sehe „eine große Chance, daß wir in Baden-Württemberg eine gewisse Führerschaft bundesweit für die FDP übernehmen, was die Motivation in den eigenen Reihen angeht“.

Der Landesverband im Südwesten müsse sich für 1987 (Bundestagswahl) ein zweistelliges Wahlergebnis vornehmen, um gegenüber 1983 eine Verbesserung zu erreichen. Bereits jetzt gebe es eine bescheidene „positive Mitgliederbewegung“ in der baden-württembergischen FDP.

Die FDP an der Saar setzt voll auf ihren „neuen“ Wirtschaftsminister

Von GÜNTHER BADING

Seinen Aktenkoffer trägt Horst Rehberger lieber selber. Der 46jährige Freidemokrat hält nicht viel von einem gewaltigen Troß an Begleitern, Wahlkampfmanagern und Referenten, wie ihn älterdienende Ministerkollegen in der Hektik eines Wahlkampfes gern um sich sammeln, um bei jeder überraschenden Frage ein Papier mit der passenden Antwort zugereicht zu bekommen. Der ehrgeizige „neue“ Wirtschaftsmiister des Saarlandes – er pflegt den Begriff „neu“ seit seinem Amtsantritt vor gut einem Jahr auch heute noch, weil er darin auch eine Aussage über den Zustand seiner Landespartei sieht – trennt die Amtstätigkeit des Ministers sehr genau von seinem Wahlkampfauftritten.

Ortstermin St. Ingbert. Der FDP-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 10. März will hier vor den Toren Saarbrückens zusammen mit Parteifreunden eine Reihe von mittelständischen Betrieben besuchen. Am Nachmittag stehen ein Redaktionsbesuch – zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Bangemann – bei der „Saarbrücker Zeitung“ in der Landeshauptstadt auf dem Programm, danach noch einmal Wahlkampf in der Fußgängerzone von St. Ingbert, der 40 000 Einwohner zählenden Wohnstadt vor den Toren des „roten“ Saarbrücken und am Abend eine gemeinsame Kundgebung mit dem designierten Genscher-Nachfolger Bangemann. Der Tag hat für Horst Rehberger wieder früh begonnen. Schon vor acht Uhr ist er im Büro, arbeitet Akten durch, hält Besprechungen mit seinen Abteilungsleitern, seinem *„ständigen Vertreter“, seinem* Pressereferenten. Dann saust der nur mittelgroße, auf den ersten Blick sanft wie ein Volksschullehrer alter Art wirkende Minister zu seinem Dienst-Mercedes, läßt sich auf einen Bauernhof fahren, dreht dort kurz einen Werbespot der FDP für das Regional-Fernsehen ab. Anschließend zum Rathaus St. Ingbert. Der Wirtschaftsminister hat ein Geschenk mitgebracht: 7,5 Millionen für die Förderung eines Gewerbeparks. Ein Wahlgeschenk? Keineswegs, auch wenn es so aussehen mag auf den ersten Blick. Rehberger weiß, daß der Wirtschaftsminister hier, im SPD-dominierten Rat der Stadt nur Eindruck machen kann, wenn er sachlich fundierte Entscheidungen trifft. Und am Ort tut Hilfe not. Die Stadt ist von ihrer geographischen Lage benachteiligt, hat aber eigene Anstrengungen unternommen, um Betriebe anzusiedeln, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das verdient Förderung, egal wer regiert. So sieht es Rehberger. Und er weiß wovon er spricht. Denn seine politische Erfahrung hat er als Kommunalpolitiker gesammelt. Seit 1970, mit 32 Jahren, war er bis Ende 1983 Bürgermeister in seiner Heimatstadt Karlsruhe. Ein wenig Wehmut schwingt schon mit, wenn er sich erinnert, daß er damals zwei- oder dreitausend Bedienstete unter sich gehabt hat – mehr, als er in dem bescheidenen Haus des saarländischen Wirtschaftsministeriums an der Saabrückener Hardenbergstrasse überhaupt unterbringen könnte.

Allerdings gibt es für ihn kein Zurück nach Karlsruhe. Auf der Fahrt zum Besuch in ein Werk für hydraulische Kipper gesteht der Mann, auf dessen Person allein der gesamte Wahlkampf der Landes-FDP zugeschnitten ist, fast beiläufig, daß er sich „überhaupt nicht“ mit der Frage befasse, was aus ihm werden solle, falls die Liberalen an der Fünf-Pro*zent-Hürde scheitern sollten.* Vielleicht würde er dann als Rechtsanwalt in Saarbrücken arbeiten? Schließlich ist er gelernter Jurist. Energischer, als man es diesem Mann mit der sanften, jungenhaft hell klingenden Stimme zutrauen möchte, schiebt er dann diese laute Überlegung beiseite. „Ich setze auf Sieg“. Daß dies nicht nur leere Worte sind, das hat er seinen Parteifreunden klargemacht, als er ein paar Monate vor der risikobehafteten Wahl erst im November 1984 von Karlsruhe nach Saarbrücken umgezogen ist. Immerhin gehen die drei Kinder noch zur Schule. Mit seiner Frau Christa habe es kein Problem gegeben. Im Gegenteil; sie habe ihn ermutigt zu dieser ganz eindeutigen Festlegung auf Saarbrücken, obwohl doch niemand weiß, ob die in vergangenen Jahren durch Personalnöte schwer gebeutelte Saar-FDP auch nur in die Nähe ihres 6,9-Prozent-Ergebnisses vom April 1980 kommen wird. Wenn die Umfragen richtig seien, die selbst die SPD in der jetzt von ihr initiierten Nullnummer einer eigenen Konkurrenz im Boulevardstil zur alteingesessenen und angesehenen Saarbrücker Zeitung, jetzt abdrucke, so „fehlen uns noch ganze 2000 Stimmen“ zum Wiedereinzug in den Landtag, rechnet Rehberger. Aber er lächelt gelassen dazu. Es scheint, als wisse er bessere Zahlen aus nicht veröffentlichten Umfragen. Vielleicht ist es aber auch nur seine angeborne scheinende Zuversicht, daß sich Leistung schließlich lohnen werde.

In seinem eigenen Fachgebiet, der Wirtschaftspolitik versucht „der Rehberger“ (er spricht gern von sich in der dritten Person, vor allem, wenn es etwas Positives ist) in seinen Wahlreden den Gegner Lafontaine zu stellen. Wie „Feuer und Wasser“ seien die Vorstellungen der rot-grünen Aussteiger-SPD und der auf Leistung setzenden Liberalen, verkündet Rehberger *landauf, landab. „Feuer und Wasser,* das kapieren die Leute, und damit macht er ganz schön Dampf“, freut sich einer von der örtlichen FDP, der jetzt erstmals seit der an der Saar viel diskutierten „Wende“ wieder Hoffnung verspürt.

Worms: Verfassungsklage

Geißler nennt Vorschaltgesetz „Manipulation der Pressefreiheit“

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in Düsseldorf bekräftigt, daß der Wahlkampf für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 12. Mai mit vollem Einsatz der Bundes-CDU geführt wird. Er begründete dies nicht nur mit seiner Ansicht, nach 20 Jahren müsse die verfilzte SPD-Regierung abgelöst werden, sondern auch mit der Stimmung in der Bevölkerung, die sich immer mehr an bundespolitischen Entscheidungen orientiere. Er rief insbesondere die Gewerkschaften auf, ihre Ver*weigerungshaltung aufzugeben und* die Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen, die „geeignet sind, die Zahl der Arbeitslosen drastisch zu reduzieren, zum Beispiel in der Frage der Teilzeitbeschäftigung“.

Das mit den Stimmen der im Düsseldorfer Landtag mit absoluter Mehrheit regierenden SPD verabschiedete Vorschaltgesetz zum WDR nannte er eine „Manipulation der Pressefreiheit“. Durch dieses Gesetz engt die SPD den Handlungsspielraum des gegen ihren Willen gewählten WDR-Intendanten Friedrich Nowottny radikal ein. Das Gesetz muß noch von Ministerpräsident Johannes Rau unterschrieben werden. Oppositionschef Bernhard Worms forderte Rau gestern auf, „den Unsinn zu lassen“. Er bekräftigte den Willen der Union, sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes Verfassungsklage zu erheben. Beauftragt damit ist Professor Horst Ricker, Frankfurt. Nowottny selbst hatte erklärt, er werde unter diesen Umständen sein Amt nicht wie geplant am 14. Juni antreten, eine Haltung, die bei WDR-Mitarbeitern Hochachtung ausgelöst hat. Worms kündigte gleichzeitig eine Verfassungsklage gegen das WDR-Gesetz an, das die SPD im März *durch den Landtag bringen will.*

Worms stellte gestern auch drei neue Sachverständige vor, die ihm helfen sollen, den Wahlkampf in den Fragen Gesundheit, Familie und Jugend zu bestehen. Es sind Professor Horst Bourmer, einer der renommiertesten Standesvertreter der deutschen Ärzteschaft und seit 30 Jahren aktives Mitglied der CDU-Sozialausschüsse. Dazu kommen Peter Hintze, Gemeindepfarrer aus Königswinter und seit einem Jahr Bundesbeauftragter für den Zivildienst sowie die 25jährige Anglistik-Studentin Karin Ubrig aus Münster, die sich in einer Projektgruppe Jugend- und Laienkultur engagiert.

„Sonnenschein“-Blei nicht gefährlich

AP, **Berlin**

Die Blutuntersuchungen bei 132 Anwohnern der Berliner Akkumulatorenfabrik „Sonnenschein“ haben nach Angaben des Tempelhofer Gesundheitsamtes „keine gesundheitliche Gefährdung“ durch Blei für die Betroffenen ergeben. Eine zusätzliche Belastung durch das hochgiftige Schwermetall Thallium sei ebenfalls nicht ermittelt worden. Wie Gesundheitsstadtrat Manfred Christian (SPD) mitteilte, betrug der festgestellte Höchstwert in einem Fall 16,7 Mikrogramm Blei je 100 Millimeter Blut. Nach den EG-Richtlinien liegt der Grenzwert, der nicht überschritten werden sollte, bei 20 Mikrogramm. Christian nannte die Resultate zwar „erfreulich“, aber es sei dringend notwendig, daß die Bundesregierung ein Vorsorgekonzept entwikckele, das eindeutig Grenzen für gesundheitlich vertretbare Bleiwerte in der Umwelt und beim Menschen festlege. Das Unternehmen war durch spektakulär hohe Blei-Emission in die Schlagzeilen geraten. Inzwischen wurden in dem Betrieb zwei defekte Filteranlagen ausgetauscht. Die Senatsverwaltung für Umweltschutz hält die Schließung von „Sonnenschein“ nicht für erforderlich.

Papandreous Geschäfte erfreuen die Sowjets

Außenpolitische Gaben gegen Wahlhilfe aus Moskau

E. ANTONAROS, Athen

Die publizistische Vorbereitung, die zum Gähnen ausführliche Fernsehberichterstattung über Papandreous Visite sowie die dazu gehörende Begleitmusik dienen nach unabhängigen Analysen in Athen in erster Linie einem wichtigen innenpolitischen Ziel: Im Wahljahr 1985 will der griechische Spitzensozialist seinen Landsleuten beweisen, daß er eine „echt multidimensionale Außenpolitik" betreibt und daher einen abermaligen Wahlsieg verdient hat.

Spätestens im Oktober muß das griechische Wahlvolk entscheiden, ob Papandreou im Amt verbleiben darf. Papandreou geht es insbesondere darum, seinen linken Parteiflügel zufriedenzustellen und zahlreiche linksstehende Wähler, die unentschlossen zu sein scheinen, den Armen der Moskau-hörigen *KP* zu entlocken.

DIE ● ANALYSE.

Daher braucht er unbedingt Moskaus Wohlwollen. In Athen ist bereits zu hören, daß der Kreml die griechischen Genossen mit der Weisung zurückgepfiffen haben soll, daß es einen angenehmeren Gesprächspartner als Papandreou nicht geben könne.

Völlig realitätsfremd dürfte dieses Gerücht nicht sein. Denn Papandreous Moskau-Reise ist nicht nur für die Griechen, sondern auch für die Sowjets ein „Meilenstein in den Beziehungen zwischen Ost und West", wie Athens offiziöse Nachrichtenagentur ANA überschwenglich feststellte. Zum ersten Mal ist es nämlich in der Nachkriegszeit vorgekommen, daß der Regierungschef eines zur NATO gehörenden Staates innerhalb so kurzer Zeit so stark auf Distanz zur Allianz und zum Westen gegangen ist und sich gleichzeitig außenpolitische Thesen zu eigen gemacht hat, die allzuoft mit der Politik des Ostblocks identisch sind. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Tass den Gast als den „angenehmsten unter allen Gesprächspartnern aus dem Westen" feierte.

Zwar trifft es zu, daß Papandreou seine im Wahlkampf abgegebenen Versprechen – etwa den Austritt aus der NATO und die Schließung der US-Basen – bisher nicht verwirklicht hat. Auch sagte Papandreou kürzlich in einem Interview mit der New York Times, daß er als ein „Verbündeter der NATO" nach Moskau reise. Doch sein Verhalten ist nach Ansicht von in Athen akkreditierten Diplomaten *kaum* noch *mit* der in der *Allianz* üblichen Solidarität auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Für die Sowjets muß es eine besonders angenehme Überraschung sein, daß Papandreou immer häufiger Thesen nach dem Geschmack der Kreml-Führung verbreitet, ohne daß Moskau bisher auch nur die geringste Gegenleistung hat *machen müssen*. Weder in der Zypernfrage noch in der Auseinandersetzung Griechenlands mit der Türkei haben die Russen ihre strikte Neutralität verlassen wollen.

Athens Sozialisten hingegen haben sich nicht nur rhetorische Ausrutscher geleistet, sondern haben darüber hinaus eine Reihe von Entscheidungen gefaßt, die den Westen schwächen und die innerhalb der NATO und der EG angestrebte Einheitsfront durchlöchern, während sie gleichzeitig Moskau und seinen Verbündeten den Rücken stärken. Dazu gehören Papandreous Besuch beim „Patrioten" Jaruzelski, Griechenlands Weigerung an sämtlichen NATO-Manövern teilzunehmen, die in der Regel einseitige Verurteilung der USA in der Raketenfrage und schließlich auch die von Papandreou ergriffene Initiative zur Einstellung der Atomtests, die verständlicherweise wegen ihrer anti-westlichen Schlagseite mit überschäumendem Enthusiasmus von Moskau begrüßt worden ist. Gerade deshalb haben Papandreous Gespräche in Moskau eine wichtige außenpolitische Komponente, die die griechisch-sowjetischen Beziehungen wegen der Spannungen zwischen Athen und dem Westen auf eine neue Geschäftsgrundlage stellt.

Im Zuge dieser Entwicklungen soll den Sowjets auch ein besonders handfester Erfolg gelungen sein: Die griechischen Streitkräfte haben zum erstenmal seit Kriegsende verschiedene Bagger und Baumaschinen bei den Sowjets eingekauft. Über den genauen Umfang des Auftrags schweigen die griechischen Behörden. Zuverlässigen Angaben zufolge soll die Sykea-Abteilung des griechischen Heeres in den letzten Monaten knapp 80 Maschinen, Bagger und Maschinenteile geliefert bekommen haben. Drei Sowjet-Techniker sollen die Griechen in Menidi beraten und sich dadurch Einblick in einen Bereich der Streitkräfte verschaffen. (SAD)

Wien steht eine ernste Koalitionskrise ins Haus

Anhaltende Proteste im Fall Frischenschlager/Reder

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Affäre um den aus italienischer Haft entlassenen ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder schwelt in der österreichischen Öffentlichkeit weiter. Am Wochenende hat sich der schwer angeschlagene österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) nach seinem Rückzieher im Parlament nun auch in einem Zeitungsinterview vor dem israelischen *Volk förmlich entschuldigt*.

Nicht nur in Kreisen des österreichischen Heeres ist die Frage aufgekommen, ob Frischenschlager überhaupt noch die Autorität habe, um die Interessen der Armee im Kabinett und in der Öffentlichkeit erfolgreich zu vertreten und ob er noch glaubhaft vor den Wehrpflichtigen und den Offizieren auftreten könne, nachdem er innerhalb weniger Tage eine totale politische Kehrtwendung in einer so grundsätzlichen Frage vollzogen hat. Die liberale Wiener Zeitung „Die Presse" meint, Frischenschlager habe mit dem persönlichen Empfang für Reder „übertrieben" und „übertreibe" jetzt ebenso mit seinen Selbstbezichtigungen. Fazit des Wiener Blattes: „Er soll aufhören – entweder mit dem Entschuldigen oder mit dem Ministeramt".

Der glücklose Verteidigungsminister hat in allen Himmelsrichtungen der österreichischen Politik Lawinen von Zorn und Protesten losgetreten. In seiner eigenen Partei, der FPÖ, hat er sich den Unmut des „nationalen Flügels" zugezogen, der ihm Inkonsequenz und wenig Gefühl für persönliche Würde vorhält. Sogar jene FPÖ-Politiker, die wie der Kärtner Landesvorsitzende Jörg Haider, Frischenschlagers Empfang für Reder rechtfertigten, sprechen jetzt von der Notwendigkeit, Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig ist der Sturm von links kaum besänftigt. Zwar ist es Bundeskanzler Sinowatz gelungen, sämtliche Abgeordneten der Sozialistischen Partei bei der Stange zu halten, als die oppositionelle christlich-demokratische ÖVP einen Mißtrauensantrag gegen Frischenschlager stellte. Aber viele Sozialisten stimmten nur mit tiefen inneren Vorbehalten dagegen. Nun fordern prominente ÖVP-Politiker gemeinsam mit Jungsozialisten und Linksintellektuellen in einer Unterschriftenaktion weiterhin den Rücktritt Frischenschlagers, weil er dem Ansehen Österreichs „schweren Schaden" zugefügt habe.

Die Schraube der Enthüllungen und Beschuldigungen dreht sich weiter: ein Wiener Nachrichtenmagazin *behauptet, der Vizekanzler* und FPÖ-Vorsitzende Norbert Steger habe den Häftling Reder in der italienischen Festung bei Gaeta besucht. Zugleich stellt das Magazin die Behauptung in den Raum, Frischenschlager habe keineswegs im Alleingang gehandelt, als er den SS-Offizier empfing, sondern es handelt sich um eine mit der FPÖ-Führung unter Steger abgesprochene Aktion. Dahinter steht die Vermutung, die FPÖ-Führung habe mit einem Empfang für den „letzten österreichischen Heimkehrer" ihr schwindendes Stimmenpotential im „nationalen Lager" aktivieren wollen.

So hat ein 70jähriger Mann, der nach 40 Jahren Haft wieder heimatlichen Boden betrat, ungewollt die „Sollbruchstelle" zwischen einer anti-faschistisch orientierten SPÖ und einer eher „deutschnational" bis nationalliberal orientierten FPÖ aufgerissen. Zugleich hat Reder – wiederum ungewollt – die gesamte nationalsozialistische Vergangenheit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In einer *wahren Gespensterschlacht* diskutieren die österreichischen Medien, nicht zuletzt das Fernsehen, jetzt über den Anteil der Österreicher am Dritten Reich, wobei auch hier Schuldgefühle und Selbstbezichtigungen manchmal aufschlußreicher erscheinen als die geschichtliche Kenntnis. Bundeskanzler Sinowatz wird einen schweren Stand haben, die Koalition beisammen und arbeitsfähig zu halten – vor allem, weil bei vielen Sozialisten der Überdruß am freiheitlichen Partner, der – so hört man hier – die SPÖ immer wieder „erpresse", nun überhandgenommen hat.

Schon taucht am Horizont die Frage auf, ob nicht eine große Koalition zwischen Sozialisten und Volkspartei die psychologischen und sachlichen Probleme des Landes besser lösen könne, als das Bündnis mit einem in jeder Hinsicht ungeliebten und „wackeligen" politischen Partner. Auch steht dem Sozialisten bereits die nächste Meinungsverschiedenheit mit ihrem FPÖ-Partner ins Haus: die SPÖ will im Parlament einen Antrag stellen, das stilliegende Atomkraftwerk Zwentendorf doch noch zu „retten". Die FPÖ wird ebenso dagegenstimmen, wie die oppositionelle Volkspartei.

Die Militärs behalten sich Mitspracherecht vor

Geordneter Rückzug in die Kasernen /„Keine Rache"

MANFRED NEUBER, Bonn

In Uruguay haben die Streitkräfte einen geordneten Rückzug in die Kasernen angetreten. Präsident General Gregorio Alvarez ist Anfang der Woche schon vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten. Wenn die zwölfjährige Militärherrschaft am 1. März mit der Amtsübernahme des zivilen Präsidenten Julio Maria Sanguinetti zu Ende geht, behalten die Kommandeure aber ein gewisses Mitspracherecht in *Montevideo*. *Für den künftigen* Präsidenten bedeutet es ein schweres Handicap. „Wir werden den Gang der Dinge aufmerksam beobachten", erklärte General Alvarez. Und der Befehlshaber der Marine, Vizeadmiral Rodolfo Invidio, stellte klar: „Auch unter einer neuen Regierung werden wir unsere Pflicht erfüllen, um die Sicherheit der Nation zu gewährleisten."

Bevor die uruguayischen Machthaber in Wahlen einwilligten, die am 25. November den Sieg der Colorado-Partei brachten, rangen sie den Politikern verfassungsrechtliche Übergangsbestimmungen ab. Danach bleibt der Nationale Sicherheitsrat

URUGUAY

mit beratender Funktion bestehen, und die Möglichkeit des Ausnahmezustandes soll im Grundgesetz verankert werden. Die Militärs haben sich auch ausbedungen, die Ernennung von Befehlshabern und Beförderungen in eigener Kompetenz weiterhin vorzunehmen. Gleichzeitig wurden die Bestimmungen der Militärgerichtsbarkeit geändert. Sollte das künftige Parlament sich über diese Übereinkunft hinwegsetzen, könnte Uruguay ein neuer Putsch drohen.

Mit Seitenblick auf Argentinien, wo Junta-Mitglieder sich heute wegen Verstößen gegen die Menschenrechte verantworten müssen, wollten die Kommandeure in Uruguay einer Abrechnung durch eine Zivilregierung vorbeugen. Östlich des La Plata möchten die Militärs erhobenen Hauptes abtreten, weil sie keine militärische Niederlage (Stichwort Falkland-Krieg) einzustecken brauchten. „Die Verantwortlichen für Vergehen gegen die Menschenwürde und das öffentliche Wohl müssen vor ordentliche Zivilgerichte gestellt werden", verlangte die Bischofskonferenz Uruguays. Doch mit dem „Pakt vom Marineclub", wo die Weichen für Wahlen und den Regierungswechsel gestellt wurden, machten die Politiker *den Militärs das Zugeständnis*, unbehelligt zu bleiben. „Es sollte Gerechtigkeit, aber keine Rache geben", hakte kürzlich General i. R. Liber Seregni nach. Er kandidierte freilich früher für die Volksfront und ist vom derzeitigen Regime noch politisch gebannt. Kirchen- und Menschenrechts-Organisationen in Montevideo wollen nicht nachlassen in ihrer Forderung, daß Hauptschuldige zur Rechenschaft gezogen werden.

Führende Militärs haben sich der Rückendeckung durch das Offizierskorps versichert, um jeden „revanchismo" abzuwehren. General Hugo Medina, Oberkommandierender der Armee, sieht darin ein Zeichen der Geschlossenheit, die Handlungen seit *1973* gemeinsam zu tragen und die mit dem Militärregime kollaborierenden Zivilisten zu schützen.

Das Problem der jüngsten Vergangenheit Uruguays wurde im zurückliegenden Wahlkampf nach Ansicht von Beobachtern erstaunlich maßvoll aufgegriffen. Allgemein war man bemüht, die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie nicht durch demagogische Angriffe gegen die Armee zu gefährden. Die Linke hielt sich eher daran als die einst konservative Traditionspartei der Blancos.

Nach dem Höhepunkt des Untergrundkrieges mit der uruguayischen Stadtguerrilla „Tupamaros", die 1973 das Militär zum Eingreifen zwangen, hatte Uruguay prozentual die meisten politischen Häftlinge der Erde – fast jeder 50. war inhaftiert oder verhört worden. In diesem Lande kamen im Vergleich zu Argentinien jedoch weniger durch Folter ums Leben, und die Zahl der Vermißten blieb niedrig.

Während zu Beginn der siebziger Jahre ein kleines und schlecht ausgerüstetes Heer den Kampf gegen etwa 3000 Terroristen (*mit schätzungsweise* 25 000 Sympathisanten im Hintergrund) aufnehmen mußte, sind die Streitkräfte Uruguays bis heute auf nahezu 30 000 Mann verdoppelt worden. In dem traditionell „zivilen" Land, einst die „Schweiz Südamerikas", werden die Militärs ihre Wächterrolle auch in Zukunft entschlossen wahrnehmen. In der Übergangszeit zwischen den Wahlen im November und dem Amtsantritt des zivilen Präsidenten wurden auch deshalb zahlreiche Vertrauensleute des Militärs auf hohe Posten berufen.

Initiative von Amman stößt auf viel Skepsis

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Das Abkommen zwischen König Hussein und PLO-Chef Yassir Arafat über eine „gemeinsame politische Initiative zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten" wird in Israel überwiegend skeptisch beurteilt. Ministerpräsident Peres erklärte, für eine Stellungnahme sei es noch zu früh. Zum einen spricht das Abkommen nur allgemein von Verhandlungen „aufgrund der Resolutionen der Vereinten Nationen", ohne die relevanteste Resolution auf diesem Gebiet, die Nummer 242 vom 22. November 1967, zu erwähnen, die einen Rückzug Israels „aus besetzten Gebieten" fordert. Zum anderen ist unklar, wie sich die PLO insgesamt dazu verhalte. Der „Likud" lehnt jeglichen Rückzug ab, die Arbeiterpartei ist nur zu einem „territorialen" Kompromiß bereit. Der Plan stößt daher schon im vorhinein auf isreaelische Ablehnung. Die USA bestehen auf einer ausdrücklichen Annahme der Resolution 242 als Bedingung für die Anerkennung der PLO. Daher ist auch eine amerikanische Ablehnung gewiß, falls der Hussein-Arafat-Plan nicht spezifiziert wird.

Ein ähnliches Abkommen trafen Hussein und Arafat schon vor fast zwei Jahren, doch als Arafat es im April 1983 dem palästinensischen Nationalkongreß zur Ratifizierung vorlegte, wurde es verworfen. Der Kongreß ist gegen jeden Frieden mit Israel. Es bestehen keine Anzeichen, daß er jetzt anders verfahren würde. Auch repräsentiert der Kongreß keineswegs die gesamte PLO. Die von Syrien kontrollierten Verbände des *Abu Musa haben das Abkommen* schon am Montag als „Kapitulation vor den Israelis" schwer angegriffen.

Die Reise Husseins und Arafats nach Algier soll offenbar dieses Hindernis überwinden helfen, sagen Nahost-Fachleute in Jerusalem. Algerien steht noch immer in guten Beziehungen mit dem syrischen Regime. Hussein und Arafat möchten nun über Algier auf den syrischen Präsidenten Assad einwirken, um der Initiative eine Chance einzuräumen.

Bei den arabischen Palästinensern im Westjordanland und im Gaza-Streifen sind die Meinungen geteilt. Der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, sprach sich im israelischen Rundfunk für die neue Initiative aus. *Von den arabischen Zeitungen in diesen Gebieten war die* jordanientreue „El Kuds" die einzige, die das Abkommen begrüßte. Die anderen waren einhellig dagegen.

Ein grüner Anlauf zu einem Volksbegehren

Von PETER SCHMALZ

Nun haben sie ihr neues Erregungsfeld: Der Bund Naturschutz erklärt den geplanten Bau der Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf zum „bundesweiten Konfliktfall" und kündigt an, das Baugelände werde zu einem „permanenten Schauplatz des größten friedlichen Widerstands, den dieses Land je erlebt hat".

Die bayerische SPD zeigt sich dankbar, endlich ein Thema gefunden zu haben, das von ihren innerparteilichen Streitereien ablenkt und läßt über ihren Landesvorstand alle Mandatsträger und Mitglieder zur Protestkundgebung am kommenden Samstag auf dem Marktplatz der Kreisstadt Schwandorf aufrufen, zu der 20 000 Teilnehmer erwartet werden. Und die Grünen als Dritte im Anti-Atom-Bunde liefern zwölf Aktenordner im bayerischen Innenministerium ab, deren



Landesbericht Bayern

Inhalt der Beginn eines Volksbegehrens sein könnte, an dessen Ende um Wackersdorf anstelle einer milliardenschweren und Arbeitsplätze schaffenden Brennelementefabrik ein Naturschutzgebiet den Erhalt des „artenreichen heimischen Tier- und Pflanzenbestandes" garantieren soll.

Der Vorstoß der Grünen ist die bisher schärfste Attacke gegen die erste kommerzielle deutsche Wiederaufarbeitungsanlage, wobei ihnen eine Spezialität der bayerischen Verfassung die Waffe in die Hand gibt, die dem Wackersdorfer Projekt gefährlicher werden könnte als hitzige Demonstrationen vor Ort. Nach Artikel 74 ist ein Volksentscheid herbeizuführen, „wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger das Begehren nach Schaffung eines Gesetzes stellt".

Der Gesetzvorschlag der Grünen erfüllt zumindest formal die Voraussetzung: In neun Paragraphen wird unter dem Stichwort „Bodenwöhrer Senke" ein Nationalpark gefordert, der durch ein Gesetz eingerichtet werden soll. Die beiden bisherigen bayerischen Nationalparks im Bayerischen Wald und um den Königssee wurden zwar nur durch Rechtsverordnungen geschaffen, eine gesetzliche Fixierung ist jedoch nicht untersagt.

„Wir prüfen jetzt, ob der Antrag verfassungsgemäß ist", erklärte der Sprecher des Innenministeriums, Alfons Metzger, gestern zum weiteren Verfahrensweg. Die Hausjuristen müssen innerhalb von sechs Wochen über diese Frage entschieden haben. Verfassungsrechtler rechnen mit einer Ablehnung, wobei der Aspekt eine große Rolle spielen dürfte, daß ein derartiges aus einem Volksbegehren hervorgegangenes Gesetz erhebliche Eigentumseingriffe gegenüber Dritten bis hin zu einer enteignungsähnlichen Situation bedeuten kann. Daneben ist auch die Frage nach der Planungshoheit der Gemeinden von beträchtlicher Bedeutung, die durch einen Nationalpark, der nach dem Antrag nahezu den gesamten Landkreis Schwandorf umfaßt, weitgehend eingeschränkt wäre.

Sollte das Ministerium ablehnen, muß der Antrag dem Verfassungsgerichtshof vorgelegt werden, der innerhalb von drei Monaten zu entscheiden hat. Fällt auch dieser Spruch negativ aus, könnten die Initiatoren mit einem neu formulierten Antrag – für den wiederum mindestens 25 000 Unterschriften gesammelt werden müßten – einen weiteren Anlauf versuchen. Lassen aber Bayerns höchste Verfassungsrichter den Antrag passieren, müssen die Initiatoren vermutlich im Mai oder Juni innerhalb von zwei Wochen die Zustimmung von mindestens zehn Prozent der bayerischen Wahlberechtigten – das sind 808 500 Personen – erhalten.

An dieser Hürde scheiterten bisher die meisten Volksbegehren, da die Stimmen nicht mehr auf der Straße oder an Haustüren gesammelt werden dürfen, die Unterschriften sind vielmehr in Listen, die in den Rathäusern ausliegen, einzutragen. Würde aber dies gelingen, wäre bei einem anschließenden Volksentscheid nur noch die einfache Mehrheit nötig, und der Landtag müßte das Gesetz akzeptieren.

Vorerst aber wollen die Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage am kommenden Samstag bei der ersten, schon vor dem Zuschlag für Wackersdorf terminierten Großdemonstration ihre Stärke zeigen. Der SPD ist der Protest-Treff offensichtlich als Profilierungsbühne willkommen, weshalb ihr Landesvorsitzender Helmut Rothemund auf seine Teilnahme verzichtet und seinen Stellvertreter Karl-Heinz Hiersemann ans Rednerpult schickt, damit dieser, der im nächsten Jahr die Genossen erstmals in den Wahlkampf gegen Strauß führen soll, sich vor den zahlreichen Fernsehkameras in Bild setzen kann.

Dennoch ist zu erwarten, daß Hiersemann an diesem Samstag im Schatten eines Genossen stehen wird, der von einer bayerischen Zeitung schon als „Robin Hood gegen die Atomfabrik" gefeiert wird. Der Mann heißt Hans Schuierer und ist Landrat in dem Kreis, der die Entsorgungsanlage aufnehmen soll. Zugleich aber ist er einer der sieben SPD-Landräte Bayerns und hat sich von einem anfänglichen Befürworter der Wiederaufarbeitung zu einem strikten Atomgegner entwickelt. In seinen Kampf gegen das Projekt nutzt er seine Stellung als vom Volk gewählter Mandatsträger weidlich zu empfindlichen Nadelstichen gegen die Münchner Landesregierung und den Ministerpräsidenten aus und spricht vom „Zynismus und brutalen Durchsetzungsmethoden Strauß'scher Prägung".

Doch hinter den starken Worten ist eine Sorge versteckt, die der Landrat öffentlich nicht einzugestehen wagt: Auch er weiß keinen Rat wie den über 20 Prozent Arbeitslosen seines Kreises anders zu helfen ist als durch die Kernenergie.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Alternative für Offiziere

„Leserbriefe: Fehlkonstruktion"; WELT vom 17. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Gegensatz zu ORR Boller bin ich der Ansicht, daß Offiziere und Unteroffiziere, die aufgrund fortgeschrittenen Lebensalters aus der aktiven Truppe herausgelöst werden sollten, durchaus noch über Jahre Verwendung in der Bw-Verwaltung finden könnten.

Kaiserliche Armee, Reichswehr und Wehrmacht konnten eine solche Möglichkeit nutzen und der aktiven Truppe physisch leistungsfähige Jahrgänge erhalten. Die Bw kann dies nicht, da die Bw-Verwaltung aus zivilen Mitarbeitern besteht.

Diese Lösung ist nicht glücklich. Sie führt auch deshalb zu Friktionen, da Soldaten im Gegensatz zu Zivilbediensteten der Verwaltung nicht den Vorzug einer 40-Stunden-Woche genießen. So kommt es vor, daß Reservisten an Samstagen einberufen werden, am Samstag und Sonntag militärischen Dienst in Zivilkleidung leisten, weil die zuständige Standortverwaltung (nicht Standort Bruchsal) angeblich nicht in der Lage ist, am Samstag Bekleidung auszugeben.

Die Bw beschäftigt insgesamt über 183 000 zivile Mitarbeiter in gesicherten Arbeitsplätzen. Aus der Truppe müssen jedoch jährlich eine Vielzahl von Offizieren und Unteroffizieren ausscheiden, je nach Verpflichtungszeit im 28. (Z 8), im 32. (Z 12) oder 35. (Z 15) Lebensjahr, da sie nicht zum Berufssoldaten übernommen werden können.

Sie sehen dann mit ihren Familien bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage einer ungewissen Zukunft entgegen. Umschulungsmaßnahmen helfen oft wenig; Übergangsgebührnisse und -beihilfen mildern die Probleme nur für begrenzte Zeit.

Hier ließen sich sicherlich Möglichkeiten finden, ausscheidende Soldaten im zivilen Bereich der Bw unterzubringen. Warum kann z. B. nicht ein bewährter Rechnungsführer in einem Wehrbereichsgebührnisamt Verwendung finden?

Wenn Herr ORR Boller vom berechtigten Interesse der zivilen Mitarbeiter am beruflichen Aufstieg spricht und einer Übernahme von Soldaten in die Bw-Verwaltung ablehnend gegenübersteht, möchte ich entgegenstellen, daß mancher ausscheidende Soldat froh wäre, überhaupt einen gesicherten Arbeitsplatz zu erhalten, selbst wenn ein Aufstieg damit nicht verbunden wäre.

Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Die Bw-Verwaltung ist doch für die Truppe da und nicht umgekehrt. Also sollte man auch aus Fürsorgegründen vorrangig Personalprobleme der Truppe lösen, vor allem dann, wenn dies im eigenen Bereich der Bw möglich scheint.

Ob ein Oberstleutnant, wie von Herrn ORR Boller behauptet, als Leiter eines Kreiswehrersatzamtes alleine deshalb nicht in Frage kommt, weil hier fundiertes juristisches Wissen erforderlich sei, bezweifle ich.

Ein Stabsoffizier hat in der Regel verschiedene Verwendungen durchlaufen, die durchaus auch juristische Kenntnisse erforderlich machten. Er wird sich die für den Dienstposten eines Leiters KWEA spezifischen Kenntnisse auch aneignen können, in Zweifelsfällen kann er auch Rücksprache mit Rechtsberatern anderer Kommandobehörden führen.

So verfügen z. B. auch Wehrbereichsverwaltungen über Juristen. In einem Falle wurden diese besonders emsig tätig, als es galt, die Folgen nachzuweisender Fehler ihrer Bediensteten auf einen Soldaten abzuwälzen, um Regreßansprüche gegen eigenes Personal zu vermeiden. Soldaten werden dagegen zügig für ihre Fehler in Regreß genommen, haben aber zu ihrem Schutz keine hauseigenen, vom gleichen Dienstherrn besoldeten Juristen.

Manchmal scheint es schon, daß die Bundeswehrverwaltung, obwohl dem gleichen Dienstherrn unterstehend, sich über, höchstens noch neben der Truppe stehend fühlt, sich vielleicht schon als zivile Kontrolle des militärischen Teils der Bundeswehr betrachtet.

J. Heimler, Oberstleutnant, Bruchsal

Schiefe Logik

„Wie gewohnt"; WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es geht sicher leicht von der Feder, in die Forderungen der Verbraucherverbände einzustimmen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte zu senken. Man verlangt eine Preissenkung für Getreide um fünf Prozent, um dann auch Fleisch, Brot und Eier billiger kaufen zu können. Der Leser glaubt dabei, daß sich die Lebensmittel, die er kauft, auch um fünf Prozent verbilligen würden. Aber weit gefehlt. Man muß sich nur einmal die Mühe machen, ein bißchen zu rechnen!

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium erhält der Landwirt von DM 1,00, die der Verbraucher für Brot ausgibt, ganze DM 0,12. Wenn nun ein Brot DM 3,50 kostet, so erhält der Landwirt davon DM 0,42 für sein Getreide. Fünf Prozent Preissenkung bei Getreide ergäbe eine Ersparnis von DM 0,02 für ein ganzes Brot.

Beim Fleisch ist es ähnlich. Ein Schwein hat bei einem Futterverbrauch von 350 kg Getreide (Wert ca. DM 160,00) eine Zunahme von ca. 80 kg. Fünf Prozent Preissenkung ergäbe eine Ersparnis von DM 8,00, also pro Kilogramm Schweinefleisch ganze DM 0,10.

Glaubt denn irgendwer, daß der Bäcker oder Metzger diese „Ersparnis" an die Verbraucher weitergeben würde? – Es darf aber auch gesagt werden, daß vor 30 Jahren der Verbraucher fast 50 Prozent seines Verdienstes für die Ernährung ausgab, heute gibt er dafür noch ca. 20 Prozent aus (laut EG-Statistik). Dies sollte man auch bedenken, wenn man fordert, die landwirtschaftlichen Preise zu senken.

Mit freundlichen Grüßen
G. Weckbecker, Moselkern

Wort des Tages

„Wer sich weigert, sich von Gott voll Milde regieren zu lassen, wird zur Strafe von sich selbst regiert. Wer aus eigenen Stücken das milde und leichte Joch der Liebe abwirft, muß wider Willen unter dem unerträglich schweren Joch seines eigenen Willens leiden!"

Bernhard von Clairvaux; Heiliger und Kirchenlehrer (1091–1153)

Offensichtlich

„Arbeitgeber gegen geplante Änderung"; WELT vom 7. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat nun endlich einmal damit aufgeräumt, daß immer von Klassengegensätzen zwischen DGB und Arbeitgeber gesprochen werden konnte. Was wir schon lange wußten, nämlich daß DGB und Arbeitgeber Hand in Hand gegen die Christlichen Gewerkschaften arbeiten können, ist jetzt offensichtlich geworden.

Wir können dem BDA dankbar sein, müssen sich unsere Mitglieder in den Betrieben nun doch nicht mehr dem Vorwurf aussetzen, Handlanger der Arbeitgeber zu sein.

Vielleicht werden die IG Metall sowie die IG Druck dem BDA seine Haltung in der Frage Betriebsverfassung bei der nächsten Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit lohnen!

Mit freundlichen Grüßen
Detlef Lutz, stellv. Bundesvorsitzender, Christl. Gewerkschaft Bergbau – Chemie – Energie, Essen

Für Minderheit

„Leistungen der Krankenkassen eingrenzen"; WELT vom 1. Februar

In der Ausgabe vom 1. Februar wird eine Stellungnahme des Vorsitzenden des Hartmannbundes, Professor Bourmer, veröffentlicht zur Abgrenzung der Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dazu gehörten eigentlich auch die Ausgaben, welche die gesetzliche Krankenversicherung für Unfälle im privaten Sektor leistet (von Betriebsunfällen ist bekanntlich seit langem die Krankenversicherung befreit).

Es stellt sich die Frage, ob es mit der vielgepriesenen Solidarität vereinbar ist, wenn ein Familienvater mit fünf Kindern durch seinen Beitrag für die privaten Unfälle anderer Versicherter, etwa beim Skifahren oder beim Unfall nach dem Verlassen des Wirtshauses (beides durch persönliches Verschulden), mitbezahlen muß.

In solchen Fällen wird die Krankenversicherung zur privaten Unfallversicherung, die einer Minderheit von den nie Betroffenen bezahlt wird, wobei vor allem bei Skiunfällen die Kosten sehr groß sein können. Es würden der Krankenversicherung erhebliche Kosten erspart werden, wenn sie nur eine Krankenversicherung und nicht gleichzeitig für eine Minderheit auch noch eine private Unfallversicherung wäre.

A. Ott, Augsburg

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor Dr. **Wilhelm Reerink**, bis 1970 Geschäftsführer der Forschungseinrichtungen des deutschen Steinkohlenbergbaus, feierte gestern seinen 80. Geburtstag. Reerink war mehr als 30 Jahre forschend auf den Gebieten der Kohleveredelung und des Kokereiwesens tätig. Er hat auch den Bau der zentralen Bergbauforschung in Essen-Kray vorangetrieben, die 1958 eingeweiht werden konnte.

*

Der Würzburger Architekt **Hans Schädel**, in der Nachkriegszeit einer der Avantgardisten des Kirchenbaus, feiert morgen in seinem Geburtsort Randersacker bei Würzburg seinen 75. Geburtstag. Schädel wurde vor allem durch den Bau der Kirche Maria Regina Martyrum in Berlin-Plötzensee international bekannt.

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Vorsitzenden des Konzern- und Gesamtbetriebsrats der Volkswagen Werk AG und Vorsitzenden des Betriebsrats des Werkes Wolfsburg, **Siegfried Ehlers**, in „Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen besonderen Verdienste" das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

*

Mit dem Jahrespreis „Medizin im Wort" – dotiert mit 10 000 Mark – wurden in Wiesbaden die Mediziner und Schriftsteller **Paul Lüth** und **Willy Schneidrzik** ausgezeichnet. Lüth ist Landarzt in Rengshausen, Professor für Medizinsoziologie und Sozialmedizin in Mainz und Kassel, jedoch besonders bekannt geworden ist er durch eine Reihe analytisch-kritischer Werke über den heutigen Medizinbetrieb. Schneidrzik gewann Ansehen als Verfasser zahlreicher, teils unter anderem Namen erschienener Arztromane.

*

Vom Verband der deutschen Kritiker sind die Preise für 1985 verliehen worden: Der Literaturpreis ging an den Schriftsteller **Gerd Henniger**, der vor allem dem „Meisterlichen Essayisten" gilt. Der Bildhauerpreis ging an **Ulrich Rückriem**, der Musikpreis ging an den Dirigenten **Gerd Albrecht**, der Tanzpreis an die Tanzregisseurin und Choreographin **Pina Bausch**. Der Preis für Fernsehen an den Regisseur **Eberhard Fechner** und der Filmpreis an den Regisseur **Edgar Reitz**, der diesen Preis für seinen Film „Heimat" erhielt. Der Theaterpreis ging an den Regisseur **Jürgen Gosch**.

EHRUNGEN

Der Bremer Schauspieler und Fernsehmoderator **Hans-Joachim Kuhlenkampff** ist vom „Bremer Stammtisch" mit der Plastik „Hanse" ausgezeichnet worden. Damit wurden seine Verdienste um Bremen gewürdigt. Der Initiator und Arrangeur des „Bremer Stammtischs", **Rolf D. Voss**, sagte zur Begründung: „Bremen profitiert von Kuhlenkampffs einmaliger Popularität, weil er fernsehöffentlich nie einen Hehl aus seiner Sympathie für Bremen und den Sportverein Werder gemacht hat." Die von dem Bildhauer **Thomas Recker** geschaffene Bronzeplastik „Hanse" zeigt als Symbol für die Weltoffenheit der Hansestadt einen Kaufmann, der eine Weltkugel in den Händen hält.

*

Eine hohe Ehrung empfing der weltbekannte Pferdedresseur **Maurice Houck** im Zirkus-Krone-Bau in München. Er erhielt die Ehrenurkunde „Chapiteau" der Gesellschaft der Zirkusfreunde für hervorragende Leistungen in der Pferdedressur. Während einer Abendvorstellung überreichte ihm der Präsident der Gesellschaft für Zirkusfreunde, **Rudolf Geller**, aus Marburg die Anerkennung. Der gebürtige Franzose Maurice Houck (68), langjähriger Krone-Mitarbeiter, gehört einer alten Artistenfamilie an, denen allen die Dressur von Pferden und Exoten bereits mit „in die Wiege" gelegt wurde. Die Mitglieder der Familie Houck erlangten in den vergangenen Jahrzehnten Stargeltung im europäischen Zirkus. Sein Bruder **Gilbert Houck** (Jahrgang 1918), der im Dezember 1984 gestorben ist, feierte in den 50er Jahren bei Zirkus Busch in Berlin Triumphe als Tarzan mit seinen Königstigern. Der jüngste der Gebrüder Houck (Jahrgang 1923), **Sascha**, ist seit vielen Jahren im Schweizer Nationalzirkus Knie tätig.

VERNISSAGE

In den Räumen des Hartmannbundes, des Verbandes der Ärzte Deutschlands, in Bonn stellt zur Zeit die flämische Künstlerin **May Claerhout** ihre Plastiken aus. Nach Bonn geholt hat die vielseitige Künstlerin, die auch als Journalistin und Rundfunkreporterin tätig ist, **Dietrich W. Rollmann**, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe. Zu Ehren von May Claerhout hat in seiner Residenz in Bad Godesberg, in der Muffendorfer Kommende, Belgiens Botschafter **Michel van Ussel** ein Essen gegeben. Neben Rollmann gehörten zu den Gästen auch **Herbert Möckenhoff**, Vizepräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, und der frühere Hamburger Senator und Europaabgeordnete **Hans-Joachim Seeler**.

VERANSTALTUNG

In der Reihe „Bonner Pressegespräche" der Initiative Jugendpresse e. V. (Königstein i. Ts.) stellte sich Bundeskanzler **Helmut Kohl** im Kanzleramt zwei Stunden lang den Fragen von rund 160 Schülerzeitungs-Redakteuren aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland. In diesem Exklusiv-Interview, das erstmals ein Regierungschef der Jugendpresse gab, kam ein breites Spektrum an Themen der Innen- und Außenpolitik zur Sprache. In gelockerter Atmosphäre diskutierte der Bundeskanzler mit den Jugendlichen über die Lehrstellensituation, den Zivildienst, das Vermummungsverbot und den Paragraphen 218. An dem Gespräch nahmen außerdem teil der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt **Eduard Ackermann**, Regierungssprecher **Peter Boenisch** und der Ministerialdirektor im Bundespresseamt **Wolfgang Bergsdorf**.

Trainer Emil Beck und der ungeliebte Fechter . . .

Gegen den kann man nicht fechten", hatte Alexander Pusch kopfschüttelnd gesagt. Der Leverkusener Achim Bellmann – als moderner Fünfkämpfer auch an den Umgang mit dem Degen gewöhnt – hatte sich auf dem Wege zu seinem ersten Titelgewinn auch nicht von dem mehrmaligen Weltmeister aufhalten lassen.

Auch den Bundestrainer Emil Beck aus Tauberbischofsheim traf das hart – ein unorthodox fechtender Außenseiter war in die Phalanx

STAND ● PUNKT

seiner Olympiasieger eingebrochen, hatte zudem die Serie von zehn Tauberbischofsheimer Siegen bei den Einzel-Meisterschaften seit 1975 beendet. Über die Fechtplanche tanzend oder tiefgebeugt lauernd, hatte Bellmann alle Gegner irritiert – und gewonnen. Ein neues Gesicht im National-Team? Des Bundestrainers erste Reaktion war Schweigen.

Der Individualist Bellmann hat die Herausforderung angenommen und den Spezialisten ein weiteres Mal getrotzt. Beim Weltcup-Auftakt der Degen-Fechter in Paris war er drittbester Deutscher und übernahm damit die Führung in der nationalen Rangliste – vor sieben Tauberbischofsheimern.

Nun, endlich, hat auch der Bundestrainer mit ihm gesprochen. Bellmann sei, so Beck, vor die Wahl gestellt, sich auf das Fechten zu konzentrieren und hier seine Chance zu suchen oder aber weiter im Nationalteam der Fünfkämpfer zu starten. Bis zum Mai habe Bellmann Zeit, sich zu entscheiden. Vier Ranglisten-Turniere stehen noch aus. Beck: „Ist Bellmann danach noch unter den ersten fünf, werden wir auch über einen Start bei den Weltmeisterschaften im Juli sprechen."

Leistung ist das Argument, dem sich auch ein Emil Beck nicht verschließen kann – selbst dann nicht, wenn diese Leistung außerhalb der Tauberbischofsheimer Medaillenschmiede erbracht wird: „Ob mir Bellmanns Fechtstil gefällt, ist zweitrangig. Was zählt, ist der Erfolg." Alexander Pusch wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, mit Bellmann zu fechten.

JÖRG STRATMANN

RADSPORT / Rolf Gölz siegte in Spanien wie einst die großen Stars Rudi Altig und Dietrich Thurau

„Turbo" mit kräftigem Antritt ins Profi-Lager

DW./sid, Bonn

Nach drei Etappensiegen und dem Gewinn des abschließenden Zeitfahrens wurde der 22 Jahre alte Jung-Profi Rolf Gölz überraschend Gesamtsieger der „Ruta del Sol". Zum drittenmal nach Rudi Altig und Dietrich Thurau gewann damit ein Deutscher diese spanische Radrundfahrt für Profis.

Für Golf Gölz, den Silber- und Bronzemedaillengewinner von Los Angeles, war es ein unverhofft guter Einstand bei den Berufsfahrern. Erst vor wenigen Wochen war ihm ein Vertrag angeboten worden, nachdem er wochenlang vergeblich auf eine Offerte gewartet hatte. Enttäuscht über das mangelnde Interesse hätte er sich fast schon an der Technischen Universität Berlin als Student für Brauereiwesen eingeschrieben. Statt dessen aber unterschrieb er doch noch einen Vertrag, und zwar beim italienischen Rennstell Del Tongo, für den er jetzt bei seinem Debüt als Straßenfahrer die Ruta del Sol gewann.

„Der beste Radprofi der Welt hat die Ruta del Sol gewonnen", jubelte Bahnrad-Bundestrainer Udo Hempel sofort überschwenglich. Hempel gilt als Entdecker und größter Förderer des Schwaben Rolf Gölz, der schon immer für Überraschungen gut war: 1982 gewann er auf einem geliehenen Rad bei seinem ersten Bahn-Wettbewerb gleich die deutsche Meisterschaft in der 4000-m-Einzelverfolgung. 1983 fuhr er wochenlang nur Weltklassezeiten, wurde danach Weltmeister mit dem Bahnvierer sowie Medaillengewinner bei den Olympischen Spielen.

Vorläufiger Höhepunkt aber ist zweifellos der Sieg in Spanien. Doch er selbst warnt vor Euphorie: „Ich werde auch noch mein Lehrgeld bezahlen müssen. Ich glaube nicht, daß ich in diesem Jahr bei den großen Rennen ganz vorne dabeisein kann." Die Fehler früherer Jahre sollen sich nicht wiederholen. Der Übereifer von 1982 beispielsweise, als er bereits Wochen vor der Weltmeisterschaft in Zürich in Topform war, bei den Meisterschaften aber völlig einbrach. Solchen Zwischenfällen will der junge Profi künftig vorbeugen: „Ich muß die Flandern-Rundfahrt und Gent–Wevelghem fahren. Wenn ich dann kaputt bin, bekomme ich eine Pause. Läuft es gut, beginnt die Vorbereitung auf den Giro d'Italia."

Rolf Gölz ist vorsichtig. Auch Dietrich Thurau war nach seinem Ruta del Sol-Sieg stürmisch gefeiert worden, hatte später die hohen Erwartungen aber nur selten erfüllen können. Ein ähnliches Schicksal will der Schwabe vermeiden. Allerdings hatte er mit seinem grandiosen Einstand selbst nicht im Traum gerechnet: „Es kam alles etwas überraschend. Ein großes Lob muß ich meiner Mannschaft zollen, die mir unwahrscheinlich geholfen hat. Selbst unser Kapitän Giuseppe Saronni ist für mich gefahren."

Rolf Gölz, der sein Profi-Debüt beim Bremer Sechstage-Rennen gab, ist im italienischen Rennstall „Del Tongo" die Nummer zwei hinter dem italienischen Ex-Weltmeister Saronni. Und das gibt Selbstvertrauen: „Ich darf auch schon mal meine eigene Chancen wahrnehmen."

„Ehrgeizig, verbissen, emotionsgeladen und grüblerisch", so charakterisiert Bundestrainer Udo Hempel seinen ehemaligen Musterschüler, der nun auf dem besten Weg ist, den Frankfurter Dietrich Thurau nicht nur in der Publikumsgunst zu überflügeln. Die Voraussetzungen dafür bringt er mit. Das wird ihm auch von der Konkurrenz neidlos bestätigt: „Er besitzt die ideale Konstitution für einen guten Straßenfahrer", lobt der niederländische Sechstagefahrer René Pijnen, Partner von Gölz beim Bremer Sechstagerennen. Doch Pijnen schränkt gleich ein: „Er muß noch viel lernen."

Größte Schwäche des talentierten Schwaben war bislang seine labile psychische Verfassung. Er steckte zu schnell auf, entwickelte selten Kampfgeist. Als Jugendlicher war das noch anders. Vor vier Jahren, beim Radrennen „Rund um Frankfurt", hatte er nach einer Panne in einer unglaublichen Aufholjagd wieder der Anschluß an die Spitze gewonnen und war als einer der ersten durchs Ziel gefahren. Doch er wurde disqualifiziert, weil er sein defektes Vorderrad gegen das Vorderrad eines Teamkollegen ausgetauscht hatte.

Ähnlichen Kampfgeist entdeckte er jedoch jetzt wieder auf der vorletzten Etappe der spanischen Rundfahrt. „Ich bin die letzten fünf Kilometer mit einem fast platten Reifen gefahren." Trotzdem setzte er sich im Spurt gegen seine vier Mitausreißer durch. Überhaupt rechtfertigte er auf den beiden letzten Etappen seinen Spitznamen. „Turbo" nennt ihn Udo Hempel wegen seines explosiven Antritts. Und mit der Kraft eines Turbo katapultierte sich Rolf Gölz jetzt auch in die Siegerlisten der Berufsfahrer. Kein Wunder, daß er seinen Wechsel ins Profi-Lager nicht bereut hat: „Ich bin ganz begeistert."

AMATEURBOXEN

Hussing und das Alter

dpa, Hannover

Peter Hussing war 15 Mal deutscher Box-Meister im Schwergewicht und 1979 gar Europameister. Er hat schon mehrmals seinen Rücktritt angekündigt, kommt aber immer noch nicht los von seinem Sport. Jetzt versucht er gegen sein eigenes Alter zu kämpfen. Nach den Regeln des Deutschen Amateurbox-Verbandes muß ein Boxer in dem Jahr seine Karriere beenden, in dem er 37 Jahre alt wird. Am 15. Mai ist das bei Hussing der Fall – danach will er im Ausland weitermachen.

Hussing zeiht es nach Holland oder Schweden, wo es eine derartige Altersbegrenzung nicht gibt. Heinz Birkle, Sportwart des deutschen Verbandes: „Eine Sondergenehmigung zur Verlängerung seiner Karriere wird es nicht geben." Hussing, der wieder für Ringfrei Mülheim kämpft und an den deutschen Meisterschaften 1984 wegen einer Sperre nach einem K.o. nicht teilnehmen konnte, hat kaum Chancen, seine Pläne zu verwirklichen. Birkle: „Es geht nicht. Hussing würde für Starts im Ausland unsere Freigabe brauchen. Und die werden wir ihm nicht erteilen."

TENNIS

Kathy Rinaldi gab gegen Steffi Graf auf

sid, **Delray Beach**

Sturmböen fegten über die Tennis-Anlage von Delray Beach in Florida. Der Schwede Mats Wilander zum Beispiel war dadurch so irritiert, daß er beim sogenannten „Turnier der Superlative" (1,8 Millionen Dollar Preisgeld) gegen den fast unbekannten Amerikaner Mike Leach, Nummer 95 der Weltrangliste, 5:7, 2:6 verlor. Der 15 Jahre alten Steffi Graf scheint das nichts auszumachen, sie spielte konzentriert und sicher wie immer. Verblüfft hat sie etwas anderes: Sie führte nach dem ersten Satz 6:1 gegen die Amerikanerin Kathy Rinaldi, die in Washington immerhin das Halbfinale erreicht hatte. Und als sie gleich im ersten Spiel des zweiten Satzes den Aufschlag ihrer Gegnerin durchbrach, war das Match bereits beendet. Kathy Rinaldi eilte ans Netz, um Steffi („Ich wußte gar nicht, was los war") zum Sieg zu gratulieren.

Kathy Rinaldi gehört zur Weltklasse, zog sie sich zurück, um einer Blamage zu entgehen? Die Amerikanerin gab als Grund für ihre Aufgabe später eine Muskelzerrung in der linken Hüfte an. Ganz überzeugend klang das nicht, im ersten Satz war von einer Verletzung nichts, wohl aber ein überlegenes Spiel der Deutschen zu beobachten.

Steffi Graf hat bei diesem Turnier gegen Sylvia Hanika, die Engländerin Virginia Wade und Catherine Tanvier aus Frankreich noch keinen Satz abgegeben. *Jetzt steht sie im Viertelfinale* und spielt gegen die Ungarin Andrea Temesvari, die die an Nummer drei gesetzte Australierin Wendy Turnbull mit 6:4, 6:3 ausschaltete. Neben Bettina Bunge ist Steffi Graf die einzige ungesetzte Spielerin, die die Runde der letzten acht erreicht hat. Bettina Bunge trifft jetzt auf die amerikanische Weltranglisten-Erste Martina Navratilova.

FUSSBALL / Neuer Ärger um die Vertragsverlängerung mit Harald Schumacher beim 1. FC Köln

Alles schien klar, doch bei Alaaf, Tusch und Schunkelmusik spielte der Torwart nicht mehr mit

ULRICH DOST, **Köln**

Eine richtig lustige Karnevalssitzung sollte es werden, mit Schunkeln, Alaaf-Rufen, kölschen Liedern. Eingeladen hatte der 1. FC Köln. Der Höhepunkt war dann so volksnah geplant, wie Karneval in Köln eben ist: Alle Jecken im Saal vereinigen sich mit dem Verein, Präsident Peter Weiand erscheint auf der Bühne, Nationaltorwart Harald Schumacher auch, ein Sportartikelhersteller noch dazu, der dann erklärt, der große Star im Tor könne tragen, was er wolle, während seine Kollegen in den Trikots und Schuhen der Konkurrenzfirma auflaufen müssen. Tusch, Alaaf, Ende gut, alles gut, her mit dem Kölsch-Bier, ein tiefer Schluck auf Schumachers Vertragsverlängerung. So war es geplant.

Zum Schluß aber standen sie alle betreten da, der Humor war längst abhanden gekommen. Sie trugen noch die Narrenkappe, aber sie verbarg nur Gesichter in denen sich Wut, Enttäuschung, Beleidigtsein widerspiegelten. *Harald* Schumacher, der in Köln so gerne einmal Karnevalsprinz werden will, hatte ihnen allen die Freude genommen. Er wollte nicht mitspielen. Da versteht der Jeck keinen Spaß: Weiand und Puma-Chef Armin Dassler, der freiwillig auf die Dienste von Schumacher verzichtete, nur um ihn den Kölnern zu erhalten, ernteten nur böse Blicke des Nationaltorwarts. Nein, auf der Bühne zum großen Paukenschlag wollte Schumacher nicht erscheinen.

Schumacher kannte die Entwicklung in seinen Vertragsverhandlungen nämlich nicht. Er hatte nicht damit gerechnet, daß der 1. FC Köln hinter seinem Rücken eine Lösung finden könnte, die nicht mit ihm und seinem Manager Rüdiger Schmitz abgesprochen war.

Noch nachmittags in Herzogenaurach bei der Firma adidas hatte Schumacher getönt, wenn er bis zum 6. März (an dem Tag wird er 31 Jahre alt) mit dem 1. FC Köln nicht klar sei, werde er Köln verlassen. Sein Manager behauptete keck, in den nächsten Tagen werde der Vertrag schon unterschrieben: Schumacher bekommt einen Dreijahresvertrag mit einjähriger Option zu seinen Gunsten, verbesserte Bezüge (man spricht von rund 400 000 Mark) und selbstverständlich dürfe er auch weiter in adidas-Spielkleidung antreten. Genau das also, was karnevalistisch als kölsche Rettung verkündet werden sollte.



Alleine auf der Karnevalsbühne ja, zusammen mit dem Klub-Präsidenten nein: Nationaltorwart Harald Schumacher. FOTO: HARTMANN

Erst kurz vor der Karnevalssitzung des Vereins hatten Vizepräsident und Schatzmeister Karl-Heinz Thielen sowie Geschäftsführer Michael Meier mit Armin Dassler den Kompromiß gefunden. Den Torwart konnten sie nicht mehr informieren, er war auf dem Rückweg von Herzogenaurach nach Köln. Damit nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Der 1. FC Köln hatte schon in der Vergangenheit Theater mit Schumacher. Die braven Vereinschefs hätten eigentlich vorher wissen müssen, daß Schumacher diese Show nicht mitmachen würde. Der Torwart sagte dann auch prompt: „Ich bin doch nicht deren Komparse." Es gehört zu Schumachers Selbstverständnis, nicht zu dulden, daß sich jemand in *seinem Glanz sonnt, während er nur* die Randfigur abgibt. Nichts anderes wäre passiert, wenn er auf die Bühne gegangen wäre. Schumacher: „Ich bin nicht der Komparse für den großen Auftritt des Präsidenten, der mir noch vor einigen Wochen auf der Mittelamerikareise in rüdem Ton beigebracht hat, daß ich in Puma-Sachen zu spielen hätte." Schumacher verließ den Saal, rauchte auf der Straße einige Zigaretten, kam dann wieder und meinte weinerlich: „Ich will doch bloß in Kölle spielen."

Ob er sich das nun ein für allemal verscherzt hat? Gestern war sein neuer Vertrag mit dem 1. FC Köln noch nicht unterschrieben. Und im Kölner Vorstand gab es Überlegungen, ob dieser Zustand letztendlich nicht der bessere für die Zukunft sei. Armin Dassler jedenfalls fuhr beleidigt nach Hause. Michael Meier: „Das war ein Affront von Schumacher gegen unseren Vertragspartner. Als Angestellter können wir von Schumacher ein entsprechendes Verhalten erwarten." Doch sicher ist nur dies: Der 1. FC Köln kann den Torwart nicht in den Griff bekommen.

Was bleibt, sind Fragen: Kann es sich ein Mann wie Peter Weiand erlauben, von einem Angestellten in der Öffentlichkeit derart brüskiert zu werden? Kann es sich der 1. FC Köln erlauben, in der Öffentlichkeit dazustehen, als könne ein Spieler mit ihm ein Hänneschen-Theater veranstalten, wann und wie er es will?

Weiand glaubt, Schumacher habe sich nur an ihm rächen wollen, weil er ihn, noch zu Zeiten von Trainer Rinus Michels, einmal vereinsintern gesperrt hatte. Damals mußte Schumacher seine einmalige Serie von 216 Bundesligaspielen in Folge unfreiwillig unterbrechen. Bei solchen Sachen denkt der Torwart wie ein Schuljunge. Und der PR-Gag für die Firma Puma paßte ihm auch nicht in den *Kram. Die Fronten verhärten sich immer mehr* – sofern dies noch geht.

Folgen einer Karnevalssitzung, Humor ist eben eine ernste Sache, hier ging er verloren. Was nun nach diesem peinlichen Auftritt? Geht Präsident Peter Weiand, trennt sich der 1. FC Köln zum Saisonende von seinem Torwart Schumacher? Dazwischen, so scheint es, gibt es wohl wenig außer programmierten Peinlichkeiten.

LÄNDERSPIEL / Beckenbauer korrigiert sich

Norbert Meier: „Das fegt mich vom Hocker"

sid/DW. **Bremen**

Nach dem dritten Tor von Norbert Meier rief Werder Bremens Manager Willi Lemke aus: „*Viele Grüße* an den Franz." Gemeint war Franz Beckenbauer, er hatte gerade als neuer Team-Chef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft sein erstes Spieler-Aufgebot für das Spiel gegen Argentinien benannt. Ohne Norbert Meier, der dann, es war in der ersten September-Woche 1984, beim 6:2-Sieg über den 1. FC Köln eine derart gute Leistung bot, daß ihn Interviewer immer wieder fragten, ob die Wut auf Beckenbauer ihn beflügelt habe.

Doch in der Stunde des persönlichen Triumphes sagte Meier nüchtern und sachlich: „Man muß Franz Beckenbauer die Chance geben, seine Mannschaft zu finden. Wenn er sich nun für einen Kader entschieden hat, dann soll er das auch durchziehen." Eine Genugtuung oder gar eine Retourkutsche sei das aus seiner Sicht nicht gewesen.

Nun hat Beckenbauer, noch immer auf der Suche nach einer Stamm-Mannschaft, Norbert Meier wiedergefunden. Der Bremer gehört zum Aufgebot für das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Portugal (24. Februar in Lissabon). Sein Kommentar zeigt Verblüffung: „Das fegt mich vom Hocker."

Meiers Karriere als Nationalspieler schien mit der Ära von Jupp Derwall nach der Europameisterschaft in *Frankreich beendet. Bis zum 20. Juni* 1984 (0:1-Niederlage gegen Spanien) hatte er 14 Spiele bestritten. Als Beckenbauer das Amt des Team-Chefs übernahm, sagte er über Meier: „Wehleidig und zu verschnörkelt."

Der Bremer Mittelfeldspieler sagt heute: „Ich gebe zu, daß ich einige schwächere Spiele geliefert habe. Doch im großen und ganzen waren meine Leistungen im letzten Herbst so konstant wie jetzt auch. Meier, noch bis zum 30. Juni 1986 bei Werder Bremen unter Vertrag, fühlte sich von Beckenbauer ein wenig ungerecht behandelt. Aber er dachte nie daran, aus Verärgerung seinen internationalen Rückzug zu erklären, wie es während der Amtszeit von Jupp Derwall Mode geworden war. Meier umschreibt seine Einstellung in den letzten Monaten so: „Ich habe immer gern in der Nationalmannschaft gespielt. Gerade in letzter Zeit habe ich jedoch mit Absicht kaum noch daran gedacht. Man verkrampft nur, wenn man sich mit aller Gewalt ins Aufgebot spielen will."

Im Spiel gegen Portugal soll Meier noch nicht zur ersten Wahl gehören. Beckenbauer orientiert sich vielmehr an der Mannschaft, die in Hamburg beim 0:1 gegen Ungarn in der ersten Halbzeit auf dem Platz stand. Einzige Ausnahme: Für Pierre Littbarski soll der Uerdinger Mathias Herget im Mittelfeld spielen. Schwierig wird es dann, wenn Karl-Heinz Rummenigge wegen seiner Adduktoren-Zerrung ausfallen sollte. Rummenigge pausierte bereits am letzten Sonntag beim 1:0 von Inter Mailand gegen Lazio Rom. Beckenbauer: „Das war eine reine Vorsichtsmaßnahme. Er hat mir telefonisch versichert, daß er am Sonntag in Verona spielen wird." Dennoch denkt Beckenbauer an die Möglichkeit, ohne seinen Kapitän auskommen zu müssen: „Dann wäre Littbarski die zweite Spitze neben Rudi Völler. Aber auch Olaf Thon könnte in den Angriff rücken."

Die deutsche Nationalmannschaft fliegt bereits am Montag nach Portugal. In Faro an der Algarve-Küste wird ein Trainingslager durchgeführt, am Mittwoch vor dem Länderspiel soll es einen Test gegen den spanischen Zweitliga-Klub Reals Torralta geben.

SPORT-NACHRICHTEN

Gehaltsverzicht gefordert

Düsseldorf (sid) – Der Vorstand des Fußball-Bundesliga-Klubs Fortuna Düsseldorf hat Trainer Willibert Kremer und die Lizenz-Spieler zu einem Gehaltsverzicht von elf Prozent vom Jahreseinkommen aufgefordert. Interims-Manager Werner Faßbender hatte für den Verein eine Schuldenlast von 2,8 Millionen Mark zum Ende der Saison 1984/85 hochgerechnet.

Pokalspiel gefährdet

Solingen (dpa) – Die Austragung des für Samstag angesetzten Viertelfinal-Spiels im Pokal des Deutschen Fußball-Bundes zwischen Union Solingen und Borussia Mönchengladbach ist gefährdet. Spielfeld und Ränge sind völlig vereist.

Doping-Tests

London (dpa) – Der britische Leichathletik-Verband wird künftig auch außerhalb großer internationaler Veranstaltungen Doping-Tests durchführen. Athleten, die sich weigern, den auf das ganze Jahr verteilten Zufalls-Tests zur Verfügung zu stehen, sollen für internationale Einsätze gesperrt werden.

Länderspiel live

Mainz (dpa) – Das Qualifikationsspiel der Europa-Gruppe zwei zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko am 24. Februar zwischen Portugal und Deutschland wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen ab 16.55 Uhr direkt aus Lissabon übertragen.

Zico sucht neuen Verein

Udine (sid) – Der brasilianische Fußball-Profi Zico, zur Zeit noch beim italienischen Erstliga-Klub FC Udinese unter Vertrag, sucht einen neuen Verein. Der Mittelfeldspieler schließt auch eine Rückkehr nach Brasilien nicht aus. Bei einem Transfer soll Zicos Ablösesumme etwa 15 Millionen Mark betragen.

Formel-1-Test

Rio de Janeiro (sid) – Trotz einer Kollision mit dem Wagen eines Konkurrenten war der Brasilianer Ayrton Senna auf Lotus-Renault Zweitschnellster bei den Formel-1-Testfahrten in Rio de Janeiro. Bester war der Italiener Michele Alboreto mit einem Ferrari. Der Waiblinger Manfred Winkelhock fuhr auf einem RAM-Hart die neuntbeste Zeit.

Klein bleibt in Köln

Köln (sid) – Der Israeli Ralph Klein verlängert seinen Vertrag beim Basketball-Bundesliga-Klub BSC Köln bis zum Ende der Saison 1986/87. Ungeklärt ist, ob der 54jährige in Personalunion auch weiterhin die Nationalmannschaft betreuen wird.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Delray Beach/Florida (1,8 Millionen Dollar). Herren, vierte Runde: Smid (CSSR) – Jarryd (Schweden) 6:1, 6:4, Davis – Flur (beide USA) 6:4, 6:2, Leach (USA) – Wilander (Schweden) 7:5, 6:2, Gunnarsson (Schweden) – Dyke (Australien) 6:2, 2:6, 6:3, Gerulaitis (USA) – Benhabiles (Frankreich) 6:3, 7:5. – **Damen**, vierte Runde: Graf (Deutschland) – Rinaldi (USA) 6:1, 1:0 (Rinaldi verletzt aufgegeben), Temesvari (Ungarn) – Turnbull (Australien) 6:4, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00, 2: 104 247,80, 3: 8348,90, 4: 131,80, 5: 10,10. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 34 359,10, 2: 965,10, 3: 99,70. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 666 602,95, 2: 37 850,80, 3: 3784,00, 4: 66,30, 5: 6,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 535,50, 2: 193,90. – Rennen B: Klasse 1: 10,50, 2: 2,50. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 305 529,20. (Ohne Gewähr.)

MOTORSPORT / Grand Prix auf dem Nürburgring

Streit um Abgaben beendet Ein Sieg der Vernunft

sid, **Düsseldorf**

Der Große Preis von Deutschland der Formel 1 findet nach langwierigen Verhandlungen nun doch wie vorgesehen am 4. August auf dem Nürburgring und nicht in Hockenheim statt. „Es ist für den Ring außerordentlich wichtig, daß der Grand Prix dort stattfindet, wenn nicht, wäre es eine *Schicksalsstunde* gewesen", sagt BMW-Sprecher Mahla.

Der Streit um den Verteilerschlüssel der Eintrittspreise war es, der die Einigung zwischen der Nürburgring GmbH und dem veranstaltenden Automobilclub von Deutschland (AvD) so lange hinauszögerte. 4,50 Mark pro verkaufter Eintrittskarte wollte die GmbH haben, vier Mark war der AvD nur zu zahlen bereit. Geeinigt hat man sich nun auf ein Staffelsystem. Je mehr Karten verkauft werden, um so mehr erhält die GmbH. In welcher Höhe die Anteile liegen, wollten die Verhandlungspartner nicht erzählen. „Wir haben vereinbart, über die Details nichts zu sagen", erklärte AvD-Sportmanager Andreas Meyer.

Erleichtert über diese Entscheidung ist besonders die Eifel-Region. „Wir können wieder frei durchatmen", sagte ein Sprecher der Ahr-Rhein-Eifel-Touristik (Areto), die für viele Hotels rund um den Nürburgring die Buchungen abwickelt. „Es war nicht gut, die Diskussion überhaupt erst aufkommen zu lassen. Aber eigentlich war es für mich immer klar, daß auf dem Nürburgring gefahren wird", sagte Erich Zakowski aus dem Eifelörtchen Niederzissen. Mit seinem neuen Formel-1-Wagen (erster Start am 21. April in Estoril/Portugal) kann er endlich auf seiner Lieblingsrennstrecke antreten. Porsche-Sprecher Klaus Reichert: „Nachdem schon das 1000-km-Rennen nach Hockenheim verlegt wurde, *mußte der Grand Prix in der Eifel* bleiben. Das hätte man dem Ring nicht antun dürfen."

Die Einigung zwischen GmbH und AvD ist ein Sieg der Vernunft. Denn nur wenn die Formel 1 auf Dauer in die Eifel zurückkehrt – und der Große Preis von Europa im Oktober vergangenen Jahres nicht nur ein einmaliges Gastspiel war –, ist die 81-Millionen-Mark-Investition aus Steuergeldern gerechtfertigt.

Gegendarstellung

Der das Formel-1-Engagement der Firma ATS betreffende Artikel „Endgültig: ATS gibt nun auf" in der WELT vom 17.1.1985 enthält Unrichtigkeiten, auf die wie folgt zu *entgegnen ist:*

1. Es wird behauptet, es sei nicht die Entscheidung von BMW gewesen, die Günter Schmid, Mitgesellschafter von ATS, veranlaßt habe, aus den Formel-1-Rennen auszuscheiden, vielmehr heiße es in der Branche, die Erbengemeinschaft des verstorbenen Mitgesellschafters Erich Stahlschmidt habe Günter Schmid einen Riegel vorgeschoben. Das ist unzutreffend. Erich Stahlschmidt ist lediglich von seiner Tochter beerbt worden. Diese hat zu den Formel-1-Aktivitäten von ATS keinerlei Stellung bezogen, ihnen also auch keinen Riegel vorgeschoben.

*

2. Weiter wird behauptet, hinzugekommen sei, daß das Finanzamt Neustadt/Weinstraße die wohl etwas verschlungenen Pfade zwischen den Firmen ATS GmbH in Deutschland und ATS Engineering in Bicester „unter die Lupe genommen" habe. Dazu ist darauf hinzuweisen, daß das Finanzamt die Beziehungen zwischen den beiden ATS-Firmen keiner besonderen Prüfung unterzogen hat, geschweige denn, daß Finanzamtsprüfungen *für den Verzicht von ATS auf* Formel-1-Aktivitäten mitursächlich gewesen seien.

*

3. Falsch ist die Behauptung, Günter Schmid habe den Chefmechaniker Günter Richter aufgefordert, sich nach einer neuen Position umzusehen. Günter Richter war nicht Chefmechaniker, sondern Mechaniker. Er ist ohne Aufforderung von Günter Schmid bei ATS ausgeschieden.

*

4. Zu der Behauptung, der geschätzte Preis des von Günter Schmid erworbenen Flugzeuges betrage um 2,3 Mio. Mark, ist darauf hinzuweisen, daß der wirkliche Preis weniger als die Hälfte davon beträgt. Die Behauptung, Günter Schmid habe sich außerdem eine Hochsee-Jacht zugelegt, ist unwahr.

Bad Dürkheim, den 6. 2. 1985

ATS Leichtmetallräder

Günter Schmid

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tageschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

STELLENANGEBOTE

Wir suchen eine

EXAM. KRANKENSCHWESTER

als Leiterin, mit Erfahrung in der ambulanten Kranken-, Haus-, Familien- und Altenpflege, für die

SOZIALSTATION WEDEL

sofort oder zum 1. April 1985. Vergütung nach Kr. V, nach Einarbeitung nach Kr. VI. Bei der Wohnungsbeschaffung sind wir behilflich. Bewerbungen richten Sie bitte an:



DEUTSCHES ROTES KREUZ
DRK-Ortsverein Wedel, Vorstand
Postfach 327 - 2000 **Wedel** (Holstein)

Für das Sekretariat der Geschäftsleitung der DETJEN SCHIFFAHRTSAGENTUR (GMBH & CO) suchen wir zum nächstmöglichen Antrittstermin eine

fremdsprachliche Sekretärin

Wir erwarten:
- gute Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift
- deutsch/englische Stenografie
- mehrjährige Berufserfahrung
- gewandtes Auftreten

Wir bieten:
- leistungsgerechtes Gehalt
- modernen Arbeitsplatz in zentraler Lage
- firmeneigene Kantine

Bitte nehmen Sie telefonisch Kontakt mit unserem Sekretariat unter der Durchwahl-Nr. **0 40 / 3 61 40 01 12** auf oder reichen Sie Ihre schriftliche Bewerbung bei uns ein.

DETJEN SCHIFFAHRT
HAMBURG 11 – KAJEN 6-8
TELEFON 36 14 00

Suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus dem Maschinen- und Anlagenbau?

In der WELT erscheinen am

23. Februar

Sonderseiten mit einer Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig. Gehört Ihr Unternehmen dieser Branche an oder suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus diesem Bereich? Dann sollte Ihre Stellenanzeige innerhalb dieser Sonderseiten nicht fehlen.
Anzeigenschluß ist am 20. Februar 1985.
Sind Sie an einer Insertion interessiert? Wir informieren Sie gern. DIE WELT, Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3 47 43 91/4318.

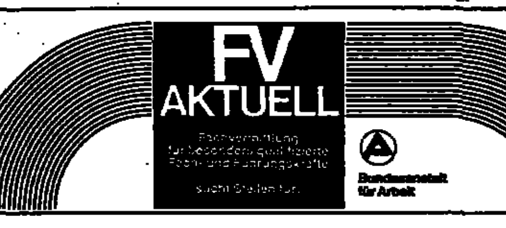
STELLENGESUCHE

Innovation – Subvention – Sanierung

Dipl.-Ing., Dipl.-Volksw., 37, drei Sprachen, mit vielseitiger Praxis in Beratung, Controlling, Geschäftsführung, sucht neue Aufgabe in

Geschäftsführung oder Nachfolge

Spezielles Know-how: Organisation, Controlling u. strategisches Management – Fachmann für Krisenmanagement/Trouble-shooting/Sanierungen (auch auf Zeit) – Kostensenkung – staatliche Finanzierungshilfen – Entwicklung u. Vermarktung von Innovationen – Aufbau, Leitung u. Kontrolle von Vertriebsorganisationen – Durchführung und Organisation v. Akquisitionskampagnen – Erschließung neuer Exportmärkte – Einführung ausländischer Produkte auf deutschen Märkten – Italienisch, Französisch, Englisch.
Kontaktaufnahme erbeten über CC Consulting, Personalberatung, Postfach 60 04 03, 2000 HH-60



Volljurist

35, mit überdurchschnittlicher Qualifikation, seit 2½ J. wiss. Mitarbeiter an wirtschaftsrechtl. Lehrstuhl, Dissertation zum Konzernrecht öffentl. Unternehmen abgeschlossen, besondere Kenntnisse und Erfahrungen in Zivil-, Handels-, Gesellschafts- und Kartellrecht, betriebswirtschaftliches Studium (FH), kfm. Lehre; sucht verantwortliche Aufgabe bei einem Unternehmen oder Verband.

Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593 oder -594

Diplom-Wirtschafts-Ingenieur

43, verh., Metall-Lehre, TU Berlin, 12 Jahre Praxis, Schwerpunkte: Controlling, Rechnungswesen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Organisation, EDV, Projektmanagement; Englisch. Wunsch: Führungsaufgabe im Industrie-Unternehmen Bereich Controlling, Betriebswirtschaft, Organisation oder Mitarbeit bei Engineering, Technologie-Transfer-, Diversifikations- oder Rehabilitations-Projekten.

Auskünfte erteilt: Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2392, FS 2163213

Techn. Leiter – Dipl.-Ing. (FH) Fertigungstechnik – Masch.-Bau

44 J., verh., sucht neue Aufgabe als Techn. Leiter, Werksleiter oder Techn. Geschäftsführer.
Tätigkeiten: Entwicklung, Konstruktion, Fertigungsrationalisierung und Disposition besonders im Bereich Sondermaschinen- u. Anlagenbau für die industrielle Serienfertigung – mehrere Jahre in leitender Funktion – gelernter Werkzeugmacher – Englischkenntnisse.
Zuschriften erbeten unter W 13 495 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschaftsjurist

36 J., verh., mit langj. Erfahrung als Syndikusanwalt in der Konsumgüterindustrie sowie als selbständiger Rechtsanwalt, besondere Kenntnisse auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts, Kartellrechts, Lebensmittelrechts, allg. Handels- u. Vertragsrechts, gute Englisch- und Französischkenntnisse, sucht Stellung als Justitiar oder Leiter Rechtsabteilung/Allgemeine Verwaltung in einem Unternehmen oder einem Verband im norddeutschen Raum.
Angebote erbeten unter V 13 296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachwirt in der Grundstücks- u. Wohnungswirtschaft

32 Jahre alt, stark belastbar, in ungekündigter Stellung in einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, vertraut mit den Aufgabengebieten: Mietkalkulation, Rechnungswesen, Gehaltsabrechnungen über EDV, sucht neuen Tätigkeitsbereich, um seine Kenntnisse zu erweitern.
Zuschriften erb. unt. T 13 338 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leiter

46 J., verh., Betriebswirt u. Bilanzbuchhalter, Schwerpunkte Finanzen, Rechnungswesen, Kostenrechnung, EDV, Personal, Verwaltung. Erfahrener Praktiker, beste Referenzen, sucht anspruchsvolle Führungsposition im nordd. Raum.
Aussagefähige Angebote unter PU 48553 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplom-Geophysiker

42 Jahre (früher Leipzig), mit langjähriger praktischer Erfahrung in Lagerstättenkunde und Tiefbohrtechnik, zusätzliche Ausbildung als Organisator und Programmierer. Mehrjährige Praxis bei Auswertung geodätischer Datenbanken. Gute englische Sprachkenntnisse, sucht geeignete Tätigkeit bei Behörden, Instituten oder wirtschaftlichen Unternehmungen.
Angebote erbeten unter H 13330 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer/Metallverarbeitung (Spanabhebende u. Spanlose Verformung)

Dipl.-Kfm., 44 J., z. Zt. in ungekündigter Position als Geschäftsführer in einem mittleren metallverarbeitenden Betrieb tätig, sucht neue Herausforderung. Jahrelange Erfahrung in der Leitung mittelständischer Unternehmen der spanabhebenden sowie blech- u. drahtverarbeitenden Branche vorhanden (einschl. Werkzeugbau). Dynamisch, belastbar, vertraut mit allen Aufgaben auf Geschäftsführerebene (Tätigkeitsschwerpunkte: Vertrieb, Auftrags- u. Kalkulationswesen, Personalführung sowie Diversifikation u. Innovation). Sprachen: Engl./Französ. in Wort u. Schrift. Gewünschter Raum: Dortmund-Hamm-Arnsberg/Sauerland-Lüdenscheid-Wuppertal-Hagen-Iserlohn.
Zuschriften erbeten unter K 13331 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Technische Leitung

Dipl.-(Wirtsch.)Ing., Präd.-Ex. TU Berlin, Fachr. Fert.-Techn. u. Werkz.-Masch., Refa-Industr.-Eng., Anf. 40, langj. Erf. in Einz.- bis Ser.-Fert., derz. Leiter Prod. u. Planung Masch.-Bau, m. Verantw.-Ber. 450 Mitarb., sucht interess. Führungsaufg.
Zuschr. unter C 13325 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Redakteur u. PR-Fachmann

40 J., ungebunden, z. Z. Redakteur eines namhaften ausländischen Verlages, Spezialist f. Kfz.-Technologie, Maschinenbau u. Stahlerzeugung, mit anerkannt guter Schreibe in Engl. u. Deutsch, dazu gute Kenntnisse in Franz., Italienisch u. Spanisch, langjährige Industriepraxis, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Automobil- oder Investitionsgüterindustrie.
Angebote unter D 13326 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Allround-Manager (45)

Kfm. Führungskraft, erfolgreich, unternehmerisch denkend/handelnd, nicht branchengebunden, sucht neue Aufgabe/Herausforderung in Nordd.
Zuschrift. erb. u. Y 13 365 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ehem. Polizeibeamter

sucht neuen Wirkungskreis mögl. Großraum Bielefeld, Herford, Bad Oeynhausen. Bankbereich wäre angebracht. Zuschr. unt. X 13 408 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin

34 J., Englisch, Französisch, Persisch, ungekündigt, sucht neuen Aufgabenbereich, auch Reisetätigkeit.
Ang. erb. unt. F 13 328 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

CAD in Konstruktionsbüro

Sie führen die neue Technik in Ihre Organisation ein und wollen Ihr Team qualifiziert verstärken.

Bauingenieur (grad.)

39 Jahre, konstruktiver Ingenieurbau, Schweißfachingenieur, unterstützt Sie im Computer-Aidett-Engeneering.
Zuschriften unter B 13 324 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chinese (F. H. S.)

Ingenieur (grad.), 41 Jahre, in Westdeutschland gearbeitet.
a) im Technischen
b) Außenhandel-/Spedition-/Dolmetscherbereich
Beherrsche Englisch in Wort und Schrift, fließend Chinesisch (Mandarin, Kantonesisch u. Fukien). Suche neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. W 13 517 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen.

ETWAS ANDERES

versuchen will 35jähr. Zeitungsredakteur. Er kann lesen und schreiben, auch Engl. u. Franz. Mag Asien, vor allem Japan, versteht eine Menge, aber nichts von Musik, hat viele Verbindungen und einen Haken: Er ist a. d. südwestdt. Raum gebunden.
Zuschriften unter L 13 288 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

im Groß- u. Außenhdl. (Eink., Lagerhaltg.), 25 J., sucht Anstellung, kein regelmäßiger Außendienst, per sofort.
Ang. erb. unt. E 13 327 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauzulieferindustrie

Erfolgreicher Gebietsleiter (32) sucht verantwortungsvolle Position als Verkaufsleiter im norddt. Raum.
Angebote erbeten unter G 13 329 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außendienstmitarbeiter

40 Jahre, gel. Koch, sucht neuen Wirkungskreis im Bereich Food, GV oder TK-Service.
Angebote unter S 13 381 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Logistik

48 J., Ausbildung techn., kaufm., Fachgebiete Flugwesen, Weitverkehrs-Funk (KW u. Sat), Verbrennungsmotoren, Dokumentation, zivil/mil., mehrjährige Auslandserfahrungen, Engl. in Wort und Schrift. Analytisch denkend, sorgfältig arbeitend. Suche Tätigkeit Raum DEL.
Ang. u. U 13 515 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Außendienst-Verkaufsleiter Werbeartikel-Verkaufsförderung

Anf. 40 J., verh., langj. Erfahrungen, sucht z. 1. 9. 85 od. ev. früher verantwortungsvolles Tätigkeitsfeld in Industrie u. Handel für den nordd. Raum.
Zuschriften u. C 13 523 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Mann

(27 J.) sucht interessanten Wirkungskreis. Abgeschl. Berufsausbildung als Kanzleiangest. Bürotätigkeit, würde aber auch gerne den Telefonverkauf erlernen! Raum D'dorf und Leverkusen!
Zuschr. erbeten unter X 13 386 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Verkaufsleiter

38 J., Imp.-Exp.-Kfm., Hamburger, langj. In- und Außendienstpraxis, versiert im Umgang mit anspruchsv. Kundschaft des In- u. Auslands, verhandlungsgewandt, abschlußsicher, wendig, räumlich mobil, gute Kontakte zu Großverbrauchern d. Handels (Non-Food) wünscht neue kreative Aufgaben ab Februar 1985 zu übernehmen.
Angeb. unter C 13 017 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-ÜBERSETZERIN

20j. Berufserf., Ausl.-Aufenth., fertigt Übers. Reinschr. durckf. Deutsch/Engl. – Engl./Deutsch. Literatur (Romane, Kurzgesch.), Technik (Prosp., Gebr. Anl. etc.), wissenschaftliche Arbeiten.
Ang. u. S 13 007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Führungskraft mit Format

Alger 42 J., Auslandserfahrung in Südafrika, Saudi-Arabien, Irak, Ägypten u. Nigeria sucht verantwortungsvollen Auslandseinsatz.
Zuschriften erbeten unter V 13 010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 54, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (BMT)

30 J., m. umfangr. kaufm. Ausbildung u. Erfahr., vertraut m. Statistik, Verwalt., Personalorga., Werbung, Öffentlichkeitsarb., sehr flexibel, schnelle Auffassung, kreativ u. konstruktiv, keine Vertreterposition.
Angeb. üb. Einstiegsmöglichkeiten Großraum Hamburg unt. E 12 777 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

USA

Top-Verkäufer (MBA), nachweislich erfolgreich im Aufbau von neuen Märkten in den USA, sucht erneute Aufgabe in den Staaten. Sprachkenntnisse: Deutsch, Englisch, Spanisch fließend.
Ang. u. V 13 516 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

TROPEN-HOLZKAUFMANN

Ende 30, EK/VK Rund- u. Schnittholz, vieljährige Erfahrung mit Schwerpkt. Westafrika, auch für Fernost/USA, mehrsprachig, sucht verantw. ausbaufähige Pos. in Industrie/Handel/Agentur.
Angeb. u. R 13 006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dolmetscher u. Übersetzer

(BDÜ-Mitglied), f. d. türk. Sprache, staatl. gepr. (Präd.: sehr gut) u. allg. beeidigt, mehrjähr. Berufserf. sowie gute Englischkenntn., z. Z. in ungek. Stellung, sucht neue Anstell., evtl. auch Mitarb. auf freiberufl. Basis.
Angeb. u. U 12789 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verantwortungsbewußter Mann

35 J., ortsungebunden, mit Abitur, breiter Allgemeinbildung und guten Englischkenntnissen, Erfahrung im Korrekturlesen, graphisch begabt, sucht feste Anstellung und würde sich gerne einarbeiten lassen.
Ang. unter A 13 015 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Geographin

25 J., vielfältig interessiert, gute Englischkenntnisse, ortsungebunden, sucht feste Anstellung.
Ang. unter W 13 011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH)

gel. Elektriker, Erf. in Arbeitssicherheit, Haus- u. Krankenhausbetriebstechnik, sucht Stellung, auch Hausverwalt., Baubetreuung o. ä.
Angeb. u. S 12787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bodyguard

29 J., Waffenschein f. Personenschutz, 1. Dan Karate, m. Führungserfahrung, Kripo.
Zuschr. erb. u. Y 13 387 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versorgungs- u. Schweißfaching

33 J., verh., 2 Kd.; Ausb.: Lehre, 12 J. Bw., Studium sucht interess. Anfangsstellung in Wasser-, Abwasser-, Heizkraft-, Prüf- o. Sicherheitstechnik, nordd. Raum bevorzugt.
Ang. u. R 13 336 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Führungskraft

Engl./Span. perf. in Wort u. Schrift, 3 J. Spanien, 6 Mon. England, verhandlungs- u. abschlußsicher, kontakt- u. entscheidungsfreudig, ungekündigte Stellung, sucht ab 1. 4. 85 neuen Wirkungskreis. Raum HH. Export/Import, Industrie, Spedition, Reederei/Schiff. A.-Dienst angenehm.
Zuschr. u. E 13 503 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Skipper

42, Österr., 14jähr. Praxis im Mittelmeer, Werkzeug- u. Maschinenbauer, sucht für '85 Veränderung, evtl. auch Bauaufsicht. Kein Aussteiger, versiert in allen Wartungs- u. Reparaturarbeiten.
J. Berlitsch, A-9851 Lieserhofen 142
Tel. abends 00 43 / 47 62 / 4 50 84

Dipl.-Kaufmann

40 J., dynamisch

Manager-Typ

Vertrieb, Beschaffung, Verwaltung, Transportwesen u. a., Engl., Franz., Russ. fließend, langj. Auslandsaufenthalt, Konzernerfahrung in leitender Position.
Suche neue Aufbau- u./od. Führungsaufgaben im In-/Ausland, z. 1. 7./1. 10., evtl. auch 1. 4. mögl.
Ang. erb. u. W 12 791 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Anwaltsgehilfe

41 j., ungek., spezielle Erf.: Kreditmanagement, Forderungssicherung, ger. Mahnwesen, Zwangsvollstr., Führung u. Ausbildung v. Mitarbeitern sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet im Raum Hamburg. Zuschriften unter Z 13 388 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Prof.-Dipl.-Ing.-Architekt

Vereidigter Sachverständiger, Ende 50, ehem. Geschäftsf. einer der größten Immobilien-, Investment- u. Grundstücksanlageges. der BRD, mit Zul. BAK, steht 4–5 *Jahre als Vorstand, Geschäftsführer oder Repräsentant für* entspr. Gesellschaft in Süddeutschl., Raum Wiesbaden, Rhld.-Pfalz zur Verfügung.
Vertrauliche Kontaktaufnahme unter H 13154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Redaktions-Volontärin

18–22 J., Abi, Führerschein, bei Aschaffenburg.
Tel. 0 60 24 / 71 55

Sicherheitsfachmann

32 J., unabhängig, erfahren im Personenschutz (Politiker u. Industriemanager), Geheimschutz, Werk- u. Objektschutz, sowie Bankenwesen u. Ermittlungsdienst, sportlich, sucht im deutschen bzw. engl. Sprachraum eine neue, verantwortungsvolle Tätigkeit, evtl. als Chauffeur.
Zuschriften unter A 13411 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Orientteppich-Experte

in Verkauf u. Einkauf, sucht sich aus ungekündigt. Stellung zu verändern.
Zuschr. erbeten unter U 13383 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

30, Examen gut, seit 18 Mon. im Versich.-Außendienst, sucht verantwortungsv. Aufgaben im Marketing-Controlling.
Ang. unt. W 12 769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbau-Techniker

36 J., sucht neuen Wirkungskreis. 15 J. Berufserfahrung in Konstr. von LKW-Aufbauten, Aggregaten, Sondermasch., Rührwerken, Behältern u. Filtration von Hydr. Komponenten.
Zuschriften erbeten unter M 13 003 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Betriebswirt

32 J., mehrj. Erfahrung als Ass. d. Verkaufslt., Absatzkanal SB-Handel, Heimwerkermärkte, Versandhandel, jetzt Vertriebsleiter in mittelst. Unternehmen, möchte sich nach Süddeutschland verändern und sucht neue Herausforderung ab 1. 4./1. 7. 85.
Ang. unt. X 12 770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versierter Wirtschaftsjurist

38 J., 4 J. Rechtsanwalt, knapp 3 J. Industrie, sucht neue, anspruchsvolle Tätigkeit.
Angeb. erb. u. G 12 779 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Unternehmen

im Markenartikelbereich sucht versierte Außendienstmitarbeiterin?
Gebiet FL, SL + NF.
Rosemarie Vogel
Tel. 04 61 / 3 61 21

Geschäftsführer, Dipl.-Kaufm.

40 J., techn. Großh., Sanierungserfahrung, ungek. Position, engl./franz., sucht anspruchsvolle Aufgabe (möglichst NRW, nicht Bedingung).
Zuschr. u. G 12801 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

unternehmerisch ausgerichtet, mit besten Kontakten zum Caravan- u. Reisemobilhandel u. Hersteller, sucht zum 1. Juli 85 oder später neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis, z. Z. in ungekündiger Stellung, als Leiter einer Handelsgesellschaft im obengenannten Bereich tätig.
Zuschriften erbeten unter T 13382 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER AUF ZEIT

Betriebswirt, 41 Jahre

frei für

- Sanierungen
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen

**Unternehmensberatung
Hermann-W. Jacobs
Kirchseelter Straße 4
2805 Stuhr 5
Telefon 0 42 06 / 70 79**

Dipl.-Kfm.

31 J., unabhängig, flexibel, gt. Englischk., bisher 1¼ J. Berufserfahr. in WP/Stb-Gesellschaft, sucht entwicklungsfähige Stelle im Stabsbereich m. breitem Aufgabenfeld zur Unterstützung/Assistenz der Geschäftsführung, auch Auslandstätigkeit.
Angeb. erb. u. H 12 780 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandserfahrener Maschinenschlosser

35 J., fließend Engl., Grundkenntn. in Spanisch, z. Z. Monteur (Maschinenbau, Neueinrichtung u. Reparatur) Schweißkenntnisse, sucht Dauertätigkeit in Südamerika, Afrika oder Asien.
Zuschriften erb. unt. L 13 046 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsprofi

38 J., m. nachweisb. Erfolgen in der Unterhaltungselektronik. Jetzige Stellung Verkaufsleiter, ungekündigt, sucht neue leitende Stellung in einem Top-Unternehmen. Bevorzugt NRW. Keine Versicherungen.
Zuschr. erb. u. G 13 043 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Sekretärin

29 Jahre, vielseitig, Engl., Spanisch, etwas Fanz., sucht wegen Ortswechsel Tätigkeit in Hamburg, nach Mögl. 6 Std. tägl.
Zuschr. erb. unter W 13385 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verfahrens-Ing.

(mit Schlosserlehre), 31 J., 5 J. Berufserf., davon 3 J. im Ausland, Spezialkenntnisse: regenerative Energien, Sprachen: Englisch u. Arabisch, sucht neuen Wirkungskreis im norddeutschen Raum.
Angeb. u. N 13 004 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

Bauingenieur

29 J., Fachhochschulstudium, Vertiefung Wasserbau, z. Z. tätig in kl. Unternehmen des Spezial-Wasserbaus, Erfahrung in Baustellenabwicklung u. -Betreuung, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe als Bauleiter, auch Ausland.
Zuschr. unt. E 12 887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Zentral-Einkäufer

Food, 17 J. in namhaftem deutschen Lebensmitteluntern. m. versch. Warengruppen erfolgr. tätig, sucht neuen Wirkungskreis (Konferenzerfahrung).
Zuschr. erb. u. M 13 047 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

2 praxiserfahrene Maurermeister

suchen neues Betätigungsfeld im Hoch- u. Industriebaubereich.
POHL, Nonnenerlen 11, 4350 Recklinghausen, Tel. 0 23 61 / 7 13 17

Führungskraft (Vertrieb)

sucht neue Aufgabe in den **USA**.
Angebote u. S 12765 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Filial-Revisor

● Inventurdifferenzen ● Kosten ● Personal ● Organisation ● langjährige Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erbeten unter L 13 002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Maschinenbau (TH)

48 J., 15 Jahre in techn.-betriebswirtschaftl. Führung, z. Z. techn. Leitung im Masch.- u. Anlagenbau mit Akquisition sucht leitende Position im Raum Düsseldorf. Leitung einer Niederlassung/Filiale/Büro, techn. Akquisition u. Beratung.
Angeb. erbeten unter V 12 790 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe in EDV / Controlling / Beratung

- Biete langj. Erfahrung bei der Konzeption und pragmatischen Realisierung von EDV-gestützten Planungs- und Controlling-Systemen.
- Bin 43 J. alt, Dipl.-Kaufmann, seit 78 EDV-Leiter in mittlerem Industriebetrieb mit mehreren In- und ausländ. Tochterunternehmen. Frei frühestens ab 1. 7. 85, Raum Hamburg bevorzugt.

Angebote erbeten u. T 12788 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gebietsrepräsentant

eines bedeutenden Baumaterial-Herstellers, 44 Jahre, besonders beweglich und belastbar, sucht nach einer neuen, herausfordernden Aufgabe.
Zuschr. erbeten unter V 13 384 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (Ihd.-Management)

mit den allerersten Verbindungen in

OST – WEST – 3. WELT arbeitet für die erfahrene Firma im *Großanlagenbau* (Asien und Europa) und der
Arbeitsplatz ist in: **MOSKAU**

Angeb. erb. unt. A 13 389 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ARCHITEKT DIPL.-ING. (FH)

langjähr. Erfahrung in Entwurf und Ausführungsplanung, Objektsanierung, Bauüberwachung, sucht neuen Wirkungskreis, Raum NRW, auch freie Mitarbeit.
Zuschriften unter D 13 282 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiter (Dipl.-Ing. FH), 42 Jahre

seit über 10 Jahren in einem namhaften Straßen- und Tiefbauunternehmen tätig, Erfahrungen in Akquisition, Kalkulation, Bauleitung und Abrechnung, sucht größeren, selbständigen Verantwortungsbereich, evtl. auch in verwandten Branchen, möglichst im norddeutschen Raum. Angeb. erb. u. T 13 514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welche Firma bietet älterem **techn. Angestellten** (Freizeitmodellbauer in Gartenkunst und hist. Stadtarchitektur) umfassende Unterstützung und **feste Mitarbeit** bei der Herstellung einer **Präzisionskleinsäge/Fräse** an?
Zuschriften (gern auch von Kleinunternehmen) erbeten unter S 13 337 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

50 Jahre, Erfahrungen im Ein- u. Verkauf, Werbung, Personal, langj. GF-Tätigkeit im Freizeitbereich u. Vereinssport (BL), sucht per 1. 7. neuen Wirkungskreis oder tätige Beteiligung.
Angeb. erb. u. U 13 009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERKAUFSLEITER einer Ladenkette

40 J., Umsatzverantwort. 45 Mio., in ungekündigt. Stellung, beste Erfolgsnachweise, sucht verantwortungsv. Position.
Angeb. unt. D 12 776 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dr. rer. pol.

Geschäftsführer, Vorstand, Unternehmer im Bereich Wohnungsbau, Grundstücksgesellschaft, Kapitalanlagen, Projektierung, Vertrieb, Abwicklung von großen Bauvorhaben bis zu 100 Mio. DM Jahresvolumen, besondere Kenntnisse im Bereich Modellkonzeption (Bauherren-, Bauträger- u. Beteiligungssysteme) sowie Baureifmachung großer Grundstücksareale, sucht leitende Tätigkeit (auch als Berater) im Bereich Grundstücksakquisition, Projektvorbereitung, Konzeption, Vertrieb, möglichst mit interessanter Erfolgsbeteiligung, bevorzugt im Rheinland.
Angeb. u. P 13005 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Abteilungsleiter (Prokurist)

41 J., im Groß- u. Einzelhandel f. Elektrogeräte, Werkzeuge, Pumpen u. Gartengeräte tätig, sucht z. 1. 7. neuen verantwortungsv. Wirkungskreis in Dauerstellung. Raum Schleswig-Holstein, Lübeck o. Hamburg bevorzugt. Auch Vertretung m. Auslieferungslager angenehm.
Angeb. u. F 12778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GESUCHT

AUSBILDUNGSSTELLE ZUM

Datenverarbeitungs-Kaufmann

Student, 10 Semester E-Technik/BWL (TH). Durch vielseitige Grundkenntnisse und praktische Erfahrungen im technischen und kaufmännischen Bereich auch an anderen Ausbildungsberufen der EDV interessiert.
Ang. u. S 13 029 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ass. d. Geschäftsf. GH/EH

Dipl.-Kfm M. A., 41 J., mehrjährige erfolgreiche Berufserfahrung im Elektro- u. Elektroniksektor mit bisherigen Schwerpunkten Vertrieb, Marketing, Außenhandel sucht nicht branchengeb., interessanten neuen Wirkungskreis auch in Industrie od. Dienstleistungsbereich. Sprachkenntnisse: Engl., Span., Ital., Portug.
Angeb. erb. unt. Z 13 014 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Einkauf/Materialwirtschaft

ungekündigt, 46 J., verh., langjährige Erfahrung in leitender Stellung im industriellen Einkauf, Engl., EDV, sucht neue verantwortungsvolle Position zum 1. 7. oder später. Möglichst Großraum Hamburg.
Angeb. erb. unt. B 13 016 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kreml: Kein Treffen mit Tschernenko

● Fortsetzung von Seite 1

der beiden Regierungschefs fiel Beobachtern auf, daß Papandreous Beurteilung des gespannten griechisch-türkischen Verhältnisses nicht im Wortlaut wiedergegeben wurde. Handlungen der Türkei zwängen Griechenland, die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, wurde Papandreou zitiert.

Im Mittelpunkt der gestrigen zweiten Begegnung mit Tichonow standen Wirtschaftsgespräche über langfristige Abkommen auf wirtschaftlichem, industriellem und wissenschaftlichem Sektor, über die sich beide Seiten, so die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, befriedigt geäußert hätten. Im Anschluß daran erfolgte die Unterzeichnung von mehreren bilateralen Abkommen, so über die Schiffahrt, dessen Details bereits im Januar vom sowjetischen Schiffahrtminister Gutschenko in Athen ausgehandelt worden waren.

Wie Tass weiter meldete, haben die Sowjetunion und Griechenland dabei auch die Wiederaufnahme ihrer Verhandlungen über den gemeinsamen Bau einer Erdgasleitung vereinbart. Über diese Pipelines will die UdSSR nach eigenen Angaben Griechenland später jährlich mit bis zu vier Milliarden Kubikmeter Erdgas beliefern.

Als wichtigstes Geschäft zwischen Moskau und Athen konnte der vereinbarte Großbau eines Aluminiumwerks abgeschlossen werden. Die Gesamtinvestition von 450 Millionen Dollar sollen von den Sowjets finanziert werden. Gemeinsam mit Bulgarien hat sich die UdSSR dabei verpflichtet, jährlich rund 400 000 Tonerde von Griechenland abzunehmen.

Papandreou sprach auch sozialpolitische Belange zwischen Griechenland und der UdSSR an. Dabei ging es um die Ansprüche von mehreren 10 000 Griechen, die während des griechischen Bürgerkrieges 1949 in die Sowjetunion geflüchtet waren.

Auf dem Programm Papandreous, den die Kreml-Führung mit einem besonderen Kulturprogramm im Bolschoi-Theater hofierte, steht heute eine Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko. Danach fliegt der griechische Ministerpräsident weiter nach Leningrad.

„Schießbefehl: Todesurteil ohne Gerichtsverfahren"

Menschenrechte nicht hinter verschlossener Tür behandeln

WERNER KAHL, Mainz

Zu Beginn der diesjährigen Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sprach auf Einladung der deutsch-amerikanischen Juristenvereinigung in Mainz Alfred M. de Zayas, Mitarbeiter im Genfer Menschenrechtszentrum, über die Prozedur von Beschwerden. De Zayas, mehrsprachiger Amerikaner aus Harvard mit akzentfreiem Deutsch, blieb realistisch. „Wir können nur das tun, was die Mitgliedstaaten uns erlauben." So war der Menschenrechtler bemüht, brisante Themen wie die ständigen Menschenrechtsverletzungen in Mitteldeutschland und an der innerdeutschen Demarkationslinie nicht beim Namen zu nennen, und mußte sich vorhalten lassen, daß die Menschenrechtskommission gewöhnlich hinter verschlossenen Türen tagt. Das Plenum der 43 Mitgliedstaaten wird häufig zu einem Forum, in dem sich Staaten verschiedenster Provenienz gegenseitig Nichtachtung von Menschenrechten vorwerfen. Um der Arbeit der zuständigen Gremien (Menschenrechtszentrum, Menschenrechtsausschuß und Menschenrechtskommission) gerecht zu werden, muß allerdings der enge Rahmen berücksichtigt werden, in dem sie handeln dürfen.

Die Aufgabe, jährlich bis zu etwa 30 000 Beschwerden aus aller Welt entgegenzunehmen, zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen, ist jedoch nach wie vor ein eher theoretischer Anspruch. In der Praxis gibt es weder Verfahrensregeln für die Überprüfung von Verletzungen individueller Menschenrechte, noch kann eine solche Prüfung ohne Zustimmung des beschuldigten Staates an Ort und Stelle vorgenommen werden.

Bonn bleibt schweigsam

Die Prozedur der Beschwerden müsse, um die individuellen Rechte stärker durchzusetzen, weithin bekanntgemacht werden, betonte de Zayas. Gegenwärtig gibt es 159 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Die Verwirklichung der Rechte des Menschen hängt nach den Worten des UNO-Beamten von der Kooperation der Staaten ab, und diese wiederum sei von der Bereitschaft der Bürger abhängig, in ihrem Land Verbesserungen beharrlich und mit Überzeugung durchzusetzen.

In der Diskussion zitierte der frühere Bonner Staatssekretär Wetzel Äußerungen aus einer öffentlichen Sitzung der Menschenrechtskommission im vergangenen Jahr in Genf zu deutschen Problemen. Bonn zieht es am Genfer UNO-Sitz vor, seinen Delegationschef zu Vorgängen in Mitteldeutschland und an der Grenze schweigen zu lassen.

„Nebelwerfer" eingesetzt

Diese Praxis übernahm die Regierungskoalition von ihren Vorgängern. Wetzel war in der öffentlichen Sitzung dabei, als die „DDR" 1984 in ihrem Bericht über die Situation der Menschenrechte in ihrem Bereich behauptete, es gebe weder politische Gefangene noch eine Zensur. Anstelle von Bonn meldete sich schließlich der britische Delegierte Sir Vincenz Evans zu Wort. Der Brite äußerte sich zu der Ostberliner Erklärung, in der „DDR" sei die Todesstrafe seit 1976 nicht mehr vollstreckt worden. Daraufhin verwies Evans laut Wetzel auf den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze. Dort werde das Todesurteil immer noch an Menschen, die von einem Teil Deutschlands in den anderen wollten, vollstreckt, und zwar ohne Gerichtsurteil.

Für Bonn können in Menschenrechtsgremien durchaus befreundete Staaten sprechen, wenn das kommunistische Regime seine „Nebelwerfer" einsetzt und mit dem Verlesen von Statistiken, Erklärungen zum Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und der umständlichen Beschreibung der Richterausbildung, wie 1984 in der Menschenrechtskommission geschehen, Fragen auszuweichen versucht. Die kanadische Delegierte Cote Harper bestand darauf, daß offene Fragen von der Ostberliner Regierung nachträglich beantwortet werden.

Der Vertreter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Gnauck, richtete an den Referenten den Wunsch, daß Beschwerden von Deutschen aus der „DDR", die seit Jahren von ihrer Regierung Freizügigkeit und schließlich die Ausreise fordern, bei der UNO nicht weiterhin hinter verschlossenen Türen behandelt werden.

Höhere Beiträge bei Renten über 1986 hinaus?

pje. Bonn

Die zunächst bis 1986 befristete Beitragsanhebung in der gesetzlichen Rentenversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent des Brutto-Arbeitsentgelts bei gleichzeitiger Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent soll möglicherweise über diese Frist hinaus verlängert werden. Das erfuhr die WELT aus Regierungskreisen. Ziel der Maßnahme, die nach Einschätzung aus Unionskreisen auf heftigen Widerstand der FDP treffen dürfte, ist der Aufbau der Schwankungsreserve (Vermögensreserve) der Rentenversicherer, um diese arbeitsmarktunabhängiger zu machen und ein Polster zu schaffen. Die Beitragsanhebung soll 1986 rund 3,9 Milliarden Mark in die Rentenkassen bringen. Die Anhebung war auf Wunsch der FDP befristet worden.

Springer-Enkel: Neue Festnahmen

AP, München

Zwei weitere Personen sind gestern im Zusammenhang mit der Entführung von Axel Sven Springer festgenommen worden. Nach Angaben der Münchner Polizei nahmen Beamte einen 19jährigen Lehrling fest. Zur gleichen Zeit habe die Polizei in Berlin eine 21jährige Griechin festgenommen. Sie sei nach Auskunft eines Polizeisprechers die Freundin des am vergangenen Freitag in München verhafteten 22jährigen Abiturienten. Über die „Tatbeiträge" der beiden Festgenommenen könnten noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Noch kein Nachfolger für Leopard-Panzer

AP, München

Die Entwicklungsarbeiten an einem neuen Kampfpanzer, der die Nachfolge des „Leopard 1" und „Leopard 2" antreten soll, sind bei Krauss Maffei in München ausgesetzt worden. Nach Angaben eines Firmensprechers wolle man erst abwarten, „wie die Anforderungen zum Ende des Jahrhunderts aussehen".

EG-Erweiterung bedroht Israels Agrarexporte

Staatspräsident Herzog mahnt Europäisches Parlament

dpa/AFP, Straßburg

Der israelische Präsident Chaim Herzog hat gestern als erster israelischer Staatschef vor dem Europäischen Parlament in Straßburg gesprochen und die israelische Politik des Friedens, des Dialogs und des Kompromisses verteidigt.

Eindringlich beschwor Präsident Herzog die Europäische Gemeinschaft, bei der Erweiterung der EG um Spanien und Portugal die Bedeutung der israelischen Agrarausfuhren in die Gemeinschaft nicht zu vergessen. „Die Verhandlungen mit Spanien und Portugal, sofern keine Korrekturmaßnahmen mit meinem Land vereinbart werden, bedrohen nicht nur unsere Agrarexporte in die Länder Europas, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Basis des für Israel lebenswichtigen Landwirtschaftsbereichs." Herzog erklärte weiter: „Ich bin überzeugt, daß die bisherigen Handelsstrukturen weiterhin garantiert werden müssen. Ich appelliere an Sie, nicht die Augen vor einem Problem zu verschließen, das, wenn es nicht angegangen wird, zu einer Tragödie werden könnte."

Herzog unterstrich, daß der israelische Truppenrückzug aus Südlibanon wie angekündigt fortgesetzt und die israelische Armee in wenigen Tagen ihre erste Rückzugslinie erreichen werde. Der Staatspräsident verteidigte die Abkommen von Camp David und warf Ägypten vor, mit seiner Forderung nach einer Gesprächsteilnahme Jordaniens und der PLO die Fortsetzung der Friedensbemühungen zu blockieren.

Herzog forderte die Sowjetunion auf, den sowjetischen Juden volle Bürgerrechte einzuräumen und ihnen die Ausreise nach Israel „zu ihren Brüdern und Schwestern" zu ermöglichen.

Der Besuch des israelischen Präsidenten hatte noch vor seiner Ankunft zu politischen Diskussionen am Rande der Parlamentssitzung geführt. Die sozialistische Fraktion forderte Parlamentspräsident Pierre Pflimlin auf, demnächst auch einen hochrangigen PLO-Vertreter einzuladen. Der von der Regenbogenfraktion der Umweltschützer eingeladene Pariser PLO-Vertreter, Ibrahim Souss, hatte seinen Besuch abgesagt, nachdem Pflimlin ihn nicht am gleichen Tag wie Herzog empfangen wollte.

FDP: Keine Kritik an Bangemann

DW. Bonn

Als „Querschläger" und „Zweckmeldungen" werden aus Kreisen der FDP Berichte bezeichnet, wonach auf der FDP-Präsidiumssitzung Anfang der Woche Kritik an Wirtschaftsminister Bangemann und Fraktionschef Mischnik wegen ihrer kampflosen Unterstützung des Koalitionskompromisses in der Rentenfrage lautgeworden sei. Unterschiedliche Auffassungen zum Rentenkompromiß, so hieß es gestern in Bonn, habe es zwar in der FDP-Fraktion gegeben, jedoch sei Bangemann nicht in der berichteten Art „angegangen" worden. Der Rentenkompromiß der Koalition gilt seitens der FDP als nicht gefährdet. Meinungsverschiedenheiten gebe es jedoch in der Koalition über den unlängst erzielten Kompromiß in der Rechtspolitik. An der Einigungsformel, die in der CDU/CSU umstritten ist, will die FDP festhalten.

Weitere Akten für Flick-Ausschuß

twk, Bonn

Der Flick-Ausschuß hat gestern gegen die Stimmen der Regierungskoalition beschlossen, zunächst 58 der rund 150 noch beim Bonner Landgericht lagernden Akten des Flick-Konzerns zur Beweiserhebung durch je einen Vertreter der vier Parteien einsehen zu lassen. Der Ausschußvorsitzende Manfred Langner (CDU) gab bekannt, die angeforderten Akten seien solche mit „besonderer politischer Nähe", unter ihnen Aufzeichnungen des „Bonner Büros" von Flick und die Ordner „Politiker A-L" und „M-Z". Die SPD hält nach den Worten ihres Obmanns Peter Struck den Beweisantrag über sämtliche 150 Ordner aufrecht. Sie habe auf den Restbestand, darunter zehn Akten „Notizen Flick", nur vorläufig zum Schutz dort genannter Personen ohne Beziehung zum Aufgabengebiet des Ausschusses verzichtet.

Erziehungsgeld: „Durchbruch in Familienpolitik"

PETER JENTSCH, Bonn

Als einen „Durchbruch in der Familienpolitik" bezeichnete Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) gestern bei der Vorlage des Referentenentwurfs das für 1986 geplante Erziehungsgeldgesetz. Neben einer Zahlung von 600 Mark zunächst zehn Monate lang für jedes Kind vom 1. Januar 1986 an, sieht das Gesetz eine uneingeschränkte Arbeitsplatzgarantie vor.

Das Erziehungsgeld, das von 1988 an auf das volle erste Lebensjahr des Kindes ausgedehnt werden und das bisherige Mutterschaftsurlaubsgeld ersetzen soll, erhalten alle Mütter oder Väter, die ihr Kind selbst erziehen, und zwar unabhängig davon, ob sie vorher berufstätig waren oder nicht. Das gilt auch für Adoptiv- oder Stiefkinder.

Der Gesetzentwurf sieht für die ersten sechs Monate eine einkommensunabhängige Zahlung des Erziehungsgeldes vor. Danach gilt eine gleitende Einkommensgrenze, für die das Nettoeinkommen maßgeblich ist. Die Grenze liegt bei einem Ehepaar mit einem Kind bei 29 400 Mark, bei Alleinerziehenden bei 23 700 Mark. Die Einkommensgrenze erhöht sich mit jedem weiteren Kind um 4200 Mark. Die gleitende Einkommensgrenze sieht vor, daß sich je 100 Mark Nettoeinkommen über der Grenze das Erziehungsgeld um 40 Mark vermindert. Damit läuft das Erziehungsgeld für ein Ehepaar mit einem Kind bei einem Nettoeinkommen von 45 900 Mark aus.

Vor der Geburt eines Kindes Beschäftigte haben Anspruch auf Erziehungsurlaub für die Dauer der Zahlung des Erziehungsgeldes. Dieser Urlaub ist mit einer uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie verbunden.

Sozialleistungen wie etwa Sozialhilfe werden auf das Erziehungsgeld nicht angerechnet. Für die Dauer des Erziehungsurlaubs ist eine beitragsfreie Kranken- und Arbeitslosenversicherung gewährleistet. Schließlich wird das Erziehungsjahr auch in der Rentenversicherung angerechnet.

Geißler bezifferte die Kosten des Erziehungsgeldes mit 1,5 Milliarden Mark 1986 bis knapp drei Milliarden 1989. Er plädierte zugleich für eine stufenweise Verlängerung bis zum zweiten Lebensjahr eines Kindes.

Frust im Ministerrat

Ha. – Die Teilnahme an Ratssitzungen der EG gehört zu den weniger angenehmen Obliegenheiten europäischer Minister. Besonders auf die Probe gestellt wird die Geduld der Politiker immer wieder in den „technischen" Fachräten. Auch in dieser Woche quälten sich die Beratungen des für Fragen des europäischen Binnenmarktes geschaffenen Spezialrates durch eine umfangreiche Tagesordnung. Nicht eine einzige Entscheidung konnte getroffen werden. Das muß selbst bei Teilnehmern, die an Mißerfolge gewöhnt sind, ein Gefühl von Frustration hinterlassen haben.

Alle Regierungen treten in der EG dafür ein, die Bemühungen um die Abschaffung der Hindernisse bei der Freizügigkeit von Waren, Kapital und Dienstleistungen zu verstärken. Schwierig wird es immer, wenn es um konkrete Einzelprobleme geht. So gehören die Niederlassungsfreiheit für Apotheker und Architekten, die Haustürgeschäfte, die Freigrenzen für den privaten Reisevekehr inzwischen ebenso zu den „Evergreens" Brüsseler Ratssitzungen wie die Angleichung der technischen Normen oder die Produktenhaftung. Freude an diesen Themen hat niemand.

Die Spezialräte sind einmal geschaffen worden, um die Außenminister von der Diskussion komplizierter Fachprobleme zu entlasten, zumal die Gefahr bestand, daß sie ohnehin nur die von Beamten verfaßten Sprechzettel vorlesen würden. Ohne die Bereitschaft zum Kompromiß kommen jedoch auch die Fachminister nicht weiter. Sie sollten entweder ein Paket schnüren oder die Dossiers in den Expertenausschüssen belassen.

Fortbildung

Wb. – Dem deutschen Unterhaltungselektronik-Fachhandel wird gelegentlich ein allzu großes Beharrungsvermögen nachgesagt. In technischer Hinsicht scheint dieses Urteil nicht zuzutreffen. Eine Umfrage ergab jetzt, daß ein enormes Interesse an Fortbildungsveranstaltungen der Branche besteht. Die 1250 Kurse, die 1984 von den deutschen Herstellern Brauner Ware angeboten wurden, kamen insgesamt auf 23 000 Teilnehmer. Bei einem Bestand von etwa 12 000 Fachhändlern in der Bundesrepublik ergibt sich (rein rechnerisch), daß jeder Betrieb zwei Mitarbeiter zu den Kursen geschickt hat. Solche Veranstaltungen geben ihren Absolventen zwar einiges an technischem Allgemeinwissen mit auf den Weg, sind aber letztlich auf das Sortiment des jeweiligen Anbieters ausgerichtet. Wer sich also ausschließlich auf ein oder zwei solcher Marken-Seminare verläßt, begibt sich auch mit seinem Know-how in die Abhängigkeit weniger Lieferanten. Interessant wäre also auch, in welchem Maß herstellerunabhängige Fortbildung genutzt wird.

Am längeren Hebel

Von HEINZ HECK

In der Steuerreformdiskussion wurde vorigen Freitag im Bundesrat die zweite Runde eingeläutet. Als Ergebnis der ersten bleibt festzuhalten: Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat mit Politikern aus Bund und Ländern inzwischen eine breite Mehrheit für sein Konzept des Familienlastenausgleichs und des Abbaus der Grenzbelastung als Einstieg zu einem durchgehend progressiven Steuertarif gefunden.

Damit scheint die für 1986/88 geplante Reform in beiden Häusern politisch abgesichert; im Bundesrat haben dies gerade die Reden von Ministerpräsident Ernst Albrecht, Niedersachsen und Finanzminister Max Streibl, Bayern deutlich gemacht. Beide vertraten zu Beginn der Diskussion deutlich andere konzeptionelle Vorstellungen.

Nicht einig – kein Wunder – ist man sich über die Verteilung der Einnahmeverluste. *Stoltenberg sieht sich* einer geschlossenen Länderfront – auch kein Wunder – gegenüber. Finanzinteressen sind immer parteiübergreifend. Während Stoltenberg die Mindereinnahmen nach dem Verteilungsschlüssel des Lohn- und Einkommensteueraufkommens verrechnen will, also 42,5 Prozent für den Bund und 57,5 Prozent für Länder und Gemeinden, zielen die Länder auf eine gleichgewichtige Verteilung. Ihre Begründung: Das gesamte Steueraufkommen des Bundes ist etwa so hoch wie das der Länder und Gemeinden.

Beide Argumente sind plausibel und vertretbar. Aber es geht nicht um die Qualität der Argumente, sondern um die Machtposition. Die Bundesregierung identifiziert sich stärker mit dem Gelingen der „größten Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik", wenngleich auch die unionsregierten Länder politisch von diesem Erfolg profitieren. Folglich wird dem Bund kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Forderung der Länder zu schlucken.

Bei einem 20-Milliarden-Paket in den Jahren 1986 und 1988 bedeutet dies für den Bund Einbußen von etwa 1,5 Milliarden Mark (rund 800 Millionen 1986 und 700 Millionen 1988). Dieses Geld ist jedoch gut „angelegt", besser jedenfalls als zum Beispiel die Einnahmeverluste aus der erhöhten Vorsteuerpauschale.

Im übrigen wäre diese Konzessionsbereitschaft des Bundes nicht ohne Chance zur Kompensation. Zum 1. Januar 1986 steht die Neuverteilung der Umsatzsteuereinnahmen auf Bund und Länder an. Während Stoltenberg in diese komplizierten Verhandlungen alle Elemente einschließlich der Auswirkungen der Steuerreform einbringen will, drängen die Länder auf eine gesonderte „Abrechnung" der Steuerreform.

Dieses Vorgehen erscheint sinnvoller, weil einfacher und daher weniger zeitraubend. Denn nach dem Willen aller Beteiligten soll das Steuerreformgesetz bis zur Sommerpause verabschiedet sein. Für die Neuverteilung der Umsatzsteuer kann man sich ein paar Monate mehr Zeit lassen und braucht sich nicht unnötig unter Zeitdruck zu setzen.

Bei diesen Verhandlungen werden auch die steuerreformbedingten *Einbußen eine Rolle spielen:* Es macht also schon einen Unterschied, ob der Bund zehn oder nur 8,5 Milliarden Mark übernimmt. Daneben werden aber Bundesbankgewinn, Förderzins (vor allem Niedersachsen) und alles zur Sprache kommen, was das Finanzgefüge beeinflußt. Mit schwierigen Verhandlungen ist zu rechnen. Derzeit kassiert der Bund 65,5 Prozent der Einnahmen von jährlich über 100 Milliarden Mark (netto aber nur 64 Prozent, da die finanzschwachen Länder 1,5 Prozent als Ergänzungszuweisungen erhalten).

Relativ unbeachtet, weil politisch unbeachtlich, ist die Position der vier SPD-regierten Länder. Für 1986 wollten sie gar keine Reform, einige nicht einmal für 1988. Da sie die Entwicklung nicht verhindern können, wollen sie sie nun zumindest beeinflussen und sind mit einem anderen Konzept gleichen Volumens auf den fahrenden Zug gesprungen, das indes kaum Realisierungschancen *hat.*

Auch das 20-Milliarden-Unternehmen ist nur ein – wenngleich wichtiger – Zwischenschritt auf dem Weg zu einer durchgreifenden Reform, die unter anderem auch die Spitzensteuersätze ins Visier nehmen muß. Die erste Etappe hätte mutiger und ehrgeiziger *ausfallen können. Doch der* Zwang zur Haushaltskonsolidierung hat Bund und Länder vor einem beherzteren Einschnitt zurückschrekcken lassen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Otto Wolff von Amerongen wieder DIHT-Präsident

FDP will Subventionen kürzen, um Steuersenkungen zu finanzieren

H. HECK/H.-J. MAHNKE, **Bonn**

„Wir müssen mit den Subventionen aufräumen. Dieses Gebiet ist bislang kein Ruhmesblatt für die Regierung", erklärte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Bonn. Mit dieser generellen Forderung stieß er auf Unterstützung bei dem gestern zum 16. Mal wiedergewählten DIHT-Präsidenten Otto Wolff von Amerongen. Der FDP-Steuerexperte Hans-H. Gattermann machte deutlich, daß vom Umfang des Subventionsabbaus das Tempo weiterer Steuererleichterungen abhänge.

Beim Subventionsabbau wird die Bundesregierung nach Ansicht Bangemanns nur vorankommen, wenn es ihr gelinge, den Wähler, die politischen Freunde, nicht zuletzt aber auch die Unternehmer zu überzeugen. Die Widerstände seien häufig das Ergebnis von Anspruchsdenken und Bequemlichkeit. „Die Schwierigkeiten für die Politiker sind deshalb so groß, weil die unmittelbare Wirkung bei den Betroffenen viel augenfälliger ist als bei den Begünstigten des Subventionsabbaus."

Bangemann äußerte Zweifel an der Rasenmäher-Methode beim Subventionsabbau, an der Kürzung aller Subventionen um einen bestimmten Prozentsatz, wie vom DIHT vorgeschlagen. Die Widerstände dagegen wären ähnlich wie bei der Kürzung einzelner Subventionen.

Wolff kritisierte, das Thema Subventionsabbau sei bislang zu sehr als das des Finanzministers behandelt worden. Es sei vielmehr vorrangig ein Thema der Ordnungs- und der Wirtschaftspolitik. Leider drücke sich die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht um eine klare Stellungnahme herum. Der Subventionsabbau werde als Daueraufgabe beschrieben. Wolff sagte, er habe die Erfahrung gemacht, „daß jedes konkrete Anliegen, das politisch als Daueraufgabe definiert wird, damit bereits auf Sankt-Nimmerlein verschoben ist".

Für die kommende Legislaturperiode hat der Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Gattermann, die Beseitigung der Gewerbesteuer, die Senkung des Körperschaftsteuersatzes „auf weit unter 50 Prozent" und einen weiteren Abbau der betrieblichen Vermögensteuer gefordert. Neben dieser Korrektur der Unternehmensbesteuerung ist für Gattermann eine weitere Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wichtig. Die vom Kabinett im Dezember verabschiedete Steuerreform bringe hier „eine wichtige Weichenstellung" in Richtung eines linearen Progressionstarifs. „Der lineare Progressionstarif wird aber keine *ausreichende Signalwirkung haben,* wenn der Spitzensteuersatz von 56 Prozent unverändert bleibt, selbst wenn er erst bei einem höheren Einkommen erreicht würde als zur Zeit", betonte Gattermann.

Die Finanzierungsquelle Nummer eins ist für ihn „ein massiver Subventionsabbau". Dabei bezifferte er die Summe aller Steuer- und Finanzhilfen für die kommende Legislaturperiode „auf eine Untergrenze von 100 Milliarden Mark". Schon mit Blick auf die Steuersenkungen zum Beispiel in Großbritannien und in den USA sei der Abbau der Steuerbelastung wettbewerbspolitisch geboten. Gattermann wandte sich gegen jede steuerliche Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns.

Einen verläßlichen Rahmen für kalkulierbare Investitionsentscheidungen erwarte die Wirtschaft, so Wolff, von der Umweltpolitik der Bundesregierung. Statt alle Anforderungen gleichzeitig zu verstärken, wie dies mit den laufenden Gesetzesnovellierungen beabsichtigt sei, müßten vielmehr Prioritäten gesetzt werden. Vor allem dürfe dem Investitionskalkül durch nachträgliche An*ordnungen nicht die Grundlage* entzogen werden.

Innenminister Friedrich Zimmermann sprach sich für eine stark marktwirtschaftlich orientierte Umweltschutzförderung aus. Vor allem sollten die Möglichkeiten für Sonderabschreibungen ausgeweitet werden. *Eine besondere mittelstandspolitische* Ausrichtung sei zu prüfen. Umweltpolitik könne aber nur bei internationalem Vorgehen wirksam sein.

EUROPÄISCHES WÄHRUNGSSYSTEM

Bonn gibt dem Ausbau des EWS vorerst keine Chance

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Weitreichende Pläne für einen Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) haben auf absehbare Zeit keine Chance. Dies hat ein informeller Gedankenaustausch der EG-Finanzminister ergeben. Dagegen ist die Diskussion über ein „Minipaket" zur Stärkung des Wechselkursverbundes wieder aufgelebt. Bonn ließ durchblicken, daß die Bundesbank unter bestimmten Voraussetzungen über eine Zulassung privater Ecu-Konten mit sich reden lassen würde.

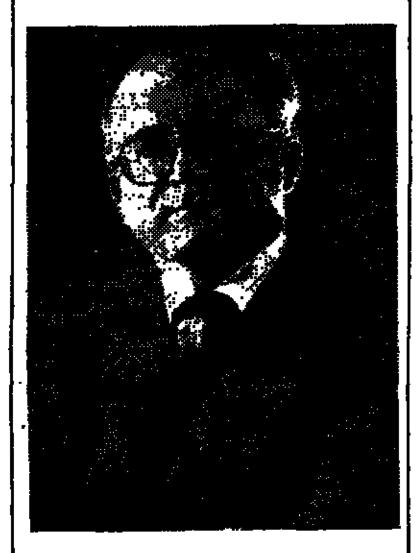
In dem Gespräch entwickelte EG-Präsident Jacques Delors erstmals seine Vorstellungen über eine Verbesserung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft, ohne allerdings bereits präzise Vorschläge zu unterbreiten. Bundesfinanzminister Gerhart Stoltenberg ließ keinen Zweifel daran, daß Pläne, die auf die Entwicklung der europäischen Währungseinheit zur Reservewährung oder die Schaffung einer europäischen Notenbank abzielen, vorerst nicht auf deutsche Zustimmung rechnen können.

Vor der Presse bemühte sich Stoltenberg, dem Eindruck entgegenzuwirken, daß Bonn dadurch Gefahr laufe, zum „Buhmann" der EG zu werden, wie es der frühere Kommissionspräsident Gaston Thorn (am 9. Februar in der WELT) befürchtet. Die Bundesregierung spiele in der Diskussion eine durchaus konstruktive Rolle, meinte Stoltenberg. Sie sei allerdings der Auffassung, daß einer Verlagerung der währungspolitischen Zuständigkeiten auf die EG „institutionell gesicherte Fortschritte" in der Konvergenz der Wirtschaftspolitiken vorausgehen müßten.

Es sei wenig sinnvoll, neue Schritte im monetären Bereich zu beschließen, solange vier Partnerländer (Frankreich, Italien, Irland und Griechenland) zum Teil erhebliche Beschränkungen des Kapitalverkehrs beibehalten, zwei Mitgliedsländer (Großbritannien und Griechenland) dem Wechselkursmechanismus noch nicht beigetreten sind und ein anderes Land (Italien) über größere zulässige Schwankungsbreiten für seine Währung verfügt. Zunächst einmal gelte es, die Hindernisse für den freien Kapitalverkehr abzubauen. Falls es auf diesem Gebiet Fortschritte gebe, werde wahrscheinlich auch die Bundesbank bereit sein, ihre Einstellung zur privaten Verwendung der Ecu „noch einmal zu überprüfen".

Auch die meisten übrigen Finanzminister äußerten sich eher abwartend. So schloß der britische Schatzkanzler Nigel Lawson die Teilnahme des Pfundes am Wechselkursmechanismus „kurzfristig" aus. Der italienische Finanzminister Giovanni Goria sagte, die Länder mit Kapitalbeschränkungen hätten zwar die Absicht, „voranzugehen", die Liberalisierung sei jedoch von der finanziellen Gesundung abhängig.

AUF EIN WORT



„Das Gesellschaftsspiel ist nicht sinnloser Zeitvertreib, obwohl es sehr wohl den Ernst vertreibt. Es ist Zeugnis der Zwecklosigkeit, nicht der Sinnlosigkeit. Es ist Demonstration der Freiheit und der Freude."

Erwin Glonnegger, Leiter des Marketing International der Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg FOTO: DIE WELT

Japan will Markt weiter öffnen

dpa/VWD, **Tokio**

Japan will seinen Markt für ausländische Produkte weiter öffnen. Diese Zusage machte der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone der Europäischen Gemeinschaft und den USA gestern bei getrennten Gesprächen mit dem US-Handelsbeauftragten William Brock und EG-Kommissar Willy de Clercq. Nach den Worten Brocks würde Tokio die Amerikaner zur Erhebung allgemeiner Schutzzölle zwingen, wenn sich die japanischen Maßnahmen als unzureichend erwiesen. De Clercq warnte die Regierung vor der Verharmlosung der Probleme mit der EG und verlangte, daß die für Ende März angekündigten neuen Importerleichterungen „geographisch fair" verteilt werden.

CREDITREFORM

Zahl der Schwindelfirmen hat stark zugenommen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Schätzungsweise 5000 Unternehmensgründungen oder fast die Hälfte mehr als im Vorjahr waren 1984 nach Ansicht der Neusser „Creditreform" unseriös. Die Wirtschaftsauskunftei, die als einzige Stelle derartige Untersuchungen bei Firmenzusammenbrüchen anstellt, schätzt den Gesamtschaden der Wirtschaft aus diesen 5000 Schwindelfirmen auf 1,5 Mrd. DM. Mit Abstand am zahlreichsten seien bei diesen unseriösen Gründungen die Branchen Baugewerbe und Handel vertreten.

Die starke Zunahme von Schwindelgründungen stammte laut Creditreform nicht zuletzt aus dem spürbaren Anstieg von Privatinsolvenzen. Immer mehr finanziell gescheiterte Privatpersonen suchten im „Sich-Selbständigmachen" einen Ausweg und gingen dabei finanzielle Verpflichtungen ein, deren Rückzahlung von vornherein nicht gewährleistet sei. Die Zunahme der Privatinsolvenzen zeige sich besonders stark auf dem Immobilienmarkt und hier mit Schwergewicht im Norden der Bundesrepublik.

Häufiger als noch vor wenigen Jahren trete nun auch ein „Pleitier" direkt oder indirekt als Neugründer in Erscheinung: Einst war es nur jeder fünfte gescheiterte Unternehmer, heute schon jeder dritte. In 42 Prozent aller Fälle seien unseriöse Gründungen aus noch jungen, zuvor zusammengebrochenen Unternehmen hervorgegangen. Beklagenswert am Boom mit Schwindelfirmen findet Creditreform auch, daß dies generell zu einer merklichen Verunsicherung von Geschäftspartnern junger (und seriöser) Unternehmen führe.

US-GELDMENGENPOLITIK

Ein weiterer Dollaranstieg soll vermieden werden

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In seiner zweitägigen Sitzung, die gestern in Washington begonnen hat, wird sich das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System gegen eine Liquiditätsverknappung entscheiden, die den jüngsten Zinsschub noch verstärken würde. Davon sind die Analysten in New York überzeugt. Für ein Festhalten am Status quo sprechen laut Alan Greenspan, wirtschaftspolitischer Chefberater in der Ford-Administration, drei wichtige Gründe: der überstarke Dollar, die unter Kontrolle gebrachte Inflation und die sich wieder verschlechternde Gesamtbeschäftigung.

Unter den sieben Gouverneuren des Board und den fünf Präsidenten der regionalen Notenbanken hat die Sorge über ein weiteres Hochschießen des Dollar jetzt einen höheren Stellenwert, als die in den letzten drei Monaten kräftig ausgeweitete Geldmenge. Da mit einem erneuten Aufflackern der Teuerung nicht zu rechnen sei, bevorzuge die Mehrheit ein graduelles Herunterfahren des Dollarkurses, um die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exportindustrie zu verbessern, heißt es. Jedes Anziehen der kurzfristigen Zinsen würde das Gegenteil bewirken.

Die Beschlüsse des Offen-Markt-Komitees wird „Fed"-Chef Paul Volcker dem Bankenausschuß des Senats am 19. Februar mitteilen. Wenn die Auguren recht behalten, bleiben alle im Juli beschlossenen Geldmengenziele – M1: vier bis sieben; M2: sechs bis 8,5; M3: sechs bis neun Prozent – intakt. Als problematisch wird in Washington die Kreditverteuerung in Europa angesehen, da sie den Kapitalexport in die USA bremst und auf diese Weise die amerikanischen Zinsen in die Höhe treiben könnte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Iran beklagt Handelsdefizit mit der Bundesrepublik

Bonn (Mk.) – Auf höhere deutsche Bezüge aus seinem Land hat gestern der stellvertretende iranische Minister für Wirtschaft und Finanzen, Mohammad Nassar Sherafat, in seinen Gesprächen im Wirtschaftsministerium gedrungen. Wegen der hohen deutschen Überschüsse, die 1983 auf 6,1 Mrd. DM gestiegen waren, schränkte der Iran im vergangenen Jahr seine Bezüge aus der Bundesrepublik um 16,2 Prozent auf 6,5 Mrd. DM ein. Da gleichzeitig die iranischen Lieferungen um 17,6 Prozent auf 1,8 Mrd. DM stiegen, ging der Aktivsaldo auf 4,6 Mrd. zurück. 78 Prozent der iranischen Lieferungen bestehen aus Rohöl.

Neuer Insolvenz-Rekord

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der außerordentlich große Anstieg von Unternehmenszusammenbrüchen im Baugewerbe hat 1984 zu einem neuen Insolvenz-Rekord geführt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Zahl der Bauunternehmen, die im vergangenen Jahr Konkurs oder Vergleich anmelden mußten, um zwölf Prozent zugenommen. Die Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen ist damit um 1,5 Prozent auf 12 018 (Vorjahr: 11 845) Fälle gestiegen. Ohne das Baugewerbe ist dagegen die Zahl der Firmenpleiten um 1,5 Prozent zurückgegangen.

Dollar klettert weiter

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar kletterte gestern weiter. Der amtliche Mittelkurs des US-Dollar wurde in Frankfurt mit 3,2782 DM nach 3,2573 DM am Montag festgestellt. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zum Marktausgleich 25,8 Mill. Dollar.

Stromverbrauch gestiegen

Frankfurt (dpa/vwd) – Der gesamte Stromverbrauch in der Bundesrepublik stieg 1984 um rund vier Prozent auf rund 374 Mrd. Kilowattstunden. Etwa 90 Prozent des Verbrauchs wurden durch die rund 1000 Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung gedeckt, rund zehn Prozent durch die Kraftwerke von Industrie, Bergbau und Bundesbahn. Diese Zahlen gab die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, bekannt.

Liquidität für Banken

Frankfurt (dpa/vwd) – Die Deutsche Bundesbank bietet den Banken ein Wertpapierpensionsgeschäft als Mengentender mit einem einheitlichen Zinssatz von 5,7 Prozent. Die Laufzeit beträgt 32 Tage und geht vom 14. Februar bis 18. März. Gebotsfrist und Zuteilungsfrist ist jeweils *der 13. Februar.*

Höhere Rechnung

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik hat 1984 ihre Erdgasimporte zwar kaum gesteigert, aber deutlich mehr dafür bezahlen müssen. Nach Angaben des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, sind die deutschen Erdgasimporte gegenüber 1983 um 1,5 Prozent auf 37,4 Mrd. cbm gestiegen.

Mehr Kranke

Bonn (pje.) – Der Krankenstand in der chemischen Industrie ist seit 1979 erstmals wieder angestiegen. Nach Darstellung der Betriebskrankenkassen der Branche lag die Quote, gemessen an der Zahl der Pflichtmitglieder der Kassen, 1984 bei 5,37 Prozent gegenüber 5,28 Prozent 1983. Im Jahre 1979 hatte die Quote noch bei 7,18 Prozent gelegen. Der bisherige *„Rekordkrankenstand" wurde mit* 7,27 Prozent im konjunkturellen Spitzenjahr 1973 erreicht.

Kein Auskunftsanspruch

Karlsruhe (dpa/VWD) – Kreditvermittler sind rechtlich nicht mit Kreditinstituten gleichzusetzen. Sie haben daher auch keinen Anspruch auf Aufnahme in den Schufa-Auskunftsdienst zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit. Nach einem am Montag vom Kartellsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes veröffentlichten Urteil gewähren Kreditvermittler – anders als Kreditinstitute – aus ihrem Vermögen keine Darlehen und tragen daher auch nicht das damit verbundene Risiko der Abwicklung und Rückzahlung (AZ.: KZR 20/83).

ITALIEN / Der Energieplan muß revidiert werden

Verbrauch wächst langsamer

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Statt 165 Mill. Tonnen Erdöläquivalent, wie im staatlichen Energieplan des Jahres 1981 erwartet, wird Italien im Jahre 1985 nur 145 Mill. Tonnen Erdöläquivalent verbrauchen. Das sind zwei Millionen Tonnen weniger als der Energiekonsum des Jahres 1980. Das italienische Industrieministerium ist gegenwärtig dabei, einen neuen Energieplan aufzustellen, der den inzwischen durchgeführten Sparmaßnahmen und dem langsameren Wachstum der Wirtschaft Rechnung trägt. Für 1990 erwartet das Ministerium einen Konsum, der zwischen 146 und 160 Mill. *Tonnen Erdöläquivalent liegen dürfte.* Noch vor vier Jahren war für 1990 ein Jahresverbrauch von 185 Mill. Tonnen Erdöläquivalent gerechnet worden.

Der in Vorbereitung befindliche neue Energieplan ist darauf gerichtet, die Erdölabhängigkeit Italiens von jetzt 60 Prozent bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf unter 50 Prozent zu senken. Auch dann bleibt Italien allerdings das EG-Partnerland mit dem höchsten Erdölanteil am Energieverbrauch. Um das Ziel der verminderten Erdölabhängigkeit zu erreichen, sieht der Plan die Umstellung von jetzt mit Erdöl betriebenen Kraftwerken auf Kohle und den Bau neuer Kohlekraftwerke vor.

Auf Grund dieser Strukturumbauten und der weiter fortgesetzten Sparmaßnahmen in Industrie und Haushalten wird der Erdölverbrauch 1985 nur noch 90 Mill. Tonnen betragen und bis 1990 weiter auf 85 Mill. Tonnen zurückgehen. Demgegenüber hatte der Erdölverbrauch 1980 noch 99 Mill. Tonnen betragen, während der Energieplan des Jahres 1981 für 1985 und 1990 einen Konsum von 105 bzw. 95 Mill. Tonnen vorsah.

Mit der Umstellung von Erdöl auf Kohle ist die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL gegenüber den Investitionsplänen stark in Verzug. Große Hindernisse wurden und werden ENEL von den lokalen Verwaltungsdienststellen vor allem aus ökologischen Gründen in den Weg gelegt. Noch größeren zeitlichen Verzögerungen unterliegt das Atomkraft-Programm, obwohl in diesem Fall der Energieplan des Jahres 1981 bereits beträchtliche Abstriche an den Vorhaben der siebziger Jahre gemacht hatte. Eingehalten wurden bisher nur die Inbetriebnahme (1983) der Zentrale von Caorso südöstlich von Mailand. Dagegen erteilten die örtlichen Verwaltungsbehörden der Zentrale von Trino Vercellese (Region Piemont) erst vor wenigen Wochen grünes Licht mit fast anderthalbjähriger Verspätung gegenüber den Plänen.

Noch gar nicht festgelegt sind die Standorte der beiden Kohlekraftwerke in der Region Lombardei und in der Region Apulien, für die ebenfalls noch vor Ende 1984 der Abschluß der bürokratischen Vorbereitungen vorgesehen war. Das heißt, daß im Falle der Atomkraft der bisherige Anteil an der Stromproduktion von nicht ganz zwei Prozent noch bis weit in die neunziger Jahre hinein unverändert bleiben dürfte. Das erwartete Defizit in der Stromerzeugung will die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL in den nächsten Jahren durch vermehrte Stromeinfuhren aus Frankreich, der Schweiz, Österreich und Jugoslawien decken.

Im Gleichklang mit den ursprünglichen Plänen ist lediglich der Erdgasbereich. Die von dem Energieplan des Jahres 1981 vorgesehene Versorgungskapazität von 43 bis 45 Mrd. Kubikmeter für 1990 (gegenüber 28 Mrd. Kubikmeter im Jahre 1980) ist schon jetzt erreicht. Davon entfallen 14 Mrd. Kubikmeter auf die inländische Abgasförderung und der Rest auf die Lieferungen aus Holland, der Sowjetunion, Algerien und Libyen. Im Falle Libyen spielt die Jahreslieferung von *0,9 Milliarden Kubikmeter* allerdings nur eine marginale Rolle.

NAHER OSTEN / Deutscher Handel mit den arabischen Ländern weiter geschrumpft

Saudi-Arabien der wichtigste Kunde

KLAUS BERING, Bonn

Der Handel der Bundesrepublik mit den arabischen Ländern ist 1984 weiter geschrumpft, wenn auch nicht *so drastisch wie im Jahr zuvor.* Die deutschen Ausfuhren in die arabische Welt sanken um 8,7 Prozent auf 24,7 Mrd. DM, während die arabischen Lieferungen um 3,6 Prozent auf 18,9 Mrd. DM zurückgingen. Die deutschen Rohölbezüge aus diesen Ländern reduzierten sich von 26,7 auf 23,7 Mill. Tonnen und machten mit 35,5 Prozent nur noch ein gutes Drittel aller Ölimporte aus.

Dies geht aus den jüngsten Zahlen der Bundesämter für Statistik und gewerbliche Wirtschaft hervor. Trotz des Abwärtstrends – nach mehreren Boomjahren – blieben die arabischen Länder der wichtigste Exportmarkt der Bundesrepublik außerhalb der westlichen Industrienationen. Ihr Anteil an den deutschen Gesamteinfuhren betrug 1984 rund 3,6 Prozent, an den deutschen Gesamtausfuhren rund fünf Prozent.

Für den Rückgang gibt es nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann keine politischen, sondern allein ökonomische Ursachen: weltweite Rezession, Verlagerung der Ölbezüge, Sättigung der arabischen Märkte und zunehmende internationale Konkurrenz. Bangemann sieht eine „begründete Aussicht" für eine baldige Wiederbelebung des deutsch-arabischen Handels, wenn auch kurzfristig nicht mit deutlichen Zuwächsen zu rechnen sei.

Wichtigste arabische Käuferländer waren 1984 Saudi-Arabien mit Einfuhren in Höhe von 6,3 (1983: 7,6) Mrd. DM, Ägypten mit 3,2 (2,9) Mrd., Algerien mit 2,5 (2,5), Irak mit 2,5 (3,7), Libyen mit 2,3 (2,1) Kuwait mit 1,8 (1,8) und die Vereinigten Arabischen Emirate mit 1,2 (1,3) Mrd. DM.

Die bedeutendsten Lieferländer für die Bundesrepublik waren Libyen mit 6,2 (6,3) Mrd. DM, Saudi-Arabien mit 2,8 (4), Algerien mit 2,8 (3,2) Ägypten mit 1,4 (0,8), Irak mit 1,4 (1) und die Vereinigten Arabischen Emirate mit 0,8 (1,1) Mrd. DM.

Leicht zurückgegangen waren auch die deutschen Exporte in die nicht-arabischen Länder der Region. Die deutschen Ausfuhren nach Iran ermäßigten sich zwischen 1983 und 1984 von 7,7 auf 6,5 Mrd. DM und nach Israel von 2,4 auf 2,2 Mrd. DM. Die iranischen Lieferungen erhöhten sich dagegen von 1,6 auf 1,8 Mrd. DM und die israelischen Lieferungen von einer auf 1,1 Milliarden DM.

Bei den deutschen Ölbezügen gab es in den letzten Jahren eine drastische Bewegung weg vom arabischen Öl. Der Anteil des arabischen Rohöls, der 1981 noch 62,1 Prozent aller deutschen Öleinfuhren betragen hatte, erreichte 1984 nur noch 35,5 Prozent.

Augenfällig war besonders die Verlagerung fort von den arabischen Golf-Ländern. So sanken allein die saudischen Lieferungen zwischen 1983 und 1984 von sieben auf 4,5 Mill. Tonnen. Von den Ländern der Krisen*region konnten nur die kriegsführenden* Staaten ihre Rohölausfuhren in die Bundesrepublik steigern: Irak von 1,4 auf zwei Mill. Tonnen und Iran von 2,1 auf 2,4 Mill. Tonnen.

(dpa/VWD)

NORDRHEIN-WESTFALEN / Ruhr-Hypothek schwindet

Strukturwandel kann gelingen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auch ohne das Ruhrgebiet, „die größte industrielle Kernzone Europas", sei Nordrhein-Westfalens Industrie größer als die des vielgepriesenen Bundeslandes Baden-Württemberg. Selbst mit dem Ruhrgebiet, das in der Bundesrepublik die Hauptlast des Strukturwandels bei Kohle und Stahl zu tragen hat, habe Nordrhein-Westfalens Wirtschaft in den letzten drei Jahren gegenüber dem übrigen Bundesgebiet erheblich an Boden gewonnen.

Landeswirtschaftsminister Prof. Reimut Jochimsen (SPD) belegt das nun auch mit deutlichen Differenzen beim dramatischen Januar-Anstieg der Arbeitslosenzahlen: im übrigen Bundesgebiet plus 15,3 Prozent gegenüber letztem Dezember, in Nordrhein-Westfalen nur plus 6,9 Prozent und dabei im Ruhrgebiet nur plus 3,8 Prozent. Darin sowie in dem offenbar leichten Vorsprung, den das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes des Landes 1984 gegenüber dem Bundesdurchschnitt gewann, sieht der Minister Belege für seine Doppel-These:

Erstens könne von einer drohenden technologischen Entkoppelung des „wirtschaftsstärksten Bundeslandes" vom übrigen Bundesgebiet heute keine Rede mehr sein. Zweitens habe sich ausgezahlt, daß die Landesregierung trotz des notwendigen Kapazitätsabbaus mit ihrer Modernisierungspolitik an der wesentlichen Bedeutung von Kohle und Stahl festgehalten habe. Die Hypothek des Ruhrgebiets bei der Landesentwicklung schwinde, wenngleich sie noch längst nicht getilgt ist.

Natürlich reibt sich der Minister auch aus Anlaß solcher Zwischenbilanz am politischen Gegner in Bonn: Da herrsche immer noch „industrie- und konjunkturpolitische Verweigerung". Diese erschwere nicht nur alle weiteren notwendigen Anstrengungen zur Bewältigung des strukturellen Wandels. Sie sei auch unangebracht angesichts der Tatsache, daß man nun, wie die Bauwirtschaft zeige, mit den ersten größeren Einbrüchen auf dem Binnenmarkt zu rechnen habe.

VOLKSBANKEN / Einlagen, Kredite und Bilanzsumme wuchsen um sieben Prozent

Der Rentenzins wird wieder sinken

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die deutsche Wirtschaft muß sich auf einen festen Dollar einstellen. Dies betonte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm. „Der Dollar wird unverändert getragen von einem Gefühl der wirtschaftlichen und nicht zuletzt politischen Stärke der Vereinigten Staaten."

An den US-Finanzmärkten herrsche derzeit eine gewisse Unruhe, die erfahrungsgemäß zu eher festeren Zinsnotierungen führen dürften. Die neuesten Budgetpläne der Reagan-Administration seien wenig geeignet, Vertrauen in die US-Finanzpolitik zu fassen. Da gleichzeitig die amerikanische Konjunktur nach wie vor kräftig weiterlaufe, sei in absehbarer Zeit nicht mit einer von den USA ausgehenden Zinsentlastung zu rechnen.

Schramm ist zuversichtlich, daß es dem deutschen Kapitalmarkt gelingen werde, „den jetzigen Zinsanstieg zu verdauen und sich wieder unter die Sieben-Prozent-Marke zurückzuarbeiten". Gegen eine Wende beim Kapitalmarktzins spricht nach Ansicht Schramms, daß die langfristigen Voraussetzungen – eine stabile Geldpolitik und geringe Preissteigerungsraten – nach wie vor günstig sind. Überdies rechnet er mit einem deutlichen Rückgang der Neuemissionen im Jahresverlauf.

Die erste Bilanz mit den neuen Techniken ist nach den Erfahrungen des Verbandes ernüchternd. Als Beispiel wird auf den seit Mitte 1974 installierten Bildschirmtext-Dienst (BTX) verwiesen. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen der Bundespost, die für das vergangene Jahr von 150 000 und für 1985 von 400 000 BTX-Teilnehmern ausgegangen ist, betrage die Teilnehmerzahl gegenwärtig nur 21 506. Und von boomartigen Zuwachsraten sei weit und breit nichts zu sehen. „Gemessen an den ursprünglichen Planungen erweise sich BTX zumindest im Bereich der privaten Anwendung als Flop", betonte BVR-Vorstandsmitglied Wolfgang Grüger. Ein Grund dafür seien die hohen Kosten. Auch andere technische Neuerungen würden inzwischen mit deutlicher Zurückhaltung aufgenommen.

Die Genossenschaftsbanken konnten 1984 einen Zuwachs von 300 000 auf mehr als zehn Millionen Mitglieder erreichen. Die Geschäftsentwicklung der 3713 Volksbanken und Raiffeisenbanken war 1984 nach Angaben Schramms durch ein ausgewogenes Wachstum gekennzeichnet. Einlagen, Kredite und Bilanzsumme erhöhten sich jeweils um etwa sieben Prozent. Das Kreditgeschäft stieg 1984 um 17 Mrd. DM, wovon drei Viertel auf den langfristigen Bereich entfielen, der mit 9,4 Prozent überdurchschnittlich zunahm. Die positiven langfristigen Erwartungen der Unternehmen hätten sich im Zeichen der wirtschaftlichen Erholung weiter gefestigt. Während im Süden das Kreditvolumen teilweise um mehr als neun Prozent gestiegen sei, registrierten die Genossenschaftsbanken in Hamburg und Schleswig-Holstein nur ein Plus von 3,9 Prozent.

KARTELLRECHT / SPD will Gesetz novellieren

Gegen die Konzentration

PETER GILLIES, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen die Fusionskontrolle verschärfen, Großunternehmen entflechten und in die neuen Medien regulierend eingreifen. Dazu haben sie gestern im Bundestag einen Antrag eingebracht, der auf Verschärfung des geltenden Rechts gegen Wettbewerbsbeschränkungen zielt. Angesichts der Konzentrationsbewegungen bestehe „aktueller Handlungsbedarf" der Bundesregierung, meinte der SPD-Wirtschaftsexperte Uwe Jens vor Journalisten in Bonn.

„Wir wollen einen fusionierten Rüstungskonzern Krauss-Maffei/MBB unbedingt verhindern," begründet Jens den Vorstoß seiner Fraktion. Gleiches gelte für eine mögliche Beteiligung des Bauer-Verlags beim Axel Springer Verlag. Im Handel seien ebenfalls Konzentrationstendenzen zu beobachten, denen der Gesetzgeber entgegentreten müsse. Die SPD fühlt sich durch die Monopolkommission und das Bundeskartellamt gestärkt.

Empfohlen wird der Bundesregierung, die Beteiligung marktstarker Presseunternehmen an den neuen Medien zu kontrollieren. Dazu soll das geltende Kartellrecht erweitert werden. Auch die Fusionskontrolle gehöre verschärft, fordert die SPD. So soll ein Zusammenschluß nicht mehr wie derzeit bei Erwerb einer 25prozentigen Beteiligung anzeigepflichtig sein, sondern bereits bei zehn Prozent. Eine zusätzliche „Generalklausel" soll sicherstellen, daß ein vertraglich abgesicherter wettbewerbsschädlicher Einfluß auf andere Unternehmen unterbleibe. Das Fusionsverbot sei vom Kriterium der Marktbeherrschung abzukoppeln.

Schließlich möchte die SPD die Regierung ermächtigen, auch eine Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen anzuordnen. Von dieser Entflechtung sei abzusehen, wenn die Vorteile der Unternehmenskonstruktion die gesamtwirtschaftlichen Nachteile überwiegen oder ihr ein „überragendes Interesse der Allgemeinheit entgegensteht".

PORSCHE / 600 Mitarbeiter sind neu eingestellt worden

Kraftakt bei Investitionen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nach wie vor befindet sich die renommierte Sportwagen-Firma Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart-Zuffenhausen, in der von manchen beneideten Situation, daß die Nachfrage an den Märkten größer ist als die Produktionsmöglichkeiten des Unternehmens. Die Lieferzeiten gibt Vorstandsvorsitzender Peter W. Schutz mit drei bis 16 Monaten an.

Um die großen vorhandenen Marktchancen besser nutzen zu können, unternimmt Porsche bei den Investitionen einen Kraftakt. Nachdem sie bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (31.7.) kräftig auf 255 Mill. DM (plus 94 Prozent) angehoben worden sind, wovon 65 Mill. DM auf Beteiligungen (Errichtung einer eigenen Importfirma) entfielen, sollen im laufenden Jahr über 300 Mill. DM investiert und im darauffolgenden Geschäftsjahr eine Größenordnung von 350 bis 400 Mill. DM ins Auge gefaßt werden. Dabei gelte es folgende Schwerpunkte zu setzen: Das Modellprogramm soll verbessert die Kapazitäten sollen vergrößert werden. Die Tagesproduktion im Zuffenhausener Stammwerk wird ab März nach Einführung eines Zweischichtbetriebs auf 88 Wagen und ab Mitte des Jahres auf 100 Fahrzeuge hochgefahren. Auch im Audi-Werk Neckarsulm, in dem vor allem der 944er in Lohnauftrag gebaut wird, soll die Tagesproduktion in den nächsten Monaten von 132 auf 150 Fahrzeuge gesteigert werden.

Zur Frage Katalysator meint Schutz, jedes Fahrzeug werde so gebaut, daß es zu einem verhältnismäßig vertretbaren Preis (um 2000 DM) nachgerüstet werden können. Eine Auswirkung der Diskussion auf den Absatz sei bei Porsche nicht feststellbar. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet das Unternehmen den Verkauf von rund 50 000 Fahrzeugen und einen Umsatz von über drei Mrd. DM. In den ersten fünf Monaten (bis Ende Dezember 1984) wurden 18 000 Porsche-Wagen abgesetzt, das waren fünf Prozent weniger als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Dies ist darauf zurückzuführen, daß vier Arbeitstage (gleich fast 400 Autos) weniger anfielen und sich zudem arbeitskampfbedingt der Anlauf des 944er mit verändertem Interieur auf den November verschob. Der Umsatz nahm in dieser Zeitspanne um 8,4 Prozent auf 1,1 Mrd. DM zu. Besonders bemerkenswert ist die Aufstockung der Belegschaft in diesem Zeitraum um rund 600 Mitarbeiter, nachdem schon im Berichtsjahr 1983/84 die Zahl der Mitarbeiter um elf Prozent auf über 6500 zugenommen hatte.

Das abgelaufene Geschäftsjahr stand für Porsche unter dem Eindruck von drei wichtigen Ereignissen: Da war der siebenwöchige Produktionsstillstand infolge des Arbeitskampfes, die Einführung und Plazierung der Porsche-Aktien sowie der Aufbau einer eigenen Vertriebsorganisation (zuvor über die VW-Organisation). Da somit ein Produktionsausfall von über 5000 Wagen entstand, verringerte sich die Gesamtproduktion im Berichtsjahr um ein Prozent auf 44 773 Einheiten. Darunter waren 17 040 Wagen (minus zwei Prozent) der Modelle 911/928 und 27 733 Wagen (konstant) der Reihen 924/944.

Verkauft wurden 43 970 Fahrzeuge (minus zwei Prozent), davon 72 (73) Prozent auf ausländischen Märkten. Allein 47 (45) Prozent-Punkte entfielen auf die USA. Der Umsatz stieg um 17 Prozent auf 2,49 Mrd. DM bei 69 Prozent Exportanteil. Während der Fahrzeugumsatz allein um zwölf Prozent auf 2,13 Mrd. DM zunahm, stiegen sonstige Umsätze (darunter 120 Mill. nach 80 Mill. DM Umsatz aus Fremdentwicklung) um 55 Prozent auf 364 Mill. DM.

Der Jahresüberschuß schnellte auf 92,4 (70) Mill. DM hoch. Den Gewinn je Aktie beziffert Finanzchef Heinz Branitzki mit 110 (90) DM. Verbessert hat sich auch die Nettoumsatzrendite auf 3,7 (3,1) Prozent. Ausgeschüttet werden unterschiedlich nach Stamm- und Vorzugsaktien sowie mit verschieden zeitanteiliger Gewinnberechtigung 30 bzw. 32 Prozent Dividende. Die Aktionäre werde man auch künftig „vernünftig" am Erfolg beteiligen. Die Eigenkapitalquote hat sich von 21 auf fast 30 Prozent verbessert. In der sehr liquiden Bilanz stehen auch weiterhin keine Bankschulden.

PAN AM / Airbus-Verträgen droht wohl keine Gefahr

Weiterhin in roten Zahlen

H.-A. SIEBERT, Washington

Um ein Haar hätte die US-Fluggesellschaft Eastern Airlines den Marsch zum Konkursrichter antreten müssen, und der große internationale Carrier Pan American World Airways schrieb auch 1984 wieder tiefrote Zahlen – diesmal vermutlich 200 Mill. Dollar nach einem zusammengefaßten Betriebsverlust von mehr als 1,2 Mrd. Dollar in den vorausgegangenen vier Jahren. Dennoch muß das europäische *Airbus-Konsortium* wohl nicht um seine Leasing- und Kaufkontrakte bangen.

Folgt man der Wall Street, die jedem Unternehmen genau auf die Finger schaut, dann ist das von Pan Am begonnene langfristige Erholungsprogramm nicht gefährdet. Für das neue Minus verantwortlich gemacht werden ungewöhnliche Umstände, wie zum Beispiel die wilden Wechselkursausschläge 1984, die zu Währungsverlusten in Höhe von etwa 100 Mill. Dollar führten. Der Dollarkurs traf Pan Am besonders, weil die Einnahmen bis zu 40 Prozent aus fremden Valuten bestehen.

Was sich ebenfalls negativ auswirkte, war das Auswechseln der nach der Fusion mit der National Airlines im Jahre 1981 nicht kompatiblen und unökonimischen Flottenteile. So gelang es Pan Am zwar 1984, 16 Großraum- und 15 andere Passagierflugzeuge abzustoßen. Erworben wurden jedoch nur insgesamt zehn Ersatzmaschinen, so daß Kapazitätsengpässe entstanden. Um die Lücke zu schließen, orderte Pan Am 28 neue Airbus-Flugzeuge für nahezu eine *Mrd. Dollar*, die in einigen Jahren geliefert werden. In der Zwischenzeit fliegt das Unternehmen geleaste Airbusse: Vier wurden im Dezember in Betrieb genommen; zwölf folgen in diesem Jahr.

Was fortan geschieht, senkt die Kosten. So besteht die Pan-Am-Flotte künftig nicht mehr aus sechs, sondern nur noch aus drei Flugzeugtypen. Dadurch sinken die Aufwendungen für Ausbildung, Wartung und *Ersatzteile. Außerdem verbrauchen* die Airbus-Maschinen weniger Kerosin, und eingespart wird ein Crew-Mitglied. Hinzu kommt: Die Zahl der Beschäftigten wurde von 27 300 auf 26 200 reduziert. Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen besteht Pan Am auf erneuten Lohnkonzessionen.

Da 1985 nach den Prognosen für die großen internationalen Fluggesellschaften ein noch besseres Jahr werden soll, könnte Pan Am gegen Ende der Saison in der Gewinnzone fliegen. Netto verlor das Unternehmen in den ersten neun Monaten 1984 rund 115 Mill. Dollar bei einem Umsatz von 2,8 Mrd. Dollar. Für das Gesamtjahr 1983 lauteten die Zahlen 51 Mill. und 3,8 Mrd. Dollar.

Eastern Airlines ist aus dem Schneider, weil die Mitarbeiter für zwei Jahre auf 13 Prozent ihrer Bezüge verzichteten. 1984 schlagen die Einsparungen mit 250 Mill. Dollar zu Buch, so daß der Schuldendienst wiederaufgenommen werden kann. Eastern war die erste US-Fluggesellschaft, die auf den Airbus setzte.

PHILIP MORRIS / Erstmals seit vielen Jahren ist der Gewinn zurückgegangen

Bierbereich verhagelt das Ergebnis

JAN BRECH, Hamburg

Der US-Konzern Philip Morris, der in der vergangenen Jahren mit Zigaretten, Bier und alkoholfreien Getränken stürmisch gewachsen ist, hat im Berichtsjahr 1984 zum ersten Mal seit vielen Jahren einen Gewinnrückgang hinnehmen müssen. Wie es in einem ersten Überblick heißt, verringerte sich der Nettogewinn um 1,7 Prozent auf 888,5 Mill. Dollar. Bezogen auf den um 6,5 Prozent auf 13,8 Mrd. Dollar gestiegenen Umsatz belegt die Nettorendite von 6,4 (i. V. 6,95) Prozent zwar nach wie vor überdurchschnittliche Ertragskraft, doch ist die 30 Jahre anhaltende Serie immer neues Rekordergebnisse durchbrochen.

Die Einbußen sind im letzten Quartal entstanden, in dem sich der Gewinn vor Steuern um 46,2 Prozent und der Nettogewinn um 50,6 Prozent reduzierten. Ausschlaggebend war die Entscheidung des Konzerns, den Buchwert einer fertiggestellten, aber nicht in Betrieb genommenen Braustätte komplett abzuschreiben. Diese Abschreibung, so heißt es, habe im vierten Quartal zu einem Rückgang des Gewinns vor Steuern um 280 Mill. Dollar und des Nettogewinns um 146 Mill. Dollar geführt.

Die Wertberichtigung vollzog sich vor dem Hintergrund eines Ertrageinbruchs im Bereich der Miller Brewing Comp., die bei fast unverändert 2,9 Mrd. Dollar Umsatz und 44 Mill. hl Ausstoß einen Rückgang des Betriebsgewinns um 49 Prozent erlitt. Von einem Wechsel zu Niedrigpreismarken am US-Biermarkt sei vor allem die größte Miller-Marke „High Life" betroffen gewesen, heißt es. Die Marke soll durch umfangreiche Marketingmaßnahmen in diesem Jahr wiederbelebt werden.

Für eine zusätzliche Überraschung sorgt Philip Morris in ihrem Jahresrückblick mit der Mitteilung, daß gegenwärtig Kaufangebote für ihre Industrie-Gruppe geprüft würden. Die Philip Morris Industrial, die 1984 den Umsatz um 16,8 Prozent auf 277 Mill. Dollar erhöhte und den Gewinn auf knapp 30 Mill. Dollar verdoppelte, ist in den Bereichen Papier, Verpackungen und Chemie tätig. Diese Firmen, so heißt es, paßten nicht mehr zu den langfristigen strategischen Zielen des Konzerns.

Diese liegen neben Getränken vor allem im Zigarettenbereich, in dem 1984 sowohl Philip Morris USA als auch Philip Morris International Absatz, Umsatz, Gewinn und Marktanteile steigerten. In den USA weitete der Konzern den Marktanteil auf 35,3 Prozent aus und erzielte eine Verbesserung des Betriebsgewinns um 30,5 *Prozent auf 1,7 Mrd. Dollar.*

Nach fünf Jahren der Reorganisation und hoher Marktinvestitionen hat Philip Morris 1984 schließlich die „Seven up"-Gruppe in die Gewinnzone gebracht. Bei einem um 13 Prozent höheren Umsatz von 784 Mill. Dollar weist das Limonaden-Unternehmen einen wenn auch noch spärlichen Betriebsgewinn von 5,2 Mill. Dollar aus.

Von dem Desaster im Brauereibereich spüren die Aktionäre nicht viel. In der Dividendenpolitik hält Philip Morris an der nun 17 Jahre währenden Kontinuität fest, den Betrag pro Aktie zu erhöhen. Er steigt für 1984 um 17 Prozent auf 3,40 Dollar.

KRAUSS-MAFFEI / Schwäche in der Wehrtechnik – Zivilprogramme nehmen zu – Vorstand: Übernahme durch MBB positiv

„Fusion würde Position in der NATO stärken"

DANKWARD SEITZ, München

Ein hohes Maß an Zurückhaltung zeigt man bei der Münchner Krauss-Maffei AG (KM) bei der Beurteilung der geplanten Übernahme der Gesellschaft durch eine Industrie- und Bankengruppe um den Luft- und Raumfahrtkonzern MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Doch so ganz unlieb scheint dem Vorstand der mögliche Verkauf durch den Flick-Konzern nicht zu sein. Denn: „Das Bundesverteidigungsministerium sollte das Kartellamt, das bisher im Vorstadium einige abschlägige Bemerkungen gemacht hat, einmal beraten, da es sehr viele sich ergänzende Bereiche gibt und ein Zusammenschluß die internationale Wettbewerbsfähigkeit beider Firmen auch innerhalb der NATO stärken würde."

Zudem sollte dieser Vorgang nach Ansicht des KM-Vorstands, wie er in einem Gespräch mit dem Münchner Club Wirtschaftspresse betonte, nicht zu sehr nach Rüstungsaspekten bewertet werden. Man möge doch „vorwärts sehen", denn in der Zukunft stünden vielmehr Ingenieurleistungen im zivilen Bereich an, die man gemeinsam mit den neuen Partnern besser bewältigen könnte.

Mit der Maschinenfabrik Grob-Werke in Mindelheim könnten sich Synergie-Effekte im Kunststoff-Bereich bei der Flugzeugproduktion und auf dem Gebiet der elektronischen Steuerung bei Tansfer-Straßen ergeben. In diesem Zusammenhang teilte der KM-Vorstand mit, daß man schon vor den Übernahmeverhandlungen Grob eine Kooperation (Umsatzvolumen: 40 bis 60 Mill. DM) angeboten hat, diese Gespräche dann aber zurückgestellt wurden.

Auch für MBB könne Krauss-Maffei einiges im Zivilgeschäft (Verkehrstechnik, Kunststoffmaschinen) bieten, bis hin zum vorhandenen Verkaufsapparat. MBB andererseits könnte Ingenieurkapazitäten liefern, die in naher Zukunft bei Krauss-Maffei knapp würden. Mit dem dritten Partner Diehl schließlich könnte die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit auf zwei (nicht genannten) Gebieten ausgebaut und erweitert werden.

Als „planmäßig" wird der 1984 eingetretene Umsatzrückgang der KM-Gruppe um 13,9 Prozent auf 1,94 Mrd. DM bewertet. Zurückzuführen sei dies fast ausschließlich auf die Wehrtechnik, die wegen des Auslaufens der Fertigung des Kampfpanzers „Leopard 1" nur noch 1,55 Mrd. DM (minus 17,5 Prozent) zum Umsatz beisteuerte. Ihr Exportanteil sank auf 43,7 (55,9) Prozent. Dagegen ergab sich für den gesamten zivilen Bereich ein Umsatzplus von 4,9 Prozent auf 383 Mill. DM (Exportanteil 57,0 nach 52,4 Prozent). Einen Zuwachs von 16,4 Prozent auf 241 Mill. DM verzeichnete man dabei in der Kunststofftechnik. Die Verfahrenstechnik stagnierte bei 83 Mill. DM, während die Verkehrstechnik auf nur 34 Mill. DM (minus 22,7 Prozent) und die Gießerei/Schmiede auf 25 Mill. DM (minus 19,4 Prozent) kamen.

Kaum Veränderungen ergäben sich auf der Ertragsseite. In etwa will man einen Gewinn vor Steuern in Vorjahreshöhe (9,49 Mill. DM) ausweisen. Auch die Gewinnabführung an die Muttergesellschaft, die Buderus AG in Wetzlar, dürfte wieder 7,0 Mill. DM erreichen. Die wenigen freien Aktionäre am Grundkapial von 16 Mill. DM erhalten eine Garantiedividende von 15 Prozent.

Für 1985 geht man bei Krauss-Maffei davon aus, den Umsatz wieder auf etwa 2,1 Mrd. DM steigern zu können. Bei einer nur geringfügigen Zunahme in der Wehrtechnik, wird das Zivilprogramm vor allem aufgrund höherer Lieferungen in der Kunststoff- und Verkehrstechnik kräftig zulegen. Per Ende 1984 hatte sich der Auftragsbetand zwar leicht auf 2,9 (3,0) Mrd. DM vermindert, doch zeigte auch hier das zivile Programm eine deutliche Zunahme auf 403 (260) Mill. DM.

Überhaupt setzt man bei Krauss-Maffei für die Zukunft verstärkt auf den zivilen Sektor. So sollen allein in den Bereich Kunststofftechnik in den nächsten drei Jahren zur Produktionserweiterung 50 Mill. DM investiert werden. Schon 1984 hätte man, wären die Kapazitäten da gewesen, fast 40 Mill. DM mehr Umsatz machen können. Zuversichtlich ist man auch wieder für den Bereich Verkehrstechnik, nachdem die Deutsche Bundesbahn die ersten 60 Lokomotiven des Typs E 120 im Wert von rund 327 Mill. DM bestellt hat, wovon Krauss-Maffei 20 Einheiten bauen wird.

Keine wesentlichen Auslastungsprobleme werden in der Wehrtechnik erwartet. Bis Ende 1987 müssen vom Leopard 2 noch 356 Einheiten an die Bundeswehr und 102 an die Niederlande ausgeliefert werden. Hinzu kommen noch 35 Panzer für die Schweiz. Neue Projekte, für die zur Zeit Studien erarbeitet werden oder für die demnächst Entscheidungen erwartet werden, sind die Panzerhaubitze 155 sowie der Flakpanzer 2. Gute Chancen rechnet man sich auch beim Bau eines kanadischen Flugabwehrsystems aus, von dessen Gesamtvolumen in Höhe von 600 bis 650 Mill. Dollar ein beachtlicher Teil auf das Unternehmen entfallen dürfte.

„DDR"-WIRTSCHAFT

Verschuldung wurde abgebaut

PETER WEERTZ, Berlin

Für die „DDR" sind die ökonomischen Voraussetzungen im letzten Jahr des Fünfjahresplans (1981–85) günstiger als 1981. Diese Ansicht äußerten Experten der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin. Allerdings entspreche das nominale Wachstum teilweise nicht der realen Entwicklung, schränkte Prof. Karl C. Thalheim ein. Darüber hinaus kritisierten die Experten die kargen Informationen Außenhandel, Verschuldung und Verwendung des produzierten Nationaleinkommens.

Mit einem Zuwachs 1984 von 5,5 Prozent hat das Nationaleinkommen seit 1981 am stärksten zugenommen. Freilich trug hierzu die Landwirtschaft infolge der guten Ernteergebnisse in stärkerem Umfang als in den Vorjahren bei. Unverändert stehe jedoch die ostdeutsche Volkswirtschaft unter dem Druck der Konsolidierungsschwierigkeiten im qualitativen Umbau des Produktionsprofils ebenso wie in der besseren Versorgung und dem Außenhandel. Wie Frau Haendke-Hoppe mitteilte, sind die Importe mit 83,3 Mrd. Valutamark (eine fiktive Recheneinheit im Außenhandel) oder plus neun Prozent rascher gewachsen als die Exporte mit einer Zunahme um 6,5 Prozent auf 89,7 Mrd. Valutamark.

Zugleich gelang es jedoch Ost-Berlin, die Kreditlage zu verbessern. Westliche Banken geben wieder ungebundene Finanzkredite und prolongieren fällige Verbindlichkeiten. Über den Kurs Ost-Berlins bei den Auslandskrediten sagte Frau Haendke: „Bonität (Liquidität) geht offensichtlich vor Rentabilität. Denn die Guthaben Ost-Berlins bei westlichen Banken nahmen bis zum Sommer 1984 auf 4,2 (1981: 2) Mrd. Dollar zu. Dadurch sank die Verschuldung gegenüber westlichen Banken und Lieferanten netto (nach Abzug der Guthaben) auf 5,8 Mrd. Dollar. Insgesamt betrugen sie brutto noch rund 10 (1981: 13) Mrd. Dollar. Auch im innerdeutschen Handel sind die Verbindlichkeiten auf unter drei Mrd. DM gesunken.

Seit Sommer 1984 hat Ost-Berlin Finanzkredite von 898 Mill. Dollar von westlichen Banken aufgenommen. Zur Zeit wird über einen Kredit von 15 Mill Dollar verhandelt, den ein nordamerikanisches Bankenkonsortium gewähren will.

NAMEN

Dr. Ulrich Weiss und **Hilmar Kopper**, beide *Mitglieder* des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Frankfurt, sollen in den Verwaltungsrat der Deutschen Bank Compagnie Financière Luxembourg gewählt werden. Sie sind dann Nachfolger von Dr. **Robert Ehret** und **Wilfried Guth**, die aus dem Verwaltungsrat ausscheiden.

Dr. **Roland Schelling**, Rechtsanwalt in Stuttgart und Landesgeschäftsführer Baden-Württemberg *der Deutschen Schutzvereinigung für* Wertpapierbesitz, Düsseldorf, ist in den Aufsichtsrat der Konrad Hornschuch AG, Weißbach / Württemb., bestellt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Hans Wolter**, Mannheim, der das Amt auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember *1984* aufgegeben hat.

Karl Ludwig Henze, Düsseldorf, Verlagsdirektor für das Anzeigengeschäft der Zeitschrift Das Beste aus Readef s Digest, und Geschäftsführer des Verlags DAS BESTE GmbH, Stuttgart, vollendet heute das 65. Lebensjahr.

Wolf Horneburg, Vorstandsvorsitzender der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, ist als Nachfolger für den in den Ruhestand getretenden *Dr. **Erich Kaindl**, Brauerei Feld*schlößchen AG, Braunschweig, in den Vorstand des Verbandes der Brauereien von Niedersachsen e.V. gewählt worden.

Dr. **Willy Eyberg**, Vorstandsvorsitzender der Hannoverschen Papierfabriken *Alfeld*-Gronau AG, Alfeld, vollendet am 15. Februar das 60. Lebensjahr.

Rudolf Stilcken, bis 1982 Geschäftsführer und Gesellschafter der Werbeagentur Brose + Partner, Frankfurt/Hamburg, und nun Geschäftsführer der Intermedia Centrum Hamburg Consulting + Service GmbH, wird am 15. Februar 60 Jahre.

Rechtsanwalt **Henning Rasner**, Köln, ist Aufsichtsratsvorsitzender *der neuen SP-Reifenwerke GmbH,* Hanau, die seit Anfang 1985 als Tochtergesellschaft des japanischen Sumitomo-Konzerns die Geschäfte der ehemaligen Reifen-Division der Dunlop AG fortführt.

GRUNDIG

Probleme mit dem Wasserkopf

JOACHIM WEBER, Fürth

„Die Geschäftsleitung ist zu der klaren Erkenntnis gekommen, daß schnell gehandelt werden muß und daß es keine Wundermittel und -lösungen gibt", betont der Vorstand der Grundig AG, Fürth, die Notwendigkeit seiner nun auch quantifizierten Entlassungspläne. Insgesamt sollen in den fünf nordbayerischen Standorten 2530 Mitarbeiter entlassen werden, davon 1188 im Stammwerk Fürth, 1008 in Nürnberg, 106 in Bayreuth, 130 in Vohenstrauß und 98 in Georgensmünd.

In seiner Mitteilung an das Landesarbeitsamt weist der Vorstand zudem darauf hin, daß der Fortbestand der beiden letzten Werke damit keineswegs gesichert sei. Die Untersuchungen darüber seien noch im Gange. Auch die Diskussionen über die Auslandswerke in Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Österreich sind noch nicht abgeschlossen.

Vorstandschef Hermanus hofft, insgesamt weniger als jene 7000 Arbeitsplätze abbauen zu müssen, von denen bereits öffentlich die Rede gewesen war. Ziel der Maßnahmen sei nicht in erster Linie der Personalabbau, sondern die Verbesserung der Kostenstruktur und der Abbau der Verluste. Grundig hatte 1983/84 (31. 3.) ein Defizit von 286 Mill. DM ausgewiesen. Auch für 1984/85 sollen sich erhebliche Verluste abzeichnen.

Offensichtlich hat der langjährige Alleinherrscher Max Grundig einen beeindruckenden administrativen *Wasserkopf hinterlassen: Im gesam*ten Unternehmensbereich müsse von einer Reduzierung des „indirekten" (also nicht unmittelbar an der Produktion beteiligten) Personals um bis zu 40 Prozent ausgegangen werden.

Der Rationalisierungsrückstand wird im Vergleich mit Wettbewerbern deutlich. Während die Fürther im Verlauf der letzten Jahre nur Pro-Kopf-Umsätze von 120 000 Mark im Jahr auswiesen, kamen die deutschen Thomson-Töchter *(Nordmende*, Saba, Telefunken) auf mehr als 300 000 Mark. Unter Berücksichtigung der größeren Produktionstiefe bei Grundig liegt der Vergleichswert bei über 300 000 Mark.

Wachsender Druck auf die Aktien

Börsenkulisse stellt glatt – Keine Kaufaufträge aus dem Ausland

DW. – Verunsichert durch den steigenden Dollar, den Zinsanstieg und den vorangegangenen Kursrückschlag an der Wall Street nahm die Börsenkulisse verstärkt Positionslösungen vor. Der Kurs von Siemens glitt gleich zweistellig ab, weil im Gegensatz zu den vorangegangenen Tagen kaum noch Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen. Von den Banken wird hervorgehoben, daß von einer Abgabewelle aus dem Ausland nicht die Rede sein kann; die von dort stammenden Verkäufe hielten sich bisher im Rahmen des Üblichen.

Neben Siemens wurden auch Schering um über 10 DM reduziert. Großchemieaktien lagen bis zu 3 DM schwächer. Im Elektrobereich hat sich die AEG-Abwärtsbewegung verlangsamt, nachdem die Höhe des in Saudi Arabien eingetretenen Verlustes nur zweistellig sein soll. Von den übrigen Elektrowerten konnten sich Nixdorf behaupten. Bankaktien lagen bis zu sechs DM schwächer. Gewinnmitnahmen bei den in jüngster Zeit stärker heraufgesetzten Stahlaktien, von denen Klöckner fast fünf Prozent ihres Wertes einbüßten. Bei den Autowerten blieb die Unsicherheit, entstanden aus den Auseinandersetzungen über das umweltfreundliche Auto, ausgeprägt. Dabei kamen BMW und VW mit Abschlägen von 2 bis 3 DM noch ziemlich glimpflich davon. Auf die Maschinenbauwerte griff die schwächere Tendenz nur teilweise über. So konnten sich Linde gut behaupten, das gleiche gilt für Orenstein & Koppel.

Düsseldorf: Bilfinger verloren 7 DM, Conc. Chemie 4 DM und Dt. Atlanten 10 DM. Stahlwerke Bochum und Stinnes verminderten um je 5 DM. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 4 DM und Ver. Rumpus um 20 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben um 50 DM und Allianz Vers. um 8 DM.

Frankfurt: Altana gaben um 8 DM nach, Braun Vz. um 10 DM und Hartmann u. Braun St. um 20 DM. Asko stockten um 10 DM auf. Holzmann verloren 7 DM, Monachia 50 DM und Varta verminderten um 5 DM auf 176 DM.

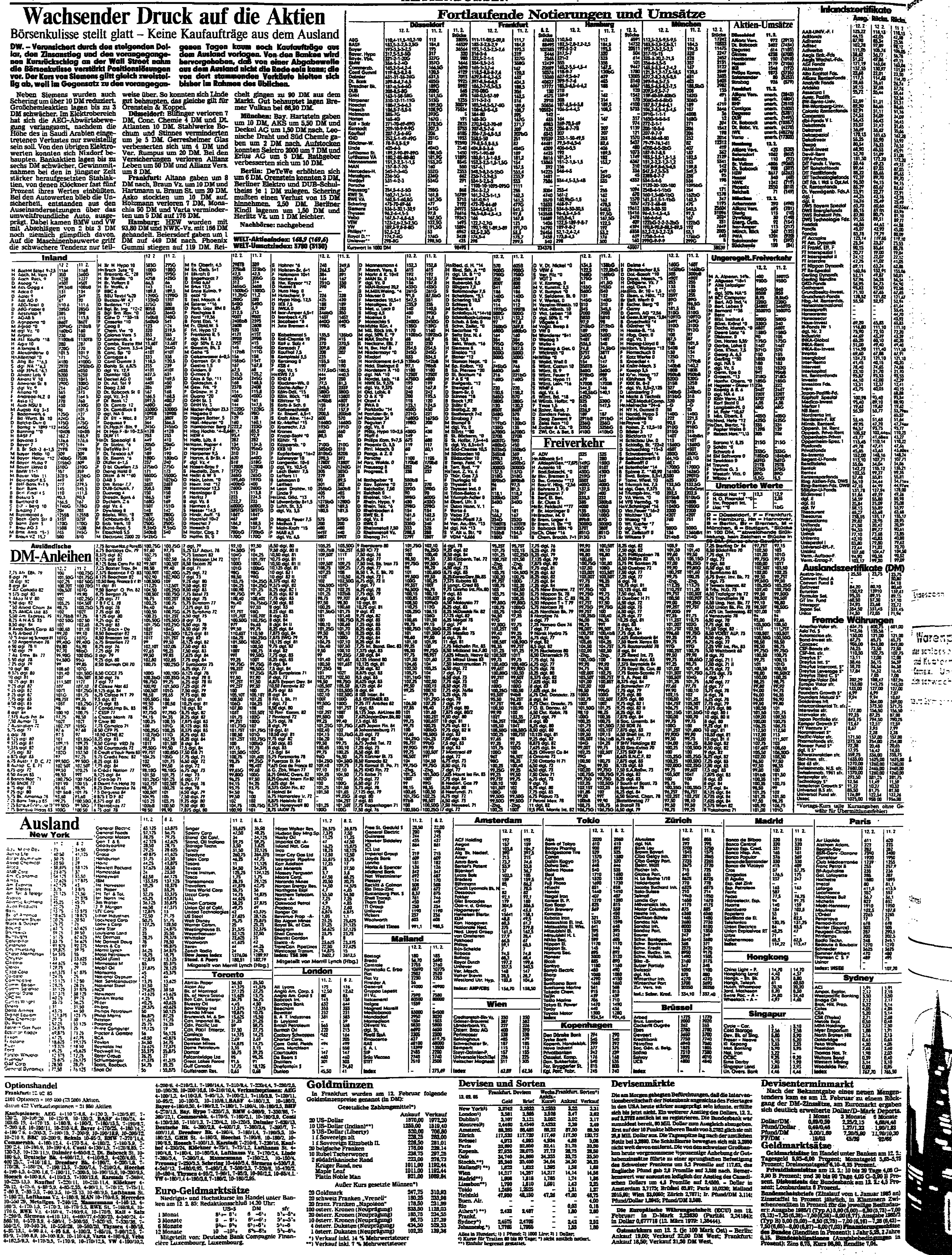
Hamburg: HEW wurden mit 93,80 DM und NWK-Vz. mit 166 DM gehandelt. Beiersdorf gaben um 1 DM auf 449 DM nach. Phoenix Gummi stiegen auf 119 DM. Reichelt gingen zu 90 DM aus dem Markt. Gut behauptet lagen Bremer Vulkan bei 66,90 DM.

München: Bay. Hartstein gaben um 10 DM, AKS um 5,50 DM und Deckel AG um 1,50 DM nach. Leonische Draht und Süd Chemie gaben um 2 DM nach. Aufstocken konnten Selctro 2000 um 7 DM und Erlus AG um 5 DM. Rathgeber verbesserten sich um 10 DM.

Berlin: DeTeWe erhöhten sich um 6 DM. Orenstein konnten 3 DM, Berliner Elektro und DUB-Schultheiss je 1 DM zulegen. Schering mußten einen Verlust von 15 DM hinnehmen. 2,50 DM. Berliner Kindl lagenm um 1,50 DM und Herlitz Vz. um 1 DM leichter.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 168,9 (169,6)
WELT-Umsatzindex: 3780 (3130)



Optionshandel

Frankfurt: 12. 02. 85

2101 Optionen = 109 400 (73 500) Aktien.
davon 422 Verkaufsoptionen = 21 950 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/7-6,8, 4-120/3, 7-120/5,87, 7-130/2, 10-100/20, 10-120/8, 10-130/3, **BASF** 4-160/24, 4-169,65/19, 4-170/15, 4-180/8, 4-190/3, 7-180/15,5, 7-190/8,7, 7-200/4,8, 10-180/11, 10-210/4,8, **Bayer** 4-170/25, 4-180/14,7, 4-190/7,6, 4-200/3, 7-190/15, 7-200/9, 10-190/18,9, 10-200/12, 10-210/9, **BBC** 10-200/9, **Bekula** 10-95/3, **BMW** 7-370/14,4, **Commerzbk.** 4-160/12,4, 4-170/5,4, 4-180/2, 7-180/5,9, 7-190/2,4, 10-180/9, 10-190/4,4, **Conti** 4-130/1,5, 7-120/8,85, 7-130/3,5, 10-120/11,9, **Daimler** 4-650/8,2, **Dt. Babcock St.** 10-180/6,5, **Deutsche Bk.** 4-400/12,1, 4-410/8,3, 4-420/4,65, 7-400/25,7, 7-410/18,1, **Dresdner Bk.** 4-180/7, 4-200/1,8, 7-170/28, 7-180/24, 7-190/13,5, 7-200/7,4, 7-210/3,4, **Hoechst** 4-190/4,5, 4-200/1,6, 7-190/11, 7-200/5, 10-190/15,9, 10-200/9,5, **Hoesch** 4-100/8,6, 4-110/3,5, 7-100/13,6, **Karstadt** 7-340/4, 10-220/13,5, **Kaufhof** 7-220/11, 10-210/11,4, **Klöckner** 4-70/12, 4-75/6, 4-80/5,9, 4-85/2,55, 4-90/1,1, 7-70/12, 7-75/11, 7-80/8, 7-85/5,5, 7-90/3,5, 10-75/13, 10-80/9,5, **Lufthansa St.** 7-180/21, **Lufthansa Vz.** 4-180/6, **MAN** 10-170/6,5, **Mercedes** 10-550/29, **Metallges.** 7-240/12, **Mannesmann** 4-140/13, 4-160/3, 4-170/1,5, 7-170/3, 10-170/5,5, **RWE St.** 7-160/8,8, 10-170/6, **RWE Vz.** 4-160/4, 7-160/9,4, 10-170/5, **Kali + Salz** 7-290/5, **Siemens** 4-410/131, 4-460/77, 4-530/25, 4-540/24, 4-560/10, 4-570/3,9, 4-580/4, 7-500/55, 7-520/45, 7-530/38, 7-550/2,6, 10-540/34, 10-550/28, 10-580/20, **Thyssen** 4-80/18, 4-85/13,1, 4-90/8,4, 4-95/6,8, 4-100/3, 7-85/16, 7-90/12,5, 7-95/9, 7-100/6,9, 10-100/8,9, 10-110/4,8, **Varta** 4-180/6,8, **Veba** 4-162,5/9,3, 4-170/5,5, 7-170/9, 10-170/12,5, **VW** 4-190/10,2, 4-200/6, 4-210/2,1, 7-190/14,4, 7-210/8,4, 7-220/4,4, 7-230/2,6, 10-190/20, 10-200/16,6, 10-210/10,4, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 4-100/1,2, 4-110/3,6, 7-95/1,5, 7-100/2,1, 7-110/3,8, 7-120/11, 10-95/2, 10-100/3, 10-110/6,1, **BASF** 4-180/1,3, 10-180/3, **Bayer** 4-180/0,50, 4-190/2,2, 7-180/1, 7-190/4, 10-180/2,5, **BHF** 4-270/1,5, **Bay. Hypo** 7-320/7,5, **BMW** 4-360/9, 7-350/86, 7-380/12,1, **Commerzbk.** 4-170/5, 7-160/2,1, 10-160/3,9, **Conti** 4-120/2,55, 7-110/1,3, 7-120/4,2, 10-120/5, **Daimler** 7-630/13, **Deutsche Bk.** 4-390/2,8, 4-400/7,9, 7-380/3,4, 7-390/7, 7-400/11,8, **Dresdner Bk.** 4-190/4, 7-180/1,4, 7-190/5,5, 10-180/2,5, **GHH St.** 4-180/3, **Hoechst** 7-190/6, 10-180/2, 10-190/6,5, **Hoesch** 7-100/1,5, **Karstadt** 7-210/6, 7-220/16, **Kaufhof** 4-230/24, **Klöckner** 4-75/1, 7-75/1,2, **Lufthansa St.** 4-190/4,6, 7-180/4, 10-180/5,4, **Lufthansa Vz.** 7-170/2,4, **Linde** 7-380/5,4, 7-390/7,4, **Mannesmann** 7-150/2,5, 10-150/4, **Preussag** 7-250/5,3, **Schering** 10-440/5,4, **Siemens** 4-530/7,8, 4-540/13, 7-480/0,95, 7-490/1,6, 7-500/2,3, 7-530/6, 10-470/2, 10-480/4, **Thyssen** 4-95/2, 7-90/1, 7-95/3, 10-90/2,2, 10-95/4,1, **VW** 4-180/1,4, 4-190/3,8, 7-180/2, 10-180/2,95.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 12. 2. 85: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 1/8 – 8 1/4	6 – 6 1/4	5 3/8 – 5 5/8
3 Monate	9 – 9 1/8	6 1/4 – 6 1/2	5 3/8 – 5 5/8
6 Monate	9 3/8 – 9 1/2	6 1/2 – 6 3/4	5 3/4 – 6
12 Monate	10 – 10 1/8	6 3/4 – 6 7/8	5 7/8 – 6 1/8

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1972,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	520,00	706,80
1 £ Sovereign alt	228,25	283,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	226,50	281,01
20 belgische Franken	176,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	236,75	297,25
2 südafrikanische Rand	223,00	276,73
Krüger Rand, neu	1011,00	1192,44
Maple Leaf	1011,00	1192,44
Platin Noble Man	921,00	1089,84
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	247,75	310,93
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,25	233,98
20 franz. Franken „Napoléon"	178,50	231,99
100 österr. Kronen (Neuprägung)	938,50	1128,03
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,75	234,55
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,75	127,39
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	434,50	529,53
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,25	139,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[2])	3,2742	3,2822	3,2533	3,22	3,31
London[1])	3,581	3,595	3,528	3,47	3,62
Dublin[1])	3,107	3,121	3,052	3,02	3,17
Montreal[3])	2,4460	2,4540	2,4232	2,39	2,49
Amsterd.	88,265	88,485	88,22	87,50	89,30
Zürich	117,520	117,720	117,40	117,50	120,75
Brüssel	4,973	4,993	4,934	4,88	5,08
Paris	32,690	32,850	32,41	31,75	33,50
Kopenh.	27,955	28,075	27,73	26,75	28,50
Oslo	34,740	34,860	34,355	33,75	35,50
Stockh.**)	35,240	35,400	34,64	34,50	36,25
Mailand[2]) **)	1,622	1,632	1,595	1,58	1,68
Wien	14,217	14,257	14,217	14,14	14,56
Madrid**)	1,808	1,818	1,785	1,74	1,86
Lissabon**)	1,790	1,810	1,691	1,43	2,25
Tokio	1,2485	1,2525	–	1,21	1,27
Helsinki	47,950	48,150	47,28	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,433	2,497	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4575	2,4765	–	2,42	2,52
Johannesbg.*)	1,7765	1,7955	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die am Morgen gehegten Befürchtungen, daß die Interventionsbereitschaft der Notenbank angesichts des Feiertages in den USA heute stärker ausgeprägt sein könnte, erfüllte sich bis jetzt nicht. Ein weiterer Anstieg des Dollars, 12. 2., auf 3,2782 amtlich ist zu registrieren. Die Bundesbank war zumindest bereit, 80 Mill. Dollar zum Ausgleich abzugeben. Erst auf der 10 Punkte höheren Basis von 3,2782 glich sie mit 25,8 Mill. Dollar aus. Die Tagesspitze lag nach der amtlichen Notiz bei 3,2880. Die Schlußkurse bewegten sich mit 3,2850 nicht weit davon entfernt. Die von den schweizer Großbanken heute vorgenommene ½prozentige Anhebung dr Guthabenzinssätze führte zu einer sprunghaften Befestigung des Schweizer Frankens um 5,2 Promille auf 117,62, das Englische Pfund gab 2,8 Promille auf 3,588 nach. Bemerkenswert war ansonsten lediglich der Anstieg des Canadischen Dollars um 4,3 Promille auf 2,4500. – Dollar in Amsterdam 3,7175; Brüssel 65,87; Paris 10,0230; Mailand 2015,80; Wien 23,0060; Zürich 2,7871; Ir. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,0945; Pfund/DM 3,588.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 12. Februar: In D-Mark 2,22630 (Parität 2,24184); in Dollar 0,677718 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 12. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Nach der Bekanntgabe eines neuen Mengentenders kam es am 12. Februar zu einem Rückgang der DM-Zinssätze, am Euromarkt ergaben sich deutlich erweiterte Dollar/D-Mark Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,69/0,59	2,25/2,15	4,68/4,48
Pfund/Dollar	0,49/0,46	1,27/1,22	1,90/1,83
Pfund/DM	3,00/1,60	7,20/5,80	11,70/10,30
FF/DM	19/03	45/29	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 2.: Tagesgeld 5,95–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		12. 2.	11. 2.
7 dgl. 77	2/87	99,95	100,5
6 dgl. 77	9/87	97,75	97,85G
6 dgl. 78 II	7/88	96,7	97,1
6½ dgl. 77	5/89	97,8	98,2

Kursverfall am Rentenmarkt

Die Abwärtsbewegung der Rentenkurse hat sich beschleunigt. Bei den öffentlichen Anleihen wurden die Notierungen teilweise um einen vollen Punkt zurückgenommen. An den Abgaben sollen auch Ausländer beteiligt gewesen sein, sie haben offensichtlich die Hoffnung auf ein Wiedererstarken der D-Mark aufgegeben und sehen keinen Grund, sich länger mit den vergleichsweise niedrigen deutschen Renditen zufriedenzugeben. Am Pfandbriefmarkt wurden im Handel und der Banken für 10jährige Titel jetzt Renditen von 7,85 Prozent genannt.

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich notierte Kaffee. Deutlich schwächer Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 2.	8. 2.
März	359,25	357,25
Mai	349,25	348,00
Juli	340,00	338,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	11. 2.	8. 2.
St. Lawrence 1 CW	252,49	252,49
Amber Durum	241,69	241,89

Genußmittel

Kakao New York ($/t)	11. 2.	8. 2.
Terminkontr. März	2151	2274
Mai	2222	2305
Juli	2217	2303
Umsatz	–	3500

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

ERDGAS

Sleipner-Fund wieder frei

HANS BAUMANN, Essen

Das Erdgas des norwegischen Nordseefeldes „Sleipner" mit Reserven von 200 Mrd. Kubikmeter ist wieder frei. Großbritannien wollte ursprünglich dieses Gas haben. Zwei Verträge von Februar 1984 über jährlich 15 Mrd. cbm und ein zweiter über reduzierte zwölf Mrd. cbm ab Mitte 1991 wurden jetzt doch nicht ratifiziert. London: Wir haben genug Gas.

Verhandelt wurde um das Gas, für das vom Sleipner-Feld nach St. Fergus in Schottland eine neue Leitung hätte gebaut werden müssen, seit Mitte 1982. Die Partner waren die British Gas Corp. und die Sleipner-Produzenten (Exxon 40, die norwegische Statoil 50 und Norsk Hydro 10 Prozent).

Das Sleipner-Feld liegt auf der Höhe von Stavanger unmittelbar an der Grenze zum englischen Teil des Nordsee-Off-shores. Unmittelbar an Sleipner vorbei ist eine Pipeline geplant, die die Felder Statfjord und Heimdal über den Terminal Ekofisk künftig mit Emden verbinden wird, wo das Gas im Rahmen eines kontinentalen Konsortiums vermarktet werden soll. Es wird damit gerechnet, daß nun Norwegen versuchen wird, seine Funde im Sleipner-Feld an andere Interessenten zu verkaufen.

Huta-Hegerfeld weiter im Ausland

VWD, Essen

Die Huta-Hegerfeld AG, Essen, die Konkurs beantragt hat, will im Ausland weiter arbeiten. Nach Angaben des Vorstands würden die Bauaktivitäten im Ausland, vor allem in Saudi-Arabien, von dem Konkursvertrag nicht berührt. Der dazu notwendige Beitrag der Hauptverwaltung des Unternehmens werde „zur Zeit erbracht". Zu den Sanierungskonzepten, mit denen der Vorstand noch in der vergangenen Woche gehofft hatte, das Unternehmen retten zu können, gehörte auch die Ausgliederung der Auslandsaktivitäten in einer „Huta Constructa GmbH". Vorstandsmitglied Ernst Pietschmann bezifferte den derzeitigen Auftragsbestand mit rund 100 Mill. DM im Inland und etwa 250 Mill. DM im Ausland.

Ein bedeutender, bisher noch nicht „abgesprungener" Auslandskunde sei die Stadtverwaltung von Jeddah, für die Huta-Hegerfeld seit 17 Jahren vor allem Entwässerungsanlagen baue. Außerdem ist das Unternehmen noch in Iran tätig. Im Ausland beschäftigt Huta-Hegerfeld rund 1200 Mitarbeiter. Den Konkursantrag begründete der Vorstand mit dem Scheitern der „Bemühungen, die Liquidität im Inland zur Durchführung des Vergleichverfahrens aufrecht zu erhalten".

SAUDI-ARABIEN / Ehrgeizige Pläne zum Aus- und Aufbau der Grundstoffindustrie und der Weiterverarbeitung

In der Petrochemie ändern sich die Strukturen

HANS BAUMANN, Essen

Saudi-Arabien scheut keine Mittel, um sich so schnell wie möglich von einer Handelsnation zu einer Industrienation umzustrukturieren. In zwei Stufen soll die Basis geschaffen werden: 1. Aufbau einer Grundstoffindustrie; das sind in der Anfangsphase 17 Projekte, von denen 1988 das letzte realisiert sein soll. 2. Weiterverarbeitung, die in der Zeit von 1986 bis 1990 aufgebaut werden soll.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Saudi Basic Industries Corp. (Sabic), Riad, Abdulaziz S. Al-Jarbou, hat in diesen Tagen vor der Amerikanisch-Arabischen Gesellschaft für Handel und Industrie in New York erklärt, daß die – für die Durchführung der ehrgeizigen Pläne notwendigen – großen internationalen Venture-Partner künftig keine eigenen Anlagen mehr zu bauen brauchten; daß sie sich vielmehr der großen und langfristig gesicherten Rohstoffbasis in Saudi-Arabien bedienen könnten. An die Industrienationen richtete er den Appell, künftig keine chemischen Grundprodukte auf der Basis Kohlenwasserstoffe mehr herzustellen, dies mehr und mehr den Ölförderländern zu überlassen und sich dafür der Spezialisierung in der Petrochemie zu widmen.

Den Wandel der Strukturen in der Petrochemie kann man nach Al-Jarbou daran ablesen, daß zur Zeit weltweit 28 Chemieanlagen geplant oder aufgebaut würden, davon lediglich drei in den USA, in Westeuropa und in Japan, 25 dagegen in weniger industrialisierten Ländern. Bei diesem Strukturwandel „wird Saudi-Arabien eine Schlüsselrolle spielen", erklärte Al-Jarbou.

Es stelle sich die jetzt die Frage, wie sich die petrochemische Industrie in aller Welt den neuen Realitäten anpaßt, denn die neuen Herstellerländer würden einen ständig steigenden Ausstoß haben. Als liberales Land erwarte Saudi-Arabien, daß auch die Industrienationen die chemischen Grundstoffe ungehindert in ihre Länder ließen. Der Eintritt neuer Anbieter in den Weltmarkt werde zur Folge haben, daß unrentable, also nicht mehr wettbewerbsfähige Kapazitäten in den Industrienationen abgebaut werden müßten. Die Sabic werde einer der effizientesten Hersteller von petrochemischen Produkten und Kunststoffen sein.

Angesichts solcher Aussichten wird in Brüssel überlegt, die heimischen Petrochemie-Anlagen mit einem Einfuhrzoll zu schützen. Dagegen läuft jetzt der Rat der Arabischen Liga (Saudi-Arabien und Golf-Emirate) Sturm. Der saudiarabische Minister für Industrie und Elektrizität, Abdulaziz Al-Zamil, der in Personalunion Vorstandsvorsitzender der Sabic ist, verweist darauf, daß sein Land – frei von Zollbarrieren – jährlich Waren im Wert von rund 20 Mrd. Dollar aus Europa und den USA beziehe.

Die Saudis haben schon genaue Vorstellungen, wie die Zukunftspläne in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen: Management und Engineering liegen bei der Sabic. Das genehmigte Kapital der Sabic wird von der Gesellschaft mit 9 Mrd. Mark angegeben. Der Investitionsplan für die Grundstoffindustrie sieht den Einsatz von 34 Mrd. Mark vor (100 Riyal = 89,20 Mark, Stand Januar 1985).

Sieben Projekte sind schon in Betrieb: Die Saudi Methanol Co., die National Methanol Co., die National Industrial Gas Co., die Saudi Iron & Steel Co., die Jeddah Steel Rolling Mill, die Al-Jubail Fertilizer Co., die Al-Jubail Petrochemical Comp. und die Saudi Arabian Fertilizer Co. Von 1986 bis 1990 soll diese Grundstoffbasis vertikal ausgebaut werden. (Produkte: Additive, Methyl-tert.-Butyläther, Butadien, Buten-1 und andere chemische Produkte). Venture-Partner beim vertikalen Ausbau sind bisher die Apicorp (eine arabische Investment-Gruppe), die Neste Oy (Finnland), Enichem (Italien) und private Anleger. Partner in der Grundstoffindustrie sind Celanese-Texas Eastern, Shell Oil Comp., Exxon Corp., Mobil Oil Corp., ein japanisches Konsortium unter Leitung von Mitsubishi, die Taiwan Fertilizer Comp., die Deutsche Entwicklungsgesellschaft, die Lukcky-Goldstar Gruppe aus Südkorea, die Apicorp, Neste Oy und die Enichem.

Die ausländischen Venture-Partner halten bis zu 50 Prozent des Kapitals der einzelnen Projekte. Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) hält nur 4,5 Prozent der Saudi Iron and Steel Co. in Al-Jubail, die wiederum Eigentümerin der Jeddah Steel Rolling Mill in Jeddah ist, die aus Stahlbarren der Saudi Iron Stahlstäbe (im wesentlichen für den heimischen Baumarkt) herstellt.

Die Produkte der Petrochemie, der Metallurgie und die Düngemittel sollen mit Hilfe der weltweiten Handelsorganisationen der Venture-Partner vertrieben werden. Handelsbüros unterhält die Sabic in Hongkong und in London. Ein weiteres wird zur Zeit in New York eingerichtet. In der Bundesrepublik und in Rotterdam werden Auslieferungsläger unterhalten. Basis der Grundstoffindustrie der Saudis sind vor allem Kohlenwasserstoffe.

WÜRTTEMBERGISCHE SPARKASSEN

Für Neuordnung offen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Baden-Württemberg offen zeigt sich auch Bruno Rühl, Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes. Mit seinen Vorstellungen über eine mögliche Konstruktion hält er freilich hinter dem Berg. Zunächst sei es wichtig, daß das bereits für Ende letzten Jahres terminierte und dann verschobene Gespräch mit Ministerpräsident Lothar Späth, der jenen Fusionsgedanken initiiert hat, stattfinde.

Ins Gespräch gebracht hat Späth u. a. eine bereits in den siebziger Jahren erwogene (und dann wieder zu den Akten gelegte) Zusammenfassung der Württembergischen Kommunalen Landesbank in Stuttgart und der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim (beide im Besitz der Sparkassen) mit der landeseigenen Landeskreditbank in Karlsruhe. Daraus ergäbe sich ein Institut mit einer addierten Bilanzsumme von 85 bis 90 Milliarden DM.

Die 24 württembergischen Sparkassen entwickelten sich nach Angaben von Verbandsgeschäftsführer Manfred Haas in 1984 „recht positiv". Bei einer um 7 Prozent auf 67,2 Milliarden DM gestiegenen zusammengefaßten Bilanzsumme erhöhten sich die Gesamteinlagen von Kunden um 6,3 Prozent, das Kreditgeschäft weitete sich um 7,5 Prozent aus. Eine günstige Entwicklung der außerordentlichen Erfolgskomponenten und eine etwas geringere Steuerbelastung führten letztlich zu einem gegenüber dem Vorjahr fast unveränderten Jahresüberschuß von 0,41 Prozent der Durchschnittsbausparsumme. Der Anteil der Rücklagen an der Bilanzsumme verbesserte sich auf 3,5 (3,4) Prozent. Für 1985 geht Haas davon aus, daß der Druck auf die Erträge anhalten werde.

DUPONT / Kunststoffbereich drittgrößte Konzernsparte

Wachstumsmärkte im Visier

JOACHIM WEBER, Frankfurt

In vier Bereichen der Kunststoffanwendung sieht der US-Chemiekonzern DuPont de Nemours, Wilmington/Delaware, in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten noch besondere Wachstumschancen: im Automobilbau, in der Elektrotechnik und Elektronik, in der Verpackung und im noch jungen Anwendungsgebiet der Membrantechnik.

Alle vier zusammen sollen bis 1990 ein Weltmarktvolumen von 26 Mrd. Dollar erreichen. Dazu wird laut DuPont-Prognose die Elektronik rund zehn Mrd. Dollar beisteuern, die Autoindustrie neun Mrd. Dollar, die Verpackungsindustrie 5,5 und die Membrantechnik (derzeit erst bei 100 Mill. Dollar) 1,6 Mrd. Dollar.

Mit 3,6 Mrd. DM Weltumsatz ist der Kunststoffbereich derzeit der drittgrößte unter den neun Sparten des Konzerns. Die europäischen Märkte tragen dazu insgesamt 580 Mill. Dollar bei, an denen die Bundesrepublik wiederum mit 28 Prozent als größter Einzelmarkt beteiligt ist. Um ihre Marktposition in Europa auszubauen, wollen die Amerikaner sowohl die Forschung und Entwicklung vor Ort als auch die Produktion in mehreren Ländern ausbauen. Damit soll der Anteil der im Markt produzierten Erzeugnisse von heute 55 Prozent bis 1990 auf 80 Prozent wachsen.

Die deutsche Tochtergesellschaft in Düsseldorf hat ihren Kunststoff-Umsatz im vergangenen Jahr um fast 20 Prozent auf 350 Mill. DM gesteigert. Damit wuchs dieser Bereich schneller als das deutsche Gesamtgeschäft, das um 15 Prozent auf 2,25 (1,98) Mrd. DM zunahm. Die 4000-Mitarbeiter-Gesellschaft wil ihren Hauptsitz in den nächsten zwei Jahren von Düsseldorf nach Bad Homburg an der Peripherie Frankfurts verlegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zentrale geschlossen

Hamburg (dpa/VWD) – Die Zentrale der zur Deutschen Nestle Gruppe, Frankfurt, gehörenden Glücksklee GmbH in Hamburg wird geschlossen. Das Unternehmen teilte gestern mit, von den 138 Mitarbeitern in Hamburg werden voraussichtlich 60 gekündigt. Die Schließung werde Anfang Mai beginnen. Zur Zeit werde ein Sozialplan erarbeitet. Die Auflösung steht im Zusammenhang mit der Übernahme der Glücksklee-Muttergesellschaft Carnation Co., Los Angeles/USA, durch den Schweizer Nestle-Konzern.

Bleyle gewachsen

Stuttgart (nl) – Die Stuttgarter Bleyle-Gruppe hat in 1984 ihren Umsatz um knapp 7 Prozent auf 260 Mill. DM ausgeweitet. Zu dieser Entwicklung trugen nach Angaben des Unternehmens insbesondere das gute Geschäft in den USA sowie der positive Trend in den Warenbereichen Herrenartikel und Damenwäsche im Inland bei.

Großauftrag für Siemens

München (ap) – Eine Arbeitsgemeinschaft der Firmen Siemens und AEG wird die elektrotechnische Ausrüstung für die Breitbandstraße des neuen Warmwalzwerks in Baoshan in der Volksrepublik China liefern und installieren. Wie die federführende Siemens gestern in München bekanntgab, beträgt der Auftragswert rund 400 Mill. DM. Davon enfallen etwa 300 Mill. DM auf Siemens.

Stärker im Ausland

Stuttgart (nl) – Die Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, ist mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden. Der Jahresüberschuß ermögliche eine angemessene Dotierung der Rücklagen sowie die Ausschüttung einer Dividende in Vorjahreshöhe (20 Prozent). Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich um 8,8 Prozent auf 7,1 Milliarden DM. Bei den Kundeneinlagen ergab sich ein Plus von 10 Prozent auf 5,9 Mrd. DM. Die Bilanzsumme stieg auf 9,6 Mrd. DM (plus 8,7 Prozent).

AEG doch in Schwarz

Frankfurt (Wb.) – Die AEG-Spitze hält ihre Ankündigung aufrecht, daß der Elektrokonzern für 1984 schwarze Zahlen ausweisen werde. Die Verluste aus einem Anlagenauftrag in Saudi-Arabien, von denen der „Spiegel" in seiner gestrigen Ausgabe berichtet hatte, seien in den Ergebnisaussagen des Vorstands aus den letzten Wochen schon berücksichtigt gewesen. Zudem sei die Verlusthöhe von 180 Mill. DM, die der „Spiegel" genannt hatte, „bei weitem zu hoch" gegriffen.

CO OP / Einzelhandelsumsatz ist nur wenig gestiegen

Ergebnis wurde verbessert

dpa/VWD, Frankfurt

Der Einzelhandelskette co op (Frankfurt) ist es 1984 gelungen, den Konzern-Außenumsatz – einschließlich Großhandel und Industrie, ohne Mehrwertsteuer – gegenüber dem Vorjahr von 9,58 Mrd.auf 10,7 Mrd. DM zu steigern. Der reine Einzelhandelsumsatz der co op AG nahm, wie das Unternehmen gestern mitteilte, um 0,7 Prozent auf 9,27 Mrd. DM zu. Das Flächenwachstum lag in der co op AG nur bei 0,7 Prozent nach 3,6 Prozent 1983. Die Verkaufsfläche wuchs auf 1,27 (1,26) Mill. Quadratmeter in 1969 (2065) Märkten. 92 neue, größere Märkte wurden eröffnet, 142 geschlossen oder veräußert.

Das Ergebnis konnte verbessert werden. Die Aktionäre des zum Gewerkschaftsbereich zählenden Unternehmens werden auch 1984 eine Dividende von sechs Prozent oder 22,5 Mill. DM auf das um 75 Mill. auf 375 Mill. DM erhöhte Grundkapital erhalten. Darüber hinaus können laut Unternehmensangaben weitere Zuführungen zu den Rücklagen vorgenommen werden.

Als nach wie vor ausbaufähig erweist sich für co op der Discount-Markt-Typ (depot-Vorratsmarkt) mit über 800 Quadratmetern Verkaufsfläche. Hier wurden in 333 (Vorjahr 318) Märkten mit 2,9 Mrd. DM 6,2 Prozent mehr als 1983 umgesetzt. Der Umsatzanteil weitete sich auf 31,4 (28,6) Prozent aus. Dagegen sind die 136 (152) Klein-Discounter (PriX) mit einem Flächen- und Umsatzabbau von rund zehn Prozent bei einem Umsatzanteil von nur 3,8 (6,5) Prozent auf dem Rückzug. Der Supermarkt-Bereich (co op Frischmarkt) mit 1387 (1463) Märkten lag zwar mit drei Prozent unter seinem Vorjahresumsatz. 1983 war der Umsatzverlust jedoch wesentlich größer (minus 5,8 Prozent). Hier ging der Umsatzanteil planmäßig weiter auf 44,6 (46,3) Prozent zurück und machte insgesamt nur noch 4,3 Mrd. DM aus.

Der Umsatz der 67 Baumärkte (Bau- und Hobby depot) wuchs kräftig um 11,9 Prozent auf 249 Mill. DM. Die Fläche wurde um 7,5 Prozent vergrößert. Die 27 plaza SB-Warenhäuser legten auf fast unveränderter Fläche (plus 1,5 Prozent) acht Prozent zu. Ihr Anteil am Gesamtumsatz erhöhte sich weiter auf 14,5 (13,5) Prozent oder 1,34 Mrd. DM.

Prognosen für das Jahr 1985 sind nach Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden Bernd Otto nicht möglich. Vielleicht werde das Konjunktur-Schlußlicht Lebensmittel-Einzelhandel wieder etwas heller, wenn die Konjunktur Fahrt aufnimmt, meint er.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Peter Zingler, Inh. d. Peter Zingler Baugeschäft u. Bauträger-Zingler Häuser, Emersacker; Josef Käuferle Stahlbau KG, Aichach; **Gütersloh:** Röttgers Fensterbau GmbH, Herzebrock 1; **Hameln:** Norbert Zawidski, Kaufmann, Bad Pyrmont; **Hannover:** K. B. schlimme Verwaltungs-GmbH; **Heidelberg:** Hans Kiekenap; Carl Knoblauch KG; **Iserlohn:** Werner Schmidt; **Mannheim:** Nachl. d. Franz Roederer; **Meldorf:** Bernd Claussen, Kaufmann, Krempel b. Lunden; **Minden:** Baustoffwerke Minden-Ravensberg GmbH, Petershagen; **Mönchengladbach:** ha-ge Verwaltungsges. mbH; **Pforzheim:** Becker u. Strauch OHG, Ispringen; **Remscheid:** Tiefbau Häusgen GmbH; **Rinteln:** Falk GmbH; **Siegburg:** Radovan GmbH, Troisdorf; **Wuppertal:** Nachl. d. Emma Luise Maria Heiß; Nachl. d. Margot Bengsch.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld (Leine): Georg Rohde, Maurermeister; **Hagen:** 1. Fischer & Schmidt GmbH & Co. KG; 2. Fischer & Schmidt GmbH; **Memmingen:** Eugen Micheler GmbH & Co., Ottobeuren; **Regensburg:** Georg Wein, Hemau; **Schwäbisch Gmünd:** Rapp-Uhren Adolf Rapp KG; **Tuttlingen:** Ernst Binder GmbH & Co. KG, Neuhausen.

Vergleich eröffnet: Siegen: Schallex Apparatebau Herbert Balogh GmbH.

Vergleich beantragt: Darmstadt: Wenger & Co. Gaststätten-Betriebsges. mbH, Goldene Krone; **Niebüll:** Christiansen & Jensen OHG, Risum-Lindholm; **Norderstedt:** Henrich Hermann Tams, *Kaufmann, Lentförden;* **Stuttgart:** INDU-Plan + Bau GmbH.



Generalist als Bildungs-Ideal der Zukunft?

Was ist Bildung, was soll sie schaffen? Nach den Zeiten der Reform-Euphorie, als man mit dem Vehikel Bildung hoffte, alle gesellschaftlichen Probleme lösen zu können, wurde sie zum „Prügelknaben der Nation", wie es die streitbare Berliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien formulierte. Immer lauter wird die Frage danach, was Bildung zur Bewältigung der Jahrtausendwende beitragen kann und muß.

Auf Einladung der Senatorin Laurien, der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms und des Berliner Wissenschaftssenators Wilhelm Kewenig debattierte jetzt im Berliner Senatsgästehaus eine Expertenrunde über die Fragestellungen. Dabei schälte sich heraus, daß es vor allem die Weiterbildung ist, die auf der Tagesordnung steht.

„Unsere Aufgabe ist es, auf Entwicklungs-Aufgaben Antworten zu geben", sagte Frau Wilms, „was muß vermittelt werden" und dies wirklich „alles in der ersten Bildungsphase". Ob es nicht in Zukunft eher darum gehen müsse, nach einer Phase der Grundbildung sehr viel mehr auf den Bereich der Weiterbildung zu verlagern. Kewenig griff dies mit seinen Worten auf: Ob man nicht im Gesetz festschreiben müsse, eine Ausbildung an der Hochschule habe „drei Jahre zu dauern, nicht länger – mit wenigen Ausnahmen". Alles weitere müsse dann neben dem Berufsleben als Zusatzwissen in Form „von Bausteinen von den Universitäten" geholt werden. Ihm schwebe bei der Ausbildung wieder stärker das Bild des „Generalisten" vor – ausgestattet mit einem breitangelegten Wissens-Fundament, geistig beweglich, in der Lage, sich schnell auf neue Anforderungen einstellen zu können.

Doch die festgefahrenen Strukturen der Bildungslandschaft sind schwer aufzubrechen: Die Wirtschaft will eine nachfrageorientierte Bildungspolitik, die möglichst weder qualitativ noch quantitativ von den Abnehmer-Interessen abgekoppelt ist. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, hatte deshalb im vergangenen Jahr erhebliche Kritik einstecken müssen, als er öffentlich die Idee von Kurzstudiengängen entwickelte: Ähnlich dem angelsächsischen Vorbild solle nicht jeder während des Studiums zum potentiellen Forscher ausgebildet werden, sondern nach wenigen Semestern als „Bachelor" bereits berufsfähig die Hochschule verlassen können. Die Wirtschaft sah für eine derartige Kurzausbildung bei sich „kein Interesse", das öffentliche Laufbahnrecht steht dem ohnehin entgegen. Nur wird es wohl in diese Richtung gehen müssen – mit einem höheren Stellenwert für die Weiterbildung –, wenn wir endlich aus der Situation herauskommen wollen, daß die Berufszeit immer stärker aus den innovationsfreudigen jüngeren Jahren ins Alter verschoben wird und zugleich durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinten gekappt wird.

p. p.

Neue Technologie erfordert neue Ausbildungs-Ideen

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen müssen Hürden überwinden / Hilfe zur Selbsthilfe durch Regional-Verbund

Bis zum Jahre 1990 wird die Informationstechnologie rund 70 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland, jeden achten Ausbildungsberuf unmittelbar erreicht haben. So lauten jedenfalls alle verläßlichen Prognosen. Dies bedeutet, daß verstärkt schon heute den Klein- und Mittelbetrieben, in denen die überwiegende Zahl der Arbeitnehmer beschäftigt ist, der Schritt zur technologischen Innovation erleichtert werden muß – nicht durch finanzielle Subvention, sondern durch Hilfe zur Qualifizierung der Mitarbeiter. Zum anderen verlangt eine vorausschauende Planung, in die neuen Qualifizierungskonzepte alle Funktionsebenen und alle Beschäftigten einzubeziehen, also von Anfang an neue Benachteiligungen für Frauen und Mädchen zu vermeiden.

Neben den firmeninternen Planungen sind hierbei auch der Staat und die übergreifenden Organisationen gefordert: auf dem Feld der von ihnen organisierten beruflichen Weiterbildung und bei den überbetrieblichen Ausbildungsstätten (meist in der Trägerschaft des Handwerks), auf die erhebliche neue Aufgaben zukommen. In der Form von Forschungs- und Modellvorhaben sowie als „flankierende Maßnahmen hat das Bundesbildungsministerium ein „Aktionsprogramm Neue Technologien in der beruflichen Bildung" gestartet, das vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe zielt, „deren innovatives Potential *verstärkt genutzt werden soll*", wie es in dem Bonner Ministerium heißt. Denn Großbetriebe lösen auf der Basis ihrer vorhandenen Ressourcen die Innovationsprobleme meist aus eigener Kraft.

Die Palette ist groß. Zu den Forschungsvorhaben gehören u. a. eine beim Institut der deutschen Wirtschaft in Auftrag gegebene Untersuchung über „zukünftige Anforderungen an eine praxisorientierte Weiterbildung bei zunehmendem Einsatz mikroelektronischer Systeme", das vom Heinz-Piest-Institut in Hannover zu untersuchende Thema „Mikroelektronik im Kfz-Handwerk und Bedarf an beruflicher Weiterbildung" sowie die Frage der „Softwarenutzung am Arbeitsplatz und berufliche Weiterbildung", der sich die Gesamthochschule Kassel annimmt.

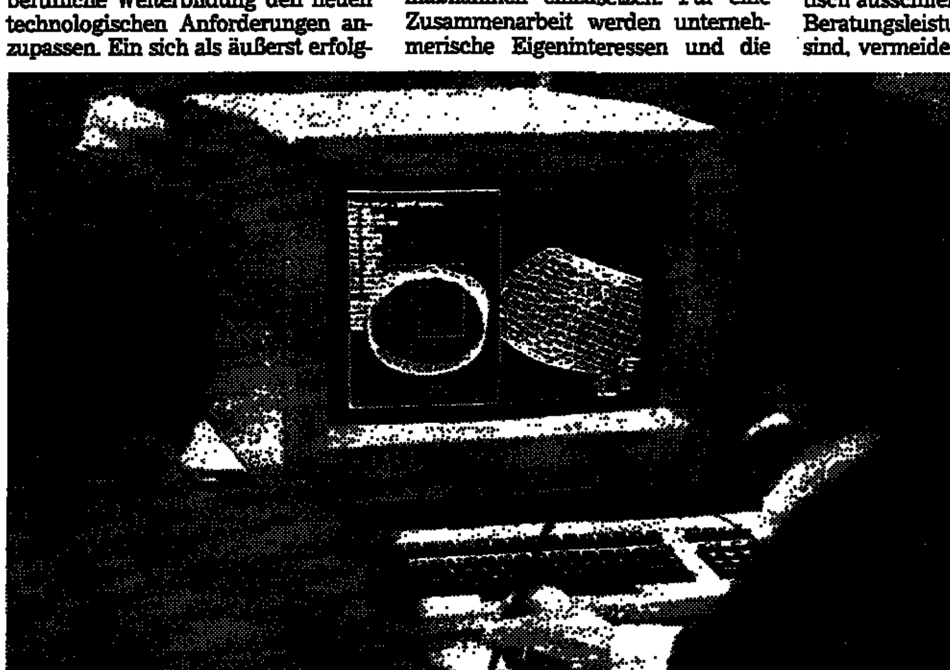
Unabhängig von diesen Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse allenfalls mittelfristig umzusetzen sind, versuchen Staat und Wirtschaftsorganisationen auf einem anderen Feld bereits heute, aktuell die berufliche Weiterbildung den neuen technologischen Anforderungen anzupassen. Ein sich als äußerst erfolgreich erweisender Weg ist hier – ähnlich wie bei der Lehrlingsausbildung – der zwischenbetriebliche Verbund der kleinen und mittleren Unternehmen. Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms zog aus einer grundlegenden Untersuchung über eine solche Zusammenarbeit in der Region Bergisch Gladbach (als Broschüre erhältlich im Ministerium) das Fazit: „Das in dieser Form neue Instrument erlaubt es den Unternehmen einer überschaubaren Region, die in allen interessierten Betrieben vorhandenen Kräfte gemeinsam für gegenseitig nützliche und zugleich kostengünstigere Qualifizierungsmaßnahmen einzusetzen. Für eine Zusammenarbeit werden unternehmerische Eigeninteressen und die Verantwortung für die Mitarbeiter im Vordergrund stehen."

Vor die Erfolge in Bergisch Gladbach – wie vermutlich auch bei Weiterbildungs-Verbunden in anderen Regionen – hatten die Neuen Technologien erst einmal erhebliche, vor allem psychologische Hürden bei den kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt. Dem „neuen Abenteuer" fühlten sich die, wegen mangelnder Informationen erst einmal überforderten, *Entscheidungsträger in den* Firmen nicht von vornherein gewachsen. Wenn die kleinen und mittleren Unternehmen auch noch auf hochspezialisiertes Fachpersonal verzichten müssen und deshalb praktisch ausschließlich auf teure externe Beratungsleistungen angewiesen sind, vermeiden sie das mit der Einführung neuer Technologien verbundene Risiko, um zugleich sich damit auch eines großen Teiles ihrer Marktchancen zu begeben.

Es sind bisher nicht bekannte Vernetzungen und Schnittstellen, die zu organisatorischen und sozialen Problemen führen können, Reduzierungen bei der Überschaubarkeit betrieblicher Zusammenhänge, die zusätzlich abschrecken. In einer Umfrage unter den Betrieben sind diese *Fragen auch als vordringliche* Schwierigkeiten immer wieder genannt worden. Inzwischen, so die Erfahrungen von Bergisch Gladbach, die pars pro toto stehen, halten 100 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in einer zusammenhängenden Region „die Entwicklung von Strategien, Konzepten und Planungen für technisch-organisatorische Veränderungen und Qualifizierungsmaßnahmen" in der Kooperation mit regional benachbarten Unternehmen bzw. Institutionen für sinnvoll. Genauso einhellig ist das aus der Erfahrung geprägte Urteil über die gemeinsame Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen und der Ausbildung. Leichte Abschläge gibt es beim Urteil über die gemeinsame Vorbereitung eigenen Weiterbildungs-Personals (84 Prozent) und Ausbildungs-Personals (93 Prozent).

Der üblicherweise in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins gegründete Verbund schafft sich eine Leitstelle, die für die Unabhängigkeit von Einzelbetrieben sorgt. Die Erfahrungen auch von Bergisch Gladbach empfehlen, daß ein derartiger Verbund vorrangig in Mittelpunkt-Regionen gegründet werden sollte, „um ein möglichst umfangreiches Potential an Know-how, Ressourcen und Mitgliedern zu erschließen".

PETER PHILIPPS



Der Arbeitsplatz am Bildschirm erobert sich immer stärker die betriebliche Wirklichkeit. Schätzungen gehen davon aus, daß spätestens in 15 Jahren jeder Akademiker von seinem Schreibtisch aus auch an einen Computer angeschlossen *ist. Die* technologische „Revolution" fordert vor allem die Weiterbildung heraus, um die Fähigkeit zum weltweiten Wettbewerb zu erhalten. FOTO: KLAUS MEHNER

Sprache des Körpers ergänzt die Rhetorik

GEORGE P. OGDEN, **Düsseldorf**

Mit mehr als 1100 Seminaren und über 18 000 Teilnehmern pro Jahr gehört die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg zu den bekanntesten Fortbildungsinstituten in der Bundesrepublik. Die Se*minare beispielsweise in „Rhetorik* und Kinesik" waren auch deshalb bereits frühzeitig ausgebucht, so daß jetzt nachträglich noch ein Termin vom 20. bis zum 22. Dezember eingeschoben worden ist. Rhetorisches Grundwissen und der „gezielte Einsatz der Körpersprache" sollen hier vermittelt werden – ein Thema, das auch andere Fortbildungs-Veranstalter immer stärker aufgreifen. Zu den grundlegenden Kenntnissen gehört das Einhalten gewisser „Distanzzonen" zum Gesprächspartner. Aber auch die Harzburger weisen darauf hin, daß die Kinesik – so hilfreich sie sein kann – inzwischen zur „Modeerscheinung" geworden ist.

Kleine Betriebe im Zentrum des neuen Studiums

ff. Hannover

An der Hochschule in Lüneburg wird vom Sommersemester an ein auf den Personalbedarf mittelständischer Betriebe ausgerichteter Studiengang Betriebswirtschaft einen neuen Ausbildungsweg eröffnen: Er *soll sich in Lehre wie in Forschung an* den besonderen Anforderungen der mittelständischen Wirtschaft orientieren. Nach den Vorstellungen des genehmigenden Landesministers Cassens sollen den Studenten „die spezifischen Probleme des Mittelstandes vermittelt und Lösungen erarbeitet werden, die praxisorientiert und wissenschaftlich fundiert sind". Nach acht Semestern Regelstudienzeit soll das Examen als Diplom-Kaufmann abgelegt werden. Erstes Berufsziel könnte dann nach den Vorstellungen der Studium-Planer der Job der „rechten Hand des Chefs" (Cassens) in einem mittelständischen Betrieb sein.

Konzepte für die Fortbildung von Ausbildern

J.M. Berlin

Das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin setzt mit der Entwicklung und Erprobung von vier Seminarkonzepten zur Weiterbildung von Ausbildern in diesem Jahr einen neuen Arbeitsschwerpunkt. Unter dem Thema „Ausbilder-Förderung" soll die Umsetzung von Neuerungen auf allen Gebieten der beruflichen Bildung erprobt und zugleich sollen mit Weiterbildungsträgern „vorbildliche Seminarkonzepte" entwickelt werden. Interessenten können diese anschließend abrufen.

„Förderung des selbständigen Lernens", „Frauen in gewerblich-technischen Berufen", „Türkische Jugendliche in der Berufsausbildung" und „Neue Hilfen in der Ausbildung an CNC-Maschinen" heißen die vier Schwerpunkte des laufenden Jahres, wobei das Institut bereits einen CNC-Simulator für „risikoarmes Lernen" entwickelt hat.

CAD-Systeme in Tonbildschau vorgestellt

J.R. Bochum

Am Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität in Bochum ist unter der Leitung von Hermann Korte eine 70-minütige Tonbildschau entstanden: „Auswirkungen computergestützten Konstruierens in Konstruktion und Fertigung". Nach Angaben der Bochumer geht die Tonbildschau vom herkömmlichen Konstruktionsbereich aus, erläutert die Möglichkeiten der CAD-Systeme (Computer Aided Design) und die Möglichkeiten bzw. Folgen aus ihrer Einführung. Damit wird es leichter möglich, in Fortbildungs-Seminaren konkrete Vorstellungen von dieser neuen Technik zu vermitteln. Wegen der hohen Bildqualität und des schnelleren Zugriffs haben die Bochumer allerdings nicht die neueste Video-Technik sondern die eher herkömmlichen Dias eingesetzt. (Interessenten können die Tonbildschau ausleihen oder kaufen).

Produkthaftung im Vergleich zu den USA

p.p. Berlin

Ehemalige Hochschulabsolventen und Führungskräfte der Wirtschaft sowie der Verwaltung sind die Zielgruppe der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nach eigenen Angaben sollen die Seminare „insbesondere die Fähigkeit fördern, sich spezifische Kenntnisse und Methoden aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften anzueignen und diese zur Lösung komplexer Probleme anzuwenden". Dabei werden sowohl Tagungen in größerem Teilnehmerkreis angeboten als auch Kurse und Seminare in begrenztem Rahmen, „die auf der aktiven Mitarbeit der Teilnehmer beruhen". Zu den Bonbons des diesjährigen Angebots gehört eine Veranstaltung am 25. März in der Hochschule, in der es um „Produktehaftung Schweiz – Europa – USA" geht und die gemeinsam mit dem Institut für Europarecht durchgeführt wird.

Seminare mit Praxis-Bezug für Banker

p. p. **Bonn**

Die „Vereinigung für Bankberufsbildung" hat für die kommenden Monate ein breitgefächertes Angebot zur Weiterbildung aufgelegt. Am 11. und 12. März stehen die Bauherren- und Erwerbermodelle im Zentrum eines Seminars, nachdem Marktsättigung, Schwierigkeiten bei der Vermietung und der Wegfall einzelner Steuervorteile für Verunsicherung bei potentiellen *Kunden gesorgt haben.* Vor allem Führungskräfte der Banken sind am 18. und 19. März angesprochen, wenn es um „Langfristprognosen der Umweltbedingungen, der Bankpolitik und des Bankenwachstums in den achtziger und neunziger Jahren" geht. Als Basis dient unter anderem eine „Delphi-Expertenbefragung" von 40 führenden Vertretern des deutschen Kreditgewerbes.

Lernen in den Ferien

G.P.O. **Düsseldorf**

Zu den wichtigsten Aufgaben einer gezielten Weiterbildung gehört der Unterricht in Fremdsprachen. Um das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, werden von verschiedenen Veranstaltern Sprachreisen ins Ausland angeboten. Der „Reisezirkel Jeuneurope" beispielsweise, erster auf diesem Gebiet und seit 1954 in diesem Geschäft tätig, hat neben den altbekannten Zielen Malta mit einem Englisch-Intensivkurs neu aufgenommen, Ferienkurse für Schüler und Studenten im ehrwürdigen Oxford, Ferienkurse mit Tennis in Royal Windsor und Französisch-Kurse für junge Leute von 16 Jahren an in Nizza. Wen es weiter in die Ferne zieht, für den werden Süd-Australien und Neuseeland angeboten, mit Unterkunft in Gastfamilien.

Fernlehre im Vergleich

-ips, **Berlin**

Durch einen Katalog des Bundesinstitutes für Berufsbildung in Berlin wird jetzt jedem Interessenten ein schneller Vergleich von Leistungen, Organisation und Kosten der derzeit angebotenen berufsbildenden Fernlehrgänge, die auf 120 anerkannte Prüfungen vorbereiten, ermöglicht. Dieser Katalog (beim Institut in Berlin erhältlich) enthält Kurzbeschreibungen der Lehrgänge, der Inhalte, Kosten und Dauer und schafft somit ein bißchen mehr Transparenz auf diesem großen Markt.

Spezialfonds

e. s. **Passau**

Unter dem Thema „Spezialfonds zur Vermögenssicherung und Vermögensmehrung für institutionelle Anbieter" veranstaltet die Universität Passau im April ein Unternehmerseminar. Dabei sollen die mit der Anlage in Spezialfonds – in der Bundesrepublik zur Zeit etwa 600 Fonds mit fast 30 Milliarden Mark Anlagevolumen – zusammenhängenden Fragen sowohl mit Wirtschafts-Fachleuten als auch Vertretern der Aufsichtsämter diskutiert werden.

Kann die Flammen von Dresden nicht vergessen: Der Autor Kurt Vonnegut

Man nennt ihn den „Dali der Wörter"

Er selber ist ein Patch-Work, diskursiv und scheinbar inkohärent wie seine in 32 Jahren geschriebenen neun, zehn Romane – Kind deutscher Vorfahren, die nach dem US-Bürgerkrieg in Indianapolis siedelten, Cornell-Student der Biochemie, Soldat und POW („Prisoner of War"), dann Anthropologie-Student in Chicago mit M. A.-Abschluß, Reporter für die „Chicago City News", PR-Mann bei General Electrics, dann freier Schriftsteller und immer wieder Gastdozent: Harvard, Iowa, das New York City College hörten ihn.

Sein Kollege Gore Vidal hält ihn für den miserabelsten Romancier Amerikas, Graham Greene meint, er sei einer der besten. John Updike sieht seine Prosa in „stoisch epikureischer Zeit" angesiedelt und bescheinigt ihr „präsoziale Frische". Vonnegut schrieb Storys für Edelmagazine, hat drei Kinder, von denen eines, Sohn Mark, als Hippie schizophren wurde, plus drei Adoptivkinder – von seiner verstorbenen Schwester Alice, die ihm beim Schreiben noch heute über die Schulter zu schauen scheint.

Er ist 62, Kettenraucher, Laurel-and-Hardy-Fan, Mark Twain- und Science-Fiction-Phantast, amerikanischer Kulturpessimist, Satiriker, Fabulierer, Bestseller-Verfasser und, zeitweilig gewesen, Kult-Schriftsteller der jungen Generation, ein bißchen Späthippy, ein Liebling der Medien auch und des Films. Sein erster großer, auch internationaler Roman-Hit „Schlachthof fünf", fünf Jahre nach dem Erstling „Gott segne Sie, Mr. Rosewater" entstanden, galt der protestierenden Vietnam-Generation neben Joseph Hellers makabrem „Catch 22" als längst fälliger Beitrag zur Stimmung im Lande.

Dabei hatte Kurt Vonneguts Roman mit Vietnam eigentlich gar nichts zu schaffen: Der Titel bezog sich auf den Gebäudewürfel, in dem, am 13. Februar 1945, der Autor als Kriegsgefangener kauerte, in Dresden: In jener Nacht zum 14. Februar erlebte der Amerikaner dort eines der größten Kriegsmassaker der Geschichte. Und es sollte sein Leit-, sein Leid-Motiv bleiben.



Ein Virtuose der Unordnung: Der Schriftsteller Kurt Vonnegut
FOTO: KEYSTONE

Aus dem Krieg in die USA zurückgekehrt, versuchte Vonnegut, sich auf 5000 Seiten von dem Dresdentrauma freizuschreiben. Er warf sie

Schlachthof 5 – ZDF, 22.40 Uhr

fort und machte einen neuen Anlauf. Als endlich „Schlachthof" erschien, wurde Amerika schnell auf ihn aufmerksam, entdeckte nun auch den „Rosewater" und andere Geschichten des schmalen Ex-Soldaten. 1969/70 sprang der Vonnegut-Funke auch zu uns über, Erzählungen erschienen, 1974 hier auch „Rosewater", dieser „kabarettistische Versuch, die amerikanische Neurose darzustellen", wie *die WELT schrieb.*

Dieses Buch, wie auch sein 1977er „Slapstick", eine apokalyptische Vision eines zerfallenden Amerikas, hat man gern mit Salvador Dalis Endzeit-Phantasien verglichen. Treffender wäre vielleicht der Vergleich mit Ray Bradburys „Fahrenheit", weil Platz für Optimismus, für den Strohhalm Hoffnung bleibt. Eine „groteske und poetische Komödie" mochte Vonnegut seinen „Slapstick" denn auch nennen.

Mehr als 20 Jahre nach dem Ersterscheinen lag, 1980, auch der Roman „Die Sirenen des Titan" auf deutsch vor, eine Satire, die mit Versatzstükken aus dem Science-Fiction-Repertoire und Anspielungen auf Präsident Franklin D. Roosevelt und den Anthropologen Franz Boas nicht nur ihre eigene Form verhohnepiepelt, sondern im Kleide einer *Space Odyssee* das Sisyphushafte der Weltmenschen aufs Korn nimmt.

Am schnellsten übersetzt wurde „Jailbird", 1979 in den USA erschienen und im folgenden Jahr schon auf Deutsch als „Galgenvogel" zu haben: eine vehemente Anklage gegen das offizielle Amerika, die vom Bostoner Justizmord an Sacco und Vanzetti über Weltwirtschaftskrise und „McCarthy" bis zu Vietnam und Watergate reicht. Gegen den „Gott Kommerz" geht es, gegen Profit und Materialismus, der, im Himmel, nicht mal vor Dr. Einstein Halt mache.

Dieser Autor kann in einem einzigen Satz gleichzeitig schlagen und streicheln. Er prangert an und relativiert sogleich wieder, er besitzt die üppigste Phantasie und grenzenlosen Humor made in USA. Er ist ein Virtuose der Unordnung – Patchworker eben, dessen Tohuwabohu an Stil-, Zeit- und thematischen Ebenen für ihn wohl die einzige Möglichkeit ist, der Flammen und Detonationen vom 13./14. Februar 1945 Herr zu werden.

„Ich habe an jedem Toten dort schon mehrere Dollar verdient", sagt Vonnegut heute über Dresden. „Stellen Sie sich das vor!"

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Konsequente Trauerarbeit

Seit einigen Wochen zeigt die ARD im Nachtstudio neuere ungarische Spielfilme, die sich durch zwei Wesenszüge auszeichnen: künstlerische Präzision und explosive Thematik. Denn nichts Prekäreres als die jüngste Vergangenheit des Landes, die stalinistische Epoche Ungarns und ihre katastrophalen Auswirkungen auf den Menschen, sind Verhandlungs-Gegenstand.

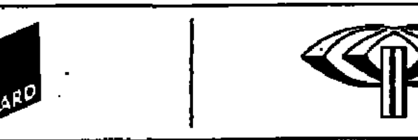
Im **Tagebuch** wurde das Schicksal eines jungen Mädchens rekonstruiert, das in seiner Konzentration von Leid fast unerträglich war. Die erste Zeitebene spielt in den Jahren von 1947 bis 1953. Juli erlebt die Zeit des brutalsten Stalinsimus bei fremden Menschen, denen sie sich nicht unterordnen kann, weil sie nicht vergißt, daß sie Eltern hatte: beide sind im sowjetischen Exil umgekommen. Magda, eine frühere Freundin der Mutter, holt Juli, um eine Tochter zu haben. Aber die ehemalige Widerstandskämpferin ist hart geworden, unfähig, Liebe zu geben - sie verstrickt sich immer mehr in die Lügen des neuen Regimes, wird schließlich Gefängniskommandantin. Zwischen ihr und Juli gibt es keine Brücke, zumal das Mädchen sich in Rückblenden immer wieder an die helle Zeit mit den Eltern erinnert.

Lediglich Janos, einst West-Emigrant und Vater von Julis Freund Andras, kann dem Mädchen ein Stück des Verlorenen zurückgeben. Doch dann fällt auch er dem Terror zum Opfer: er wird verhaftet. Marta Meszaros' Film klagt nie vordergründig an. Er betreibt konsequent Trauerarbeit.

ULRICH SCHACHT

STUDIO

Die Bewohner der englischen Stadt Swindon sind die ersten Fernsehzuschauer Großbritanniens, die vom kommenden Montag an französische TV-Programme in Direktübertragung sehen werden. Swindon, zwischen London und Bristol gelegen, verfügt über ein Kabelnetz, in das die Programme eingespeist werden können. Der französische Kanal TV5 wird seine Sendungen täglich von 18.00 bis 21.30 Uhr von Paris über den Satelliten ECS nach England übertragen. Die Gesellschaft „Swindon Cable" führt inzwischen Verhandlungen mit deutschen, italienischen und sowjetischen Sendeanstalten, deren Programme ebenfalls übernommen werden sollen. Der Empfang der ausländische Programme ist vorläufig kostenlos. SAD





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Dresden: Theaterplatz 1
10.50 WISO
11.20 Musikszene '85
12.10 Report
Moderation: Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wunderland '85
Streifzug durch die 36. Internationale Spielwarenmesse in Nürnberg
Mit Renate Herzberg und Friedrich Merz
16.55 Lemmi und die Schmöker
Der Zaubertrommler
Nach dem Buch von Gianni Rodari
Ein kleiner Trommler schenkt einer alten Frau sein letztes Goldstück, die dem großzügigen Jungen dafür Zauberkräfte verleiht: Jedesmal, wenn er zu trommeln beginnt, müssen alle tanzen. Als er eines Tages in die Hände von Räubern fällt, merkt er, daß dieser Zauber sehr nützlich für ihn sein kann ...
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Olivers erster Alleinflug
Film von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
19.58 Tagesschau
20.00 Wiedereröffnung der Staatsoper Dresden
Am heutigen Wiedereröffnungstag der im Krieg zerstörten „Semper-Oper" in Dresden übernimmt die ARD vom „DDR"-Fernsehen die Übertragung einer Aufzeichnung der romantischen Oper „Der Freischütz" von Carl Maria von Weber mit Hans-Joachim Ketelsen, Gunter Emmerlich, Jana Smitkova, Andrea Ihle, Ekkehard Wlaschiha, Reiner Goldberg, Theo Adam u. a. Regie führt der Dresdner Chefregisseur Joachim Herz, die musikalische Leitung hat der Leipziger Generalmusikdirektor Wolf-Dieter Hauschild.
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Requiem für einen Dieb
Kojak soll in einem New Yorker Luxushotel kostbare Edelsteine vor dem Diebstahl bewahren. Doch trotz zahlreicher Vorsichtsmaßnahmen gelingt einem Profi der sensationelle Coup: Juwelen im Wert von drei Millionen Dollar verschwinden. Kann Kojak die Steine wieder auftreiben?
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
1. Teil: Im Walde gefunden
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Cäsar
Der einzige Löwe eines ehemals berühmten Dompteurs ist schwer krank. Sofort operiert Dr. Bayer das erkrankte Tier und nimmt es später sogar in Pflege. Doch seine Nachbarn finden den Anblick eines ausgewachsenen Löwen in Bayers Vorgarten gar nicht komisch ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Mit Zuckerbrot und Peitsche – Afrikahilfe und die Wut im Bauch der Sammler
20.15 Kennzeichen D
Versöhnliche Töne: Dresden und Coventry, die Städte, die zum Symbol für die Schrecken des Bombenkrieges wurden, sind heute Partnerstädte. Mit einem Requiem gedenkt der britische Komponist Cormack O'Duffy in Dresden der Opfer / Weniger Sicherheit durch besseren Katastrophenschutz? – Friedensinitiativen kritisieren das neue Zivilschutzgesetz als Teil der Vorbereitung auf einen atomaren Konflikt / Bad Kösel, wie es singt und lacht – Narrenfreiheit im anderen deutschen Staat
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Der geheimnisvolle Fremde
21.45 heute-journal
22.05 Sorge um den Menschen
Diakonie – das andere Gesicht der Evangelischen Kirche in der DDR
Von Hanns Werner Schwarze
22.40 Schlachthof 5
Amerikanischer Spielfilm (1972) nach Kurt Vonnegut jr.
Mit Michael Sacks u. a.
Regie: George Roy Hill
0.20 heute

Der Doktor amüsiert sich: Michael Sacks als Augenarzt Pilgrim und Valerie Perrine als Montana in „Schlachthof 5" (ZDF, 22.40 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Heribert Hellenbroich, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 India, Tochter der Sonne
Brasilianischer Spielfilm (1982)
Mit Gloria Pires, Nuno Leal Maia u. a.
Regie: Fabio Barreto
(Original mit Untertiteln)
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (19)
19.00 Situation Arbeitsplatz
Wieviel Arbeit braucht der Mensch zum Leben?
19.30 Landwirtschaft aktuell
Schulden machen – und was dann?
20.00 Tagesschau
Für NDR und Radio Bremen
20.10 extra drei
Für SFB
20.10 Stadtgespräch
Live-Diskussion über ein aktuelles Berliner Thema
21.00 China – das Reich der Mitte
China mit meinen Augen
Reisebericht von Dagmar Walser
21.45 Pat und Mike
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Spencer Tracy, Katharine Hepburn u. a.
Regie: George Cukor
23.15 Actualités
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (3)
18.55 Die kleine Dampflok
19.05 Was tun mit der Zeit!
Mode: Über Geschmack läßt sich streiten
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Persönlich
Mit Menschen im Gespräch – Professor Paul Joseph Crutzen, Wissenschaftler des Jahres
21.00 Manege frei zur Narretei
Fastnachtsvorbereitungen in der Limburger Region
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviel Gramm Milch gibt die Ziege?
22.10 Der Ausflug
Fernsehfilm über einen Betriebsausflug mit Hindernissen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
20.15 Reisewege zur Kunst: England
Hampshire – Wiltshire
21.00 Kleine Fluchten
Schweizerisch-französischer Spielfilm (1979)
Mit Michel Robin u. a.
Regie: Yves Yersin
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
20.00 Die Krimistunde
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Mutter gesucht (3)
Fernsehfilm in drei Teilen
23.00 Vom Sozialplan Leben
Bericht aus drei alten Industrieregionen
Von Eckhard Garczyk
23.45 Rundschau
23.50 News of the Week



SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Buch
15.00 Indian River
Alarm im Fort
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Eine Nachricht aus Bosnien
17.00 In der tropischen Wildnis Australiens
Dokumentarfilm
Die Cape-York-Halbinsel im heißen Nordosten Australiens gilt als die letzte große Wildnis dieses Kontinents. Ben Cropp fährt an deren Küste entlang und besucht die dort gelegenen historischen Stätten.
18.00 Es darf gelacht werden
Die Kohlen sind alle
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel mit Wolf-Dieter Hermann und zwei Kandidaten
7. Folge
19.10 Sport-Report
Personen und Hintergründe
Die schwere Sportart – Biathlon: Vorbericht zur WM in Ruhpolding
Moderation: Barbara Thode
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
Englische Kriminalserie
2. Folge: Ein Freund von Harry
20.00 Melodien für Millionen
Heute: Schlageralbum der Erinnerungen
Nach der großen Opern-Gala im vorigen Konzert geht es dieses Mal um die leichtere Muse.
20.30 Love Boat
7. Folge
Glückliche Unglücksboten / Wo ist die alte Flamme? / Ein Zwilling kommt selten allein
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Herrliche Zeiten im Spessart
Des Spessartspuks dritter Teil
Mit Liselotte Pulver, Harald Leipnitz u. a.
Regie: *Kurt Hoffmann*
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
10. Wie man ausrutschen kann
anschl.
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
Der schwarze Ritter
19.00 heute
19.30 Wetten, daß ... ?
Spielereien von und mit Frank Elstner
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Die Angst im Sport
Eine Dokumentation von Bernd Seidel und Siegmund Bergmann
Athleten, die extreme Sportarten betreiben, haben einen Partner, der sie auf allen ihren Unternehmungen begleitet: die Angst. Es gibt kaum einen Spitzenmann unter den Skifliegern, Abfahrtsläufern, Formel I-Piloten, Fallschirmspringern oder Bergsteigern, der bei der Ausübung seiner Sportart nicht zahlreiche Angstbarrieren durchschreiten muß. Weltklasseathleten wie Bernhard Russi, Niki Lauda, Armin Kogler oder Reinhold Messner schildern ihre Todesängste.
23.15 3SAT-Nachrichten

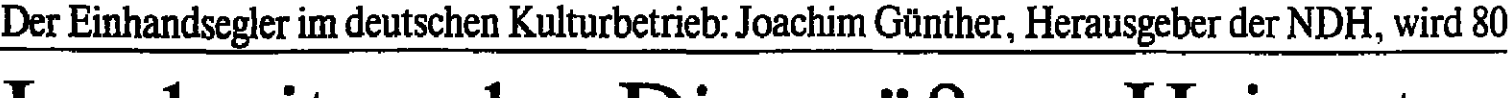
Bindet das Kamel los!

har. – Darin sind sich alle Parteien einig: Schluß mit der Benachteiligung der Frau! Einige sind sich freilich noch einiger als die anderen, die Grünen z. B., die unlängst erwogen haben, ihren Bundesvorstand nur mit Frauen zu besetzen. Schließlich hatte sich die rein feminine Fraktionsspitze im Bundestag als publizistisch einigermaßen effektvoll erwiesen.

Nicht weniger effektvoll war die Nahost-Reise der Grünen – und zweifellos höchst lehrreich in bezug auf die Frauenfrage, obwohl bei den Grünen selbst dabei wieder einmal ein seltsam gespaltenes Bewußtsein zutage trat. Die Reisenden, die wohlgemut in die Verdammung der „*Unterdrückung* von Minderheiten durch den Aggressor Israel" einstimmten, fanden es keiner Fußnote wert, daß es ausgerechnet Israel gewesen war, das als einer der ersten Staaten sein politisches Schicksal einer Frau anvertraut hatte. Auch daß in den Kibbuzim, im ganzen öffentlichen Leben und selbst im Militär die Gleichberechtigung in sehr viel größerem Maße verwirklicht ist als bei den arabischen Nachbarn, fiel den Reisenden nicht auf.

Bei der „Frauendebatte" im Bundestag aber wußten die Grünen anzumerken, daß beispielsweise nur fünf Prozent aller deutschen Professoren Frauen seien. Es fehlte ihnen damals wohl noch die Nahost-Erfahrung, daß die Frauen dort – außer natürlich in Israel – kraft der an den Koran gebundenen Gesetze als zweitrangig gelten.

Das Wort „Talaq" haben sie offenbar nie gehört. Es heißt wörtlich „Losbinden" (z. B. eines Kamels), übertragen aber „Rechtsgültige Auflösung der Ehe durch den Mann", der nur dreimal die Formel wiederholen muß „alaiki 't-talaq". So einfach ist das, ein Kamel loszubinden und laufen zu lassen. Aber unsere grünen Bundesfrauen sind natürlich alles andere als Kamele.



Der Einhandsegler im deutschen Kulturbetrieb: Joachim Günther, Herausgeber der NDH, wird 80

Lankwitz oder Die größere Heimat

Joachim Günther, der heute in Berlin 80 Jahre alt wird, spielt in unserer Literatur eine Rolle, die in Deutschland nicht oft besetzt ist: die des Mannes, der mit einer Zeitschrift identisch ist. Zwar hat Günther die Herausgeberschaft der 1954 im Haus Bertelsmann gegründeten „Neuen Deutschen Hefte" zunächst mit Paul Fechter, dann mit Rudolf Hartung geteilt. Vom achten Jahrgang an jedoch war er allein verantwortlich, die „Neuen Deutschen Hefte" wurden immer güntherischer, zumal da sie seit 1966 als Vierteljahresschrift sogar im eigenen Verlag am Wohnort des Herausgebers (Kindelbergweg 7, Berlin 46-Lankwitz) erschienen.

Der Prototyp der Ein-Mann-Zeitschrift in der deutschen Literatur unseres Jahrhunderts ist die „Fackel" von Karl Kraus. Sie hat in uns das Vorurteil genährt, daß eine von einem einzelnen Mann dominierte Zeitschrift notwendig fanatisch und rechthaberisch, sozusagen das Vehikel für einen Privatkrieg sein müsse. Daß die NDH ganz anders sind, merkt man schon daran, daß Günther jeglicher Narzißmus abgeht. Er hat nicht das Bedürfnis, sich ständig in den Vordergrund zu spielen, versteckt sich viel lieber hinter einer Vielzahl von Pseudonymen (das bekannteste davon: Johann Siering).

Allerdings stimmt die hin und wieder kolportierte Story nicht, die NDH seien bis zum letzten Buchstaben allein von Joachim Günther geschrieben. Ich kenne eine ganze Reihe von Autoren, die während der letzten Jahre in seiner Zeitschrift geschrieben haben. Die Grenze zwischen eigen und fremd ist aber auch mir nicht ganz deutlich. Dem Rezensenten kann passieren, daß ihm ein schmerzerfülltes Donnern aus dem Kindelbergweg anzeigt, wann es „heiß" wird, etwa, wenn er – in mancherlei Lob verpackt – auch mal die Aphorismen eines unbekannten Autors kritisiert.

Allerdings muß er auch feststellen, daß der Löwe nur brüllt, wenn es an die eigenen Kinder geht. Es geht Günther jede Häme ab. Wer die NDH seit vielen Jahren liest, weiß längst, daß er seine Ein-Mann-Zeitschrift nie dazu mißbraucht hat, jemanden „fertigzumachen". Das ist nicht selbstverständlich, auch insofern nicht, als jeder, der ihn einmal in seinem kleinen Puppenhäuschen in Lankwitz draußen aufgesucht hat, weiß, daß sein temperamentvoller Gastgeber durchaus auch seine Antipathien hat.



Poet, Philosoph und behutsamer Literaturkritiker – Prof. Joachim Günther
FOTO: ERICA LOOS

Auch aus einem anderen Grunde ist es nicht selbstverständlich. Wie so viele andere seiner Generation hat Joachim Günther einmal in seinem Leben ein wenig auf dem falschen Bein getanzt, zeitweise. In unserer Gesellschaft ist es üblich, solche Flecken in der Autobiographie mit gehässigen Ausfällen gegen andere, die auch mal falsch getanzt haben, zu überdecken. Günthers Reaktion ist nobler: Er überläßt gewisse „explosive" Fragestellungen anderen, die sich das eher leisten können.

Die amerikanische Historiographin der deutschen Kulturzeitschriften seit 1945, Janet K. King, stellt fest, daß sich in den NDH „die Tendenzen ins Kulturhistorische" allmählich verstärkt hätten. Das ist offensichtlich kritisch gemeint. Seit dem Erscheinen ihres Büchleins vor mehr als einem Jahrzehnt sind wir jedoch gegen allzu billige „Zeitkritik" allergisch geworden. Heute kann jeder Schnösel seinen Zeitgenossen seine „Meinungen" um die Ohren knallen, wenn er nur der richtigen Clique angehört. Niemand zieht ihn dafür zur Verantwortung.

In dieser Situation sind wir empfänglich geworden für eine Kritik indirekterer Art – oder besser gesagt: für eine Kritik, die das bloß Subjektiv-Momentane hinter sich läßt und ihre Urteile aus der Dimension der geschichtlichen Erfahrung holt. Hier liegt die Stärke von Günthers Zeitschrift. Während ihre unmittelbaren Rivalen, „Merkur" und „Monat", sich immer hektischer gegenwartsbezogen geben, spürt man bei ihr die stete Einbezogenheit in einen historischen Bewußtseinsraum, der bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht – in die Zeit also, in der jede „Moderne" von heute wurzelt.

Auch geographisch ist der Bewußtseinsraum der NDH ungewöhnlich. Die Befassung mit Mittel- und Ostdeutschland ist bei uns im allgemeinen den politologischen Spezialorganen oder dann der Vertriebenenpresse überlassen. Die normalen Kulturzeitschriften befassen sich allenfalls mit „fortgeschrittenen" literarischen oder künstlerischen Produkten aus dem anderen Deutschland, die sich *ins* eigene Bezugsnetz einordnen lassen. Dem Manne dagegen, der heute in Lankwitz seinen Achtzigsten feiern kann, spürt man in allem, was er schreibt, an, daß er eines in schmerzhafter Weise nicht vergessen kann: daß alle Landschaften, die sich um Berlin herum lagern, unmittelbare deutsche Heimat sind.

Bei Günther hat das *noch* weniger als bei allen anderen mit „Revanchismus" zu tun. Er ist ein Liberaler, der sich dem politischen Konsensus seiner Mitbürger zwanglos eingeordnet hat – nur eben mit einer Dimension mehr. Wenn das viel mißbrauchte und allzu abgenützte Schlagwort von der „Trauerarbeit" noch einen Sinn hat, dann in der Schriftstellerei des Professors Joachim Günther.

Man spürt das etwa an dem großen Unternehmen, das Günther in den letzten Jahrgängen seiner Zeitschrift am meisten beschäftigt hat und das in deren letzter Ausgabe (1984/4) bei der 19. Folge angelangt ist: einer Rückschau auf die „alten Tugenden" – zuletzt: „Takt", vorher: „Besonnenheit", „Höflichkeit", „Zuverlässigkeit" und viele andere „aus der Mode gekommenen" Verhaltensweisen.

Wie hält sich ein so eigensinniges Unternehmen? Einen Mäzen hat Joachim Günther nicht. Er hält seine Zeitschrift – sie ist auch in dem Sinne eine Ein-Mann-Zeitschrift, daß der Herausgeber sogar selbst die Spedition besorgt – am Leben durch eine spartanische Existenz. Immer in der Hoffnung, daß es in Deutschland noch Leser gibt, die an geistiger Unabhängigkeit interessiert sind.

ARMIN MOHLER

Pariser Louvre zeigt Porträts von Hans Holbein

Gesichter wie Stilleben

Es ist wie ein Blick durchs Schlüsselloch, dieses Porträt des Erasmus von Rotterdam, gemalt von Hans Holbein d. J. Dieses scheinbar halb geschlossene, konzentriert nach unten auf das Pergament blickende Auge des Erasmus nimmt den Betrachter sofort gefangen. Erasmus' Rechte ist mitten in einer Schreibbewegung festgehalten, die Linke hält vorsichtig das Pergament – ein Humanist bei der Arbeit.

Wer immer in diesen Wochen zufällig oder mit Absicht in den Pavillon de Flore des Louvre gelangt, wird vor diesem Bild innehalten. Verflogen ist die Apathie, die auch den ausdauerndsten Kunstfreund in diesem mit Bildern nur so vollgestopften Museum früher oder später befällt.

Hans Holbeins Porträt des großen Humanisten Erasmus von Rotterdam von 1523 ist zugleich Beginn und Höhepunkt einer kleinen Ausstellung, die der Louvre dem Meister der deutschen Renaissance derzeit widmet. Vier weitere Holbein-Porträts gruppieren sich um das des Erasmus. 1528 malte Holbein in London seinen bayerischen Landsmann Kratzer, Astronom und Hersteller von Sonnenuhren, Kompassen und anderen technischen Geräten. Er wirft, inmitten seiner Werkzeuge, einen abwesenden Blick zur Seite, am Betrachter vorbei. Da der Firnis, in Jahrhunderten vergilbt, kürzlich erneuert wurde, kann man das Porträt nun wieder in seinen leuchtenden Originalfarben, vor allem den harmonisch abgestuften Beigetönen, bewundern. Im Jahr davor, 1527, entstand das Bildnis des William Warham, Erzbischof von Canterbury und Mäzen Holbeins.

Blickt man den Personen auf Holbeins Porträts ins Gesicht, kann man sich fragen, ob der Maler überhaupt die Absicht hatte, sie lebensnah darzustellen, so wie sie in Wirklichkeit aussahen. Die Züge sind seltsam abstrahiert, die Porträtierten wirken abwesend, ja leblos. Holbein malte Gesichter wie Stilleben. Die Haltung der Hände ist bis ins letzte Fingerglied stilisiert. Skizzen, die daneben ausgestellt sind, beweisen die große Aufmerksamkeit, die Holbein den Händen seiner Modelle widmete. Die fehlende Raumwirkung und die flächigen, dekorativen Gegenstände – Teppiche beim Warham-Porträt oder das Kleid der Anna von Kleve – erhöhen noch ihren artifiziellen Charakter.

Jenes Bildnis der Anna von Kleve machte Geschichte. Holbein fertigte es, inzwischen englischer Hofmaler, 1539 im Auftrag König Heinrichs VIII. in Düren an, der Anna zu heiraten beabsichtigte. Vom Porträt sehr angetan, tat er 1540 zum vierten Mal den Schritt vor den Traualtar. Noch im selben Jahr kam es jedoch zur Scheidung. Holbeins Porträt war wohl recht schmeichelhaft ausgefallen. Die anziehende Wirkung von Annas verklärtem Blick wird ergänzt durch ihr sehr dekoratives, zwei Bilddrittel ausfüllendes rotes Samtkleid, das eindrucksvoll mit dem dunkelgrünen, ganz leicht ins Blaue gehenden Hintergrund kontrastiert.

Das fünfte Porträt stellt den Höfling Sir Henry Wyatt dar. Durch eine aufschlußreiche dendrologische Untersuchung von Peter Klein (Universität Hamburg) konnte dieses Bild jetzt auf etwa 1536 datiert werden. (Bislang hatte man angenommen, es sei 10 Jahre früher entstanden.) Eine Analyse der Jahresringe der Holzplatte, auf die es gemalt wurde, ergab, daß der betreffende Baum erst 1533 gefällt wurde.

Elisabeth Foucart-Walter und ihre Equipe haben bei der Konzeption der Ausstellung viel Einfallsreichtum bewiesen. Neben den fünf Porträts findet der Besucher vieles, was sie ergänzt: fünf weitere Renaissance-Porträts, die bei ihrer Erwerbung durch Ludwig XIV. 1671 Holbein zugeschrieben wurden, acht Zeichnungen Holbeins – darunter ein aufwendiger Entwurf für die Fassade eines Giebelhauses – sowie zeitgenössische Porträts aus der Hand eines Dürer, Quentin Metsys oder van Dyck. Sie zeigen dieselben Personen wie Holbeins Porträts und erlauben faszinierende Vergleiche in Sichtweite und Details.

Eine gute Idee ist auch die Abteilung „Holbein und die Künstler des 19. Jahrhunderts", die einige vom Bürgerkönig Louis-Philippe bestellte Kopien enthält und außerdem ein ganzes Kapitel der Rezeptionsgeschichte des deutschen Renaissancemeisters dokumentiert. Mehrere Generationen französischer Maler versuchten sich im vorigen Jahrhundert an Holbeinschen Themen. So finden sich Werke von Gustave Moreau oder Ingres, die ausdrücklich oder in Anspielungen Holbeins Meisterstücke zitieren.

Holbein heute? Ein Foto aus Marcel Carnés Film „Visiteurs du soir" zeigt Jane Seymour in dem von Holbein festgehaltenen Kostüm. Die Auseinandersetzung mit Holbein hält bis in unsere Tage an, auch wenn ein ebenfalls gezeigtes, 1985 datiertes Erasmusporträt nur kalkulierte Effekthascherei ist, die von der qualitäts- und phantasievollen Ausstellung profitieren will. (Bis 15. April, Katalog: 45 Franc.)

MICHAEL SIEBERT



Der bayerische Astronom Nicolas Kratzer – Porträt von Hans Holbein aus dem Jahre 1528
FOTO: LOUVRE

Kassel: Wagners „Walküre" unter Woldemar Nelsson

Wotan mit Champagner

Bevor es richtig losgeht, wird geböllert und geknallt. Götterchef Wotan, der häufig auch dort Dienst tut, wo er es laut geschriebenem Text gar nicht muß, sieht zu, daß Siegmund auch tatsächlich der Meute Hundings entkommt. Eine kleine Nachhilfelektion für alle, die bei des Wälsungen ausführlicher Erzählung schon auf Winterstürme und Wonnemond warten. Dann ist das Orchester dran, und zum Glück lassen sich Woldemar Nelsson und seine wackeren Musiker durch den Aktionismus auf der Szene nicht irritieren.

Nelsson hat bereits gewonnen, ehe es mit Göttern und Wälsungen noch weiter abwärts geht. Er läßt plastisch und suggestiv musizieren, zwingt die Ekstasen Siegmunds und Sieglindes zu weiten Bögen. Vor allem im zweiten Aufzug findet der Dirigent das richtige Mittel gegen Spannungslosigkeit und Kontrastarmut, beweist zudem im tönenden Fluß der Höhepunkte unverhohlenen Mut zum Pathos. Eine Dirigentenleistung, die größte Aufmerksamkeit verdient, auch durch die Art, in der sie die Stimmen aus dem Orchesterklang herauswachsen läßt.

Manfred Jung, kurzfristig herbeigeholt, singt einen ausdrucksstarken Siegmund und agiert so souverän, als sei er während der ganzen Probenzeit dabeigewesen. Aviva Orvath, die hochgeschlossene Sieglinde, ist vor allem dann in ihrem Element, wenn sie über die Mittellage hinauskommt.

Freilich, Gudrun Volkert, eine intelligent phrasierende Brünnhilde mit begrenzten vokalen Mitteln, und Wolfgang Probst als Wotan geben dieser Kasseler „Walküre" doch einen allzu biederen Anstrich.

Zu vorgerückter Stunde, als auf *Wotans Ruf hin Feuergott Loge* hereintänzelt und mit roten Girlanden einen ebenso mickrigen wie anti-illusionistischen Feuerzauber fingiert, als der Eklat ausbleibt und der Erfolg sich in Grenzen hält, wird es immer deutlicher: Auch diese „Walküre"-Inszenierung schwört auf den Mythos vom originellen Einfall.

Etwa, wenn Siegmund den Aufstand gegen die Götter probt, dann aber vom kahlköpfigen Oberförster Hunding (mit kompaktem Baß: Hans-Georg Moser) mit einer Jagdflinte niedergestreckt wird, wenn Wotan die über Bühne und Zuschauerraum zerstreuten Walküren zum Befehlsempfang zusammenruft und mit einem Gläschen Champagner bei der Stange hält oder wenn mit Maschinengewehrsalven gegen die Musik angekämpft wird.

Doch wie sehr auch Siegfried Schoenbohm und Wolfgang Reuter, sein Bühnenbildner, versuchen, hinter dem Geschehen Ideen aufzuzeigen, es entstehen immer nur Bilder, die auf Musterung und Ausmusterung von Eingebungen und Konzepten hinauslaufen, die allesamt einmal revolutionär sein wollten.

HEINZ LUDWIG

Straßburg spielt Arrigo Boitos Oper „Mefistofele"

Goethes buntes Ballett

Sein Name ist wohl jedem Opernliebhaber geläufig: Bekannt wurde Arrigo Boito als glänzender Librettist vor allem Giuseppe Verdis. Die Ambitionen des vielseitig begabten Boito aber gingen weiter: Zweimal nämlich schrieb er zu seinen Libretti auch selber die Musik. Aber sowohl „Mefistofele" als auch „Nerone" sind ausgesprochene Spielplan-Raritäten.

Jetzt machte sich die Straßburger Rheinoper für Boitos 1868 uraufgeführten und 1876 auf normales Opernformat gekürzten Erstling „Mefistofele" stark. Das Werk, eine Folge von Szenen aus Goethes „Faust", ist zweifellos mehr als ein bloß musikhistorisches Fossil von allenfalls anekdotischem Reiz. Zu bewundern sind vor allem die farbigen Chorszenen, die satztechnische Sicherheit, die an Berlioz erinnernden Instrumentations-Effekte. Da war kein Gelegenheitskomponist am Werk – auch wenn Boito an die Kraft und glühende Melodik des von ihm so bewunderten Verdi doch nicht ganz heranreicht.

Die Oper fand in Straßburg nicht im Theater, sondern im erheblich größeren Palais des Congrès statt. Vittorio Rossi, der Regisseur, besitzt hinreichend Erfahrung im Umgang mit großen Räumen – er inszenierte schon in der Arena von Verona, im Züricher Hallenstadion, in der Dortmunder Westfalenhalle. Wann immer es gilt, Massen auf der Bühne dekorativ anzuordnen und raffiniert zu beleuchten, ist Rossi in seinem Element. Der Prolog im Himmel zum Beispiel: Da wimmelt es auf der Bühne nur so von Cherubim und Seraphim, von anmutigen Putten und symmetrisch postierten Engeln. Die himmlischen Heerscharen werden übrigens auch später noch benötigt – wenn sie nämlich bei Gretchens Erlösungstod über die Gefängnismauern gucken müssen.

Das sieht sicherlich alles sehr hübsch aus und ist nicht ohne manchmal verblüffende technische Tricks realisiert. Rossi bietet Oper fürs Auge, voll bunter Ballettszenen und schöner Bilder. Mehr aber bietet er nicht. Die Regie wirkt hilflos, sobald nur zwei oder drei Akteure auf der Bühne stehen. Ob Faust oder Mephisto: die Personen agieren austauschbar, bleiben blaß und ohne Profil. Zum Stück selbst hat Rossi seinem Publikum nichts zu sagen.

Musikalisch bot die Aufführung solides Mittelmaß: Das Straßburger Orchester unter dem jungen Amerikaner Thomas Fulton wirkte nur am *Anfang etwas schwerfällig und* musizierte später mit Sensibilität und wirbelndem Schwung. Franco Bonanome als Faust hatte lediglich in den extremsten Höhen seiner mörderischen Partie leichte Schwierigkeiten, Nikita Storojev (Mephisto) strahlte trotz seines ausgeprägten Vibratos stimmliche Dämonie aus, Stefka Estatieva, das Gretchen, entfaltete betörenden Stimmglanz.

STEPHAN HOFFMANN

Mädel, sei gescheit, stell dich dumm! – Wien zeigt Volksstücke von J. N. Nestroy und R. H. Unger

Deftige Demaskierungen des dritten Standes

Die *Spannweite des Begriffs* „Volksstück" ließ sich soeben in Wien an zwei knapp aufeinanderfolgenden Aufführungen ablesen. Das Volkstheater brachte als Uraufführung „Zwölfeläuten" von Rudolf Heinz Unger heraus, der nach wenig beachteten Aufführungen in Kellern nun auch in Wien in höhere Etagen der dramatischen Wiedergabe aufgestiegen ist, gewissermaßen – frei nach Nestroy – von der „Eb'nen Erd' zum ersten Stock": nämlich zunächst ins renommierte Schauspielhaus und jetzt auf die große Bühne des Volkstheaters.

Unger gibt selbst zu, daß er sich in diesem Dialektstück aller „volkstümlichen" und „dümmlichen" Versatzstücke bedient habe, denen er die Realität des Zweiten Weltkrieges gegenüberstellt, in der Hoffnung, damit einen „V-Effekt" zu erzielen. Diese Hoffnung trügt. Die Regie von Hermann Schmid ist zwar durchaus *milieugerecht, die Typen sind* vorzüglich herausgearbeitet, und es gibt saftige Dialoge, makellos im steirischen Dialekt durchgehalten (u. a. von Erwin Eberbauer, Otto Tausig, Manfred Jaksch, Julia Gschnitzer), und zwar zwischen Parteifanatikern, Opportunisten, Mitläufern und Nazigegnern.

Aber die Szene bleibt immer einige Schattierungen zu hell. Selbst Mord und Totschlag können nicht den Eindruck vom tödlichen Ernst der damaligen Zustände vermitteln, wo sich eine bunte Dorfgemeinschaft verschworen hat, die vor dem Abtransport stehenden Kirchenglocken noch im letzten Moment zu retten.

Den puren Gegensatz zum traditionellen Volksstück stellt Nestroys „Heimliches Geld, heimliche Liebe" im Akademietheater dar, das Otto Rommel in seiner Gesamtausgabe begründet zwar als „Volksstück" bezeichnet, obwohl die von den Zeitgenossen *geradezu als infam empfundene* Entlarvung des biedermeierlichen Bürgers und die intellektuell charakterisierende Menschengestaltung nichts von Volkstümlichkeit in sich trage. Das „heimliche Geld" ist, auch nach Rommel, „ein wunderbares, kein gewöhnliches Geld, es hat es niemand gesehen und niemand gezählt, es liegt in alten Brunnen und in alten Schlössern ... Bald soll es der Nachtwächter, bald ein altes Weib gefunden haben ...".

In diesem selten gespielten Stück taucht es mehr schemenhaft – als unterschlagener Lotteriegewinn – auf, der trotz der Niedertracht der Menschen endlich doch drei Hochzeiten ermöglicht. Die Handlung springt von einer Verwirrung zur anderen und gibt vor allem dem Kasimir (den Franz Morak spielt) Gelegenheit zu aphoristischen Wortkaskaden, wobei er gleich zu Anfang davon spricht, daß sein Mädel so gescheit sei, dumm *zu sein, während doch die Töchter* der höheren Kreise immer bemüht wären, ihre Dummheit durch Halbbildung zu übertünchen.

Deutlich spürbar ist hier die Atmosphäre des Jahres 1848 und bemerkenswert die Demaskierung des dritten Standes – während der vierte, der ja in der zeitgenössischen Dramatik kaum vorkommt, volksnah dargestellt wird. Die einzelnen Typen und Charaktere wurden von den Schauspielern überzeugend umgesetzt. Eine Sonderleistung, wie nicht anders erwartet, bot Fritz Muliar. Der Regie des Burgtheaterdirektors Achim Benning, der letzten vor seinem Ausscheiden, ist gute Menschenführung nachzurühmen, vielleicht aber auch ein zu langes Verweilen bei Nebensächlichkeiten anzukreiden. Das Publikum jedenfalls war trotz der Länge des Abends hochentzückt. Es gab langen Beifall.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Klimts Beethoven-Fries wieder zu sehen

AP, Wien

Zum ersten Mal nach mehr als 80 Jahren wird der berühmte Beethoven-Fries des bekannten österreichischen Jugendstilmalers Gustav Klimt wieder öffentlich gezeigt. Das Monumentalwerk, eine rund 70 Quadratmeter große Wandmalerei zum Thema der neunten Symphonie Beethovens, steht im Vordergrund der Ausstellung über das Wien der Jahrhundertwende, „Traum und Wirklichkeit – Wien 1870–1930", die vom 28. März bis 6. Oktober im Wiener Künstlerhaus gezeigt wird. Seit 1977 wurde der Fries für acht Millionen Schilling (rund 1,1 Millionen Mark) restauriert. Das Werk war 1902 für die XIV. Ausstellung der Wiener Secession angefertigt worden.

Malaysia will gesunkene Schiffe erforschen

AFP, Kuala Lumpur

Malaysia will eine Schatzsucher-Gruppe bilden, die vor der Küste gesunkene Schiffe erforschen soll. Wie die Regierung mitteilte, liegen noch mehrere Wracks, die bisher nicht untersucht wurden, in malaysischen Hoheitsgewässern. Der Küstenbereich von Malaysia ist seit dem 15. Jahrhundert eine der wichtigsten Schiffsverkehrsstraßen der Region.

Paris tanzt beim *Karneval in Venedig*

AFP, Paris

Eine Ballettgruppe der Pariser Oper präsentiert sich beim Karneval von Venedig, der dieses Jahr unter dem Motto „Paris und Venedig" steht. Unter Leitung von Rudolf Nurejew führen die Tänzerinnen und Tänzer, darunter sechs „Etoiles", von 14. bis 20. Februar ihr Programm „Commedia dell'Arte" im Teatro La Fenice auf. Getanzt werden „Arlequin, magicien par amour" (Harlekin, Zauberer aus Liebe) von Ivo Cramer (Musik: Edouard du Puy), „Carnaval" von Michel Fokine (Schumann) und „Le bourgeois gentilhomme" von Balanchine (Richard Strauss). Am 16. Februar nimmt das Pariser Opernballett am Großen Ball teil.

Griffith-Preis für John Huston

AFP, New York

Für sein Gesamtwerk ist der 78 Jahre alte amerikanische Filmregisseur John Huston, Autor des „Malteser Falken" und des „Schatz der Sierra Madre", mit dem D.-W.-Griffith-Preis geehrt worden. Diese nach dem amerikanischen Filmpionier benannte Auszeichnung wurde vor sechs Jahren vom „National Board of Review of Motion Pictures Inc." gestiftet, die seit über 70 Jahren gegen die Zensur kämpft und die Qualität auf der Leinwand fördern will.

Neuer Intendant für das Bochumer Schauspielhaus

dpa, Bochum

Der zur Zeit noch als freier Regisseur in Berlin tätige 42jährige Frank-Patrick Steckel wird mit Beginn der Spielzeit 1986/87 Claus Peymann als Intendant des Bochumer Schauspielhauses ablösen. Wie das Bochumer Presseamt mitteilte, hat der Rat der Stadt den Fünfjahresvertrag mit Steckel gebilligt. Die Abmachungen zwischen der Stadt Bochum und Steckel unterscheiden sich nicht von denen, die vor Jahren mit Peymann getroffen wurden. Peymann wechselt im Herbst 1986 ans Wiener Burgtheater.

Stipendien des Folkwang-Museums

lnw. Essen

Mit finanzieller Unterstützung der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung kann die fotografische Sammlung des Essener Folkwang-Mueseums auch in diesem Jahr wieder drei Stipendien für deutsche zeitgenössische Fotografie ausschreiben. Bewerber, die sich über einen längeren Zeitraum dem Generalthema „Menschenbilder – das fotografische Proträt" widmen wollen, müssen sich bis zum 1. Juni in dem Essener Museum melden.

Henry Hathaway †

AFP, Los Angeles

Der amerikanische Regisseur Henry Hathaway, Autor von über 60 Filmen, ist am Montag im Alter von 86 Jahren einem Herzanfall erlegen. Den einzigen Oscar seiner langen Hollywood-Karriere erhielt Hathaway für seinen letzten großen Western „True Grit", den er 1969 mit John Wayne in der Hauptrolle drehte. Zu den bekanntesten Werken Hathaways zählen „Niagara" mit Marilyn Monroe (1953), der John-Wayne-Western „North to Alaska" (1960) sowie sein 1935 entstandener „The Lives of Bengal Lancer" (Bengali) mit Gary Cooper. Ebenfalls mit Cooper drehte er im selben Jahr den von André Breton gefeierten surrealistischen „Peter Ibbetson", der als „lyrische Hymne auf die leidenschaftliche Liebe" in die Filmgeschichte eingegangen ist.

„Im Ernstfall wäre es zur Katastrophe gekommen“

Kritik an mißglückter Erdbeben-Vorwarnung in Italien

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Erdbebenvorwarnung vom 23. Januar, durch die die Bewohner mehrerer Gemeinden der Provinzen von Lucca und Modena in Mittelitalien zu panikartiger Flucht aus ihren Wohnungen veranlaßt wurden, ist jetzt Gegenstand heftiger Polemik in der öffentlichen Meinung Italiens.

Der Zivilschutzorganisation und dem staatlichen Fernsehen wird vorgeworfen, durch die Bekanntgabe ein wahres Chaos verursacht zu haben und damit genau das Gegenteil dessen erreicht zu haben, was eigentlich geplant war, nämlich verantwortungsbewußte Vorsichtsmaßnahmen seitens der Bevölkerung und Erprobung der für den Ernstfall vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen seitens des Zivilschutzes.

Wie man in den betroffenen Ortschaften über die Operation denkt, zeigen die Urteile lokaler Behördenleiter. Mario Molinari vom Gemeinderat der Ortschaft Fiumalba meint: „Wer so einen Alarmzustand schafft, kann die betroffenen Orte nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Bei uns ist keiner vom Zivilschutz eingetroffen und alles der Eigeninitiative der Leute hier überlassen worden.“

Der christdemokratische Bürgermeister von Fiumalba, Mauro Biondi, bestätigt: „Die Proklamierung des Ausnahmezustands reicht nicht aus. Den örtlichen Behörden und der Bevölkerung muß gleichzeitig erklärt werden, was sie tun sollen.“ An solchen Erläuterungen scheint es ebenso gefehlt zu haben wie an ausreichendem Einsatz des Roten Kreuzes. Ein freiwilliger Helfer der Rote-Kreuz-Einheiten beklagt: „Im Ernstfall wäre es zu einer Katastrophe gekommen.“

Minister Giuseppe Zamberletti, Leiter des italienischen Zivilschutzes, ist gegenteiliger Meinung. Seiner Ansicht nach hat alles hervorragend geklappt. Die Erdbebenvorwarnung, die erste ihrer Art in Italien, habe ihren Zweck erfüllt. Auf die Frage, ob er denn auch im Falle einer bedrohten Großstadt, etwa Rom, dieselben Maßnahmen ergreifen würde, blieb er allerdings die Antwort schuldig. Sehr verständlich, wenn man sich nach den jetzt gemachten Erfahrungen eine Massenflucht von Hunderttausenden erschreckter Stadtbewohner vorstellt.

Nur wenige gerieten nach der Meldung nicht in Panik

Was die Apenninzone betrifft, so sprach die im staatlichen Fernsehen verlesene Alarmmeldung des Zivilschutzministeriums von einem leichten Beben in den Vormittagsstunden und dann vom „großen Risiko“ sowie von der Möglichkeit eines schweren Bebens in den folgenden 48 Stunden. Anschließend wurde die Bevölkerung der betreffenden Zonen zur Besonnenheit und Befolgung der Weisungen des örtlichen Zivilschutzkommandos aufgefordert. Die Folge war die Massenflucht von zirka 50 000 Menschen. Nur wenige bewahrten Ruhe.

Der Zivilschutz und das Geophysikalische Institut in Rom, die für die Vorwarnung verantwortlich zeichneten, rechtfertigten sich mit Bezug auf das Erdbeben vom 8. September 1920 in der gleichen Zone, durch das Dutzende von Dörfern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Was die Geophysiker vor allem bedenklich stimmte, war der Umstand, daß nach dem leichten Beben (4,2 Grad der Richterskala) am Vormittag des 23. Januar nichts ein Abklingen signalisierte. Ihrer Meinung nach war zu befürchten, daß die aufgestaute vulkanische Energie ein schweres Erdbeben zur Folge haben könnte. Daher der Alarm mit all seinen Konsequenzen.

System der Vorwarnung noch nicht entwickelt

Der Amtsrichter von Modena, Luigi Persico, sah sich veranlaßt, eine Untersuchung einzuleiten, um festzustellen, ob das Kommuniqué des Zivilschutzes den Erfordernissen entsprach, ob es wort- und sinngemäß im Fernsehen verlesen wurde und ob es allen örtlichen Behörden rechtzeitig zuging. In der Tat scheinen einzelne Gemeindeverwaltungen nur durch die umstrittene Fernsehmitteilung unterrichtet und erschreckt worden zu sein.

In der jetzigen Polemik wird vergessen, wie viele Opfer in der Vergangenheit dem Lande erspart geblieben wären, wenn man die Bevölkerung rechtzeitig hätte warnen können. Angefangen von dem katastrophalen Vesuv-Ausbruch im Jahre 79 n. Chr., als Pompeji, Herculaneum und Stabiae durch den Aschenregen vernichtet wurden.

Das gilt auch für die 18 000 Todesopfer des Vesuv-Ausbruchs vom Dezember 1631 und für das Erdbeben in Süditalien vom 28. Dezember 1908. Damals wurden 76 000 Einwohner von Messina und Reggio Calabria getötet. Der elf Tage währende Vesuv-Ausbruch im März 1944, nach dem der Vulkan seine Rauchfahne verlor und seither ruht, ging im damaligen Kriegsgeschehen unter. Wach ist aber noch die Erinnerung an den Ätna-Ausbruch von 1983, der schwere Verwüstungen anrichtete.

Für ein Land wie Italien, das seit Jahrhunderten Vulkanausbrüche und Erdbeben erlebt, wäre es von unschätzbarem Wert, wenn es ein sicheres System gäbe, um solche Naturkatastrophen vorauszusehen und sich entsprechend wappnen zu können. Leider stecken die vor allem in Japan gemachten Studien noch in den Kinderschuhen.

Der Ätna-Ausbruch von 1983, die Erdbeben im April und Mai 1984 in Umbrien und den Abruzzen und die monatelangen Erdbewegungen im Hinterland von Neapel (Pozzuoli) im vergangenen Sommer, die 27 000 Menschen obdachlos machten, waren nicht vorauszusehen. Jetzt hat man erstmalig in der bedrohten Apenninzone Prophet gespielt. Glücklicherweise umsonst.



Picasso vom Flohmarkt

Dieses Bild, 15 mal 22 Zentimeter, ist von der Hand von Pablo Picasso.“ Mit ihrer Unterschrift vom 21. Januar 1985 bestätigten Claude und Christine Picasso in Paris, daß die ihnen vorgelegte Bleistiftzeichnung von ihrem Vater angefertigt wurde. Ein Galerist in der Kölner Altstadt hatte sich im Auftrag seines Kunden Bernhard Mertens die Echtheit einer Zeichnung bestätigen lassen, die dieser vor fünf Jahren auf dem Flohmarkt am „Alten Markt“ in Köln aufgestöbert hatte.

Mertens (38) ist seit vielen Jahren freischaffender Künstler und malt Bilder, die der Stilrichtung des „Phantastischen Realismus“ zuzuordnen sind. Damals fiel ihm die von einer älteren Frau angebotene Darstellung von zwei liegenden Figuren auf, weil sie so fein und detailliert gearbeitet war. Er hielt sie jedoch für eine Reproduktion und fiel, wie er selbst sagt, „aus allen Wolken“, als er feststellte, daß er eine Originalzeichnung auf französischem Ingrespapier vor sich hatte. Für drei Mark erstand er das Bild, nicht ahnend, daß er soeben einen echten Picasso gekauft hatte.

Vier Jahre lang lag das Blatt dann zwischen Büchern im Regal. Im letzten Jahr brachte er es seinem Galeristen, um es rahmen zu lassen. Dieser bestätigte dem Maler die Vermutung, daß das Bild nach Thema und Komposition den Arbeiten des großen spanischen Malers zugeordnet werden könnte. Das hat sich nun als zutreffend herausgestellt. Die Zeichnung „Liegendes Paar“ von etwa 1919 ist eine Vorzeichnung zu einem Ölbild, das 1980 im Museum of Modern Art in New York ausgestellt war.

Mertens will, wie er gestern der WELT erklärte, das Bild verkaufen. Michael Strauss, einer der Experten des Londoner Auktionshauses Sotheby's, sei eigens nach Köln gekommen, um sich das Bild anzusehen. Es soll voraussichtlich im Juni dieses Jahres bei Sotheby's versteigert werden.

MARIA GROHME

Eisbrecher „Hanse“ ist nach Kiel unterwegs

AP, Frankfurt

„Sehr kalt, meist wolkenlos“, lautete gestern die Vorhersage des Deutschen Wetterdienstes für die nächsten Tage. Die Temperaturen werden tagsüber im norddeutschen Flachland minus fünf und im übrigen Deutschland minus sieben bis minus zwölf Grad betragen. Nachts bewegen sich die Werte zwischen minus zwölf Grad im Norden und minus 15 bis 20 Grad in den übrigen Landesteilen, örtlich könnten auch minus 28 Grad gemessen werden. Am Wochenende soll es dann etwas „milder“ werden. Es werde Bewölkung aufziehen und Schnee fallen, meinen die Experten. Anfang der kommenden Woche werde es „wieder kälter“. Nach Auskunft der schleswig-holsteinischen Wasserschutzpolizei ist der finnische Eisbrecher „Hanse“ unterwegs nach Kiel. Der Schiffsverkehr zu den nordfriesischen Halligen ist eingestellt, die Fähren zu den Inseln fahren nur noch mit Eisbrecher-Unterstützung.

Kampf gegen Drogen

AP, Bonn/Wiesbaden

Der Kampf gegen das Drogenproblem in der Bundesrepublik Deutschland wird intensiviert. In dieser Absicht hat Marianne von Weizsäcker, die Frau des Bundespräsidenten, die Schirmherrschaft für den „Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugend“ (BED) übernommen. Wie Frau Weizsäcker gestern in Bonn erklärte, wird ihr Engagement vor allem jenen Jugendlichen gelten, die unter Drogen zu leiden haben oder durch Drogen der verschiedensten Art gefährdet sind. In einem Bericht, den das Bundeskriminalamt (BKA) gestern in Wiesbaden vorlegte, hieß es, 1984 seien aus dem gesamten Bundesgebiet 361 an den unmittelbaren Folgen des Drogenkonsums Verstorbene gemeldet worden, während es ein Jahr zuvor 472 gewesen seien. Damit sei die Zahl der Drogentoten „wieder auf den Stand der Jahre 1981/82 zurückgegangen“.

Einigkeit bei den Narren

dpa, Mainz

Ohne die aus Vorjahren bekannten Rangeleien haben sich die beteiligten Fastnachtvereine über die Zusammensetzung der diesjährigen Fernseh-Fastnachtssitzung „Mainz bleibt Mainz – wie es singt und lacht“ verständigt. Das teilte der Vorsitzende des Mainzer Carneval-Vereins (MCV), Rudi Henkel, mit.

Kfz-Untersuchung

dpa, Bonn

Autobesitzer, die ihren Wagen in ihrer Werkstatt von einem Sachverständigen regelmäßig technisch überwachen lassen, brauchen dies nicht mehr jährlich zu tun. In dem Gesetz über die Zulassung freiberuflicher Sachverständiger zur regelmäßigen Fahrzeugüberwachung wird der Untersuchungsturnus entsprechend der TÜV-Praxis auf zwei Jahre ausgedehnt.

Welt-Humorkonferenz

dpa, Neu-Delhi

Mit der Gründung einer internationalen Gewerkschaft des Humors ist gestern die erste Weltkonferenz des Humors in der südindischen Stadt Hyderabad zu Ende gegangen. Fünf Tage lang diskutierten insgesamt 150 Delegierte aus über 20 Ländern über Möglichkeiten, wie man dem Humor auf allen Ebenen der Gesellschaft zu seinem Recht verhelfen könne. Angesichts des geringen Lacherfolgs scheint eine Wiederholung der „Weltkonferenz“ fraglich.

LEUTE HEUTE

Schnapszahl

In ihrer Jugend erlebte sie, wie der Eiffelturm gebaut wurde, in den Jahren 1887/88 war's, und sie sah die ersten Autos über die Straßen fahren: **Eugénie Roux** feierte in Lyon ihren 111. Geburtstag. Zur Feier erschienen erlauchte Gäste: **Raymond Barre**, ehemaliger Ministerpräsident, und der Lyoner Bürgermeister **Francisque Collomb** gratulierten der rüstigen alten Dame.

Heimkehr

Jubelnd empfingen die Bewohner von Pozzuoli, einem Arbeiterviertel bei Neapel, ihre gefeierte „Tochter“: **Sophia Loren** besuchte den Ort, an dem sie in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs. Der Ort selbst gelangte wegen der vielen Erdbeben nur zu trauriger Berühmtheit.

Statt Taufe eine Erinnerungsmedaille

Atheismus-Kampagne in Polen / „Sonderangebote“ für Wöchnerinnen in den Spitälern

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Die polnische Zeitschrift für die Kommunal- und Regionalverwaltungen, „Rada Narodowa-Gospodarka-Administracja“ (Nationalrat-Wirtschaft-Verwaltung), hat den Standesämtern dringend empfohlen, atheistische Ersatz-„Taufen“, die in Polen feierlich „Vornamensgebungen“ heißen, sowie analoge Eheschließungen „attraktiver“ zu gestalten.

Die Standesbeamten sollten bereits den Wöchnerinnen in den Spitälern „Sonderangebote“ mit entsprechenden Preisnachlässen für die vom Standesamt organisierten Feiern mit Festgelagen anbieten. Die Zeitschrift ließ ferner durchblicken, daß man bei einem Pilotprojekt in der Großstadt Lodz bisher wenig Glück gehabt habe: Nur zwei Prozent der Angesprochenen hätten von diesen „Sonderangeboten“ Gebrauch gemacht.

An einer „Vornamensgebung“, wie sie bereits von der Kriegsmarine in Gdingen vorexerziert wurde, sollte nach Meinung der Zeitschrift der Parteisekretär, der Vorgesetzte der Eltern sowie eine Betriebsdelegation teilnehmen. Die Betriebsleitungen sollten dem Kind ein Sparbuch mit entsprechender Einlage spenden.

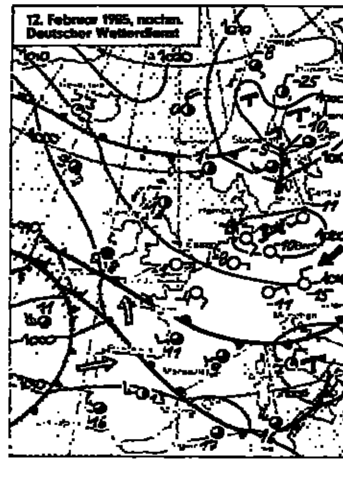
Anläßlich der „Vornamensgebung“ werde demnächst eine Gedenkmedaille geprägt und der Standesbeamte solle die Zeremonie mit den Worten: „Sei gegrüßt in diesem Haus und diesem Deinem Vaterland!“ beginnen. Bei der Feier sollten Eltern und Paten gleichzeitig geloben, für eine Erziehung im Geiste des „Internationalismus und patriotischen Sozialismus sowie der Loyalität zu Volkspolen“ zu sorgen. Ein Zeremonie-Diplom für den Säugling wird nachgereicht.

Um mehr Zustimmung für atheistische „grüne Hochzeiten“ zu gewinnen, müßten in Polen auch viel mehr „Trau-Paläste“ gebaut werden sowie einiges bei den Standesbeamten „reorganisiert“ werden. Das Verwaltungsorgan meint, diese Reorganisierung müsse schon beim Aussehen der Standesbeamten beginnen: Die Beamtinnen müßten hübsch und die Beamten attraktiver aussehen. In Polen wird für alle Beamten eine obligate schwarze Toga mit Goldkette sowie dem silberweißen polnischen Adler vorgeschrieben.

Für Goldhochzeiter unter den KP-Veteranen ist eine Medaille mit der Inschrift „Für langjährigen Ehegenuß“ geprägt und eingeführt worden.

WETTER: Sonnig und kalt

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet mit Kern über Mitteleuropa bestimmt mit seiner kalten Festlandsluft weiterhin das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:
Tagsüber sonnig, nachts klar. In Süddeutschland Dunst oder Nebelfelder. Höchsttemperaturen im Westen und Norden um minus 5 Grad, sonst zwischen minus 7 und minus 12 Grad. Nachts in der Osthälfte um minus 17 Grad, örtlich bis minus 25 Grad. In der Westhälfte um minus 12 Grad.

Weitere Aussichten:
Am Donnerstag im Westen wolkiger, Frostabschwächung und gegen Abend auch Schneefall, sonst weiterhin kaltes Winterwetter.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	-10°	Kairo	25°
Bonn	-6°	Kopenh.	-5°
Dresden	-13°	Las Palmas	20°
Essen	-8°	London	-1°
Frankfurt	-11°	Madrid	13°
Hamburg	-8°	Mailand	1°
List/Sylt	-6°	Mallorca	16°
München	-11°	Moskau	-19°
Stuttgart	-9°	Nizza	8°
Algier	17°	Oslo	-13°
Amsterdam	-6°	Paris	-4°
Athen	16°	Prag	-15°
Barcelona	17°	Rom	7°
Brüssel	-8°	Stockholm	-5°
Budapest	-12°	Tel Aviv	24°
Bukarest	-15°	Tunis	16°
Helsinki	-10°	Wien	-15°
Istanbul	9°	Zürich	-9°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 7.38 Uhr, Untergang: 17.35 Uhr; **Mondaufgang:** 4.18 Uhr, Untergang: 11.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Club der Nilpferdfreunde rührt Schlamm auf

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Zweck des Vereins „ist ein Zusammenschluß von Mitgliedern, die Nil- bzw. Flußpferde sammeln oder auf andere Weise deren Ansehen mehren und Schaden von ihnen abwenden“. Am Montagabend wurde er in Bonn in den Räumen der Landesvertretung Hamburg gegründet, der „Club der Nilpferdfreunde“ (CdN) – kein Jux, wie Gründervater Erich Dederichs vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und Christian Schmittlein von der Landesvertretung versicherten.

„Das Nilpferd wieder stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken“ war Dederichs eingefallen, als er zufällig erfuhr, daß Dutzende von Leuten wie er Nilpferddarstellungen aus jedem Material und zu jeden Zweck, zum Beispiel als Wanduhr, Sparbüchse oder Aschenbecher, sammeln. 300 ausgewählte Exemplare waren anläßlich des „Ersten wissenschaftlichen Symposiums der Hippopotamologie“ in Schauschränken zu besichtigen, „Tausende“, so die Veranstalter, hätte man noch als Leihgaben annehmen können.

Das Programm war beeindruckend. Der ehemalige Bundesminister der Justiz, Jürgen Schmude, referierte über „Das Nilpferd im innerdeutschen Spannungsfeld“. Konsul Henry Korn von der kanadischen Botschaft berichtete über „Das Nilpferd in der Diplomatie“, Fregattenkapitän Götz von Hohnhorst vom Bundesministerium der Verteidigung hatte sich des komplizierten Themas anzunehmen: „Das Nilpferd in der Vorne-Verteidigung unter besonderer Berücksichtigung der Ostseezugänge“. Nachdrücklich versicherte Schmittlein zwischendurch, die Hamburger Senatoren hätten ihre Landesvertretung niemals für eine Veranstaltung hergegeben, die „irgendwie karnevalistisch“ sein würde.

Der Verdacht war aufgekommen, weil Alfred Biehle, CSU-Bundestagsabgeordneter und ordentliches Mitglied des Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, einen Text über „Das Nilpferd und seine Winterbekleidung“ beisteuerte und als Norbert Schäfer, Abteilungsleiter im Presseamt und ehemaliger Sprecher der CSU im Bundeshaus, den Vortrag „Das Nilpferd als verbindendes Element zwischen Preußen und Bayern im Rhein-Main-Donau-Kanal“ zu Gehör brachte.

Da jedoch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sein Grußwort zur Gründungsveranstaltung mit dem beigefügten Aufsatz „Das Nilpferd im Betriebsverfassungsgesetz“ versehen hatte, ein anderer Vortrag den Titel trug „Zur Therapie der chronisch rezidivierenden Megalohippopotamomanie“ (Michael Bokler), blieb die Würde des Symposiums sogar bei der Behandlung des Untersuchungsgegenstandes „Das Nilpferd als Lesezeichen“ (Rolf Shmitt-Holtz von der Bertelsmann AG) voll gewahrt.

So konnten dann auch noch kompliziertere Sachverhalte wie „Das Fragerecht des Nilpferds im parlamentarischen Untersuchungsausschuß“, gebracht vom Abgeordneten der Grünen, Otto Schily, und die Stellung des Dickhäuters in der Philosophie abgehandelt werden, wobei Sabine Etzold Heraklits „panta rei“ („Alles ist im Fluß“) als geeigneten Aufhänger fand.

Für die Veranstalter war das vor vollem Hause abgehaltene Unternehmen, das noch am selben Abend breites Echo in den Fernsehnachrichten fand, ein Beweis dafür, daß man im nicht gerade durch Humor bekannten politischen Bonn mit der Erfindung eines Problems weitreichendes Aufsehen erregen kann. Die Bundeshaus-Bibliothek erkundigte sich besorgt, wieso in unaufhörlicher Folge aus dem sonst nie zur Ausleihe gelangenden „Brehms Tierleben“ Fotokopien der Seiten gemacht werden müßten, die von Hippopotamus amphibius handeln.

Nicht zum Vortrag geladene Bonner Berühmtheiten zeigten sich verärgert, da man doch immerhin selbst von der Deutschen Lufthansa durch Wilfried Köhnen einen Beitrag mit dem Inhalt „Das Nilpferd im internationalen Luftverkehr“ bestellt hatte, und durch den Sprecher des hessischen Sozialministers Sepp Binder „Das Nilpferd als hessischer Sozialfall“ erschien.

Das Fernsehen zitierte spät am Tage noch eine Kölner Justizperson, die Gründe zum besten gab, warum die Eintragung ins Vereinsregister dem neuen „Club der Nilpferdfreunde“ vorläufig nicht gelingen könnte. Es müßte, so der Mann, sich zumindest ein Mitglied verpflichten, ein solches Tier, wenn auch klein, anzuschaffen und zu halten. Dazu hat sich von den vielen Sammlern bisher wohl keiner bereitgefunden.

ZU GUTER LETZT

„Mongolischer Hirte erlegte mit einem Schuß drei Wölfe“. Dies meldete gestern die Moskauer Zeitung „Sowjetskaja Rossija“.